

Schwerpunkt Lokale Identitäten



Kommunikation

Die bedrohten Resonanzräume der lokalen Demokratie • Die Bedeutung verlässlicher Informationen im lokalen Raum • Neuorientierung im Digitalen • Warum Lokalzeitungen raumsensitiv betrachtet werden müssen • My Local Public Open Space • Sicherung von Meinungsvielfalt • Zwischen Digitalisierung, Nutzungswandel und künstlicher Intelligenz

Stadtentwicklung

Es wird Zeit für neue Lösungen • Ladeinfrastruktur für Vielparteienquartiere • Bürgerbeteiligung zu integrierten Stadtentwicklungskonzepten • Engagement strategisch gestalten

vhw

Sechs Fragen an die Stadt Bad Oldesloe

Nachrichten

Neues aus dem vhw • Fachliteratur

WohnungsMarktEntwicklung

Wanderungsverhalten in Deutschland

	Schwerpunkt Lokale Identitäten			Stadtentwicklung Es wird Zeit für neue Lösungen	200
	Editorial <u>Lokale Demokratie braucht Öffentlichkeit</u> Dr. Peter Kurz, Verbandsratsvorsitzender des vhw Prof. em. Dr. Otfried Jarren, Universität Zürich	169		Herbert Brüning, Stadt Norderstedt	
				<u>„Faire“ Ladeinfrastruktur für Vielparteienquartiere – Vorschlag einer Bewertungsmethode am Beispiel eines Wohnquartiers der Grundstücks- und Wohnungsbau GmbH (GWL) Lippstadt</u>	205
	Kommunikation <u>Die bedrohten Resonanzräume der lokalen Demokratie</u>	171		Johann Funk, Johanna Kleipañ, Hochschule Hamm-Lippstadt	
	Andreas Grau, Dr. Christian Huesmann, Dr. Kai Unzicker, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh			<u>Bürgerbeteiligung zu integrierten Stadtentwicklungskonzepten am Beispiel der Großen Kreisstadt Balingen</u>	209
	<u>Der Stellenwert des Lokaljournalismus – Nähe, Distanz und die Bedeutung verlässlicher Information im lokalen Raum</u>	175		Sanel Dacic Große Kreisstadt Balingen	
	<u>Lokaljournalismus unter Druck: Tageszeitung auf dem Rückzug, Neuorientierung im Digitalen</u>	179		<u>Engagement strategisch gestalten – die Zielgruppen-Milieu-Matrix der Arbeiterwohlfahrt Berlin</u>	213
	Prof. Dr. Christoph Neuberger, Weizenbaum-Institut Berlin			Dennis Barten, AWO Landesverband Berlin e. V. Sebastian Beck, vhw e. V., Berlin	
	<u>Unverzichtbar – gerade dort, wo sie zu verschwinden drohen. Warum Lokalzeitungen raumsensitiv betrachtet werden müssen</u>	183		vhw <u>Sechs Fragen an das neue vhw-Mitglied Bad Oldesloe</u>	219
	Prof. Dr. Olaf Jandura, Hannah Kehl Hochschule Düsseldorf				
	<u>My Local Public Open Space – lokale Gemeinschaften und kommunale Demokratie unter digitalen Bedingungen</u>	187		Nachrichten <u>Neues aus dem vhw</u>	221
	Prof. em. Dr. Otfried Jarren, Universität Zürich			<u>Fachliteratur</u>	223
	<u>Sicherung von Meinungsvielfalt im Lokalen und Gelingensbedingungen für journalistische Innovation</u>	191		WohnungsMarktEntwicklung <u>Wanderungsverhalten in Deutschland</u>	224
	Prof. Dr. Lars Rinsdorf Technische Hochschule Köln			Robert Kretschmann, vhw e. V., Berlin	
	<u>Lokale Öffentlichkeit(en) zwischen Digitalisierung, Nutzungswandel und künstlicher Intelligenz</u>	193			
	Bernd Hallenberg, vhw e. V., Berlin				

Lokale Demokratie braucht Öffentlichkeit



Dr. Peter Kurz
(Foto: Daniel Lukac)



Prof. em. Dr. Otfried Jarren
(Foto: Frank Brüderti)

Lokale Demokratie ist für den vhw eine Rahmenbedingung, und sie ist seit Jahren zu einem Kernthema geworden: Unter welchen Voraussetzungen können Bürgerinnen und Bürger am Gemeinwesen teilhaben, gemeinsam entscheiden und Vertrauen in geteilte Institutionen aufbauen? Was als Begleitthema der Stadtentwicklung begann, hat mehr und mehr an Gewicht gewonnen – und das zu Recht. Denn ohne funktionierende lokale Demokratie und eine allen zugängliche lokale Öffentlichkeit fehlt mehr als ein Legitimationsrahmen für Planung und Politik. Verstehen wir Demokratie als Lebensform, muss sich dies im Lokalen realisieren.

Genau deshalb lässt sich an einem Befund, der zunächst wie ein medienpolitisches Problem wirkt, nicht vorbeischaun: Der lokale Kommunikationsraum, der jahrzehntelang die Voraussetzung für informierte Teilhabe und kollektive Selbstverständigung war, bricht zusammen. Lokalzeitungen schrumpfen oder verschwinden. Globale Plattformen in Form von Social Media, von KI-Agenten gesteuerte Prozesse treten an ihre Stelle – aber nicht an die Stelle ihrer Funktion. Sie erzeugen gerade keine gemeinsamen Informationsbestände, sondern fragmentieren sie. Der Common Ground wird unsicherer. Vor allem Social Media belohnen Zuspitzung, nicht Abwägung. Sie ermöglichen die Artikulation von Interessen, aber nicht deren Aggregation. Sie kennen keine gemeinsamen Orte. Und die KI treibt die soziale Differenzierung voran, ermöglicht immer neue Formen der Personalisierung. Was verloren geht, ist die strukturelle Möglichkeit, sich als Gemeinwesen überhaupt wahrzunehmen und zu verständigen. Der lokale Wahrnehmungsraum als gemeinsam geteilter Möglichkeitsraum für alle – oder doch für möglichst viele Bürgerinnen und Bürger – schwindet.

Wir haben es nicht nur mit einer Krise der Medienbranche zu tun: Es ist eine Krise der Demokratie vor Ort. Und sie trifft die Stadtentwicklung mit besonderer Wucht – weil Stadtgestaltung auf Inputlegitimation angewiesen ist: auf Beteiligung, die mehr ist als Konsultation, auf Bürgerinnen und Bürger,

die sich auf der Grundlage gemeinsamer Fakten einbringen und dies auch können. Und weil sie Outputlegitimation braucht: Die Bereitschaft, Entscheidungen als verbindlich anzuerkennen, setzt voraus, dass diese wahrgenommen, eingeordnet, diskutiert und bewertet werden können. Beides ist ohne eine funktionsfähige lokale Öffentlichkeit nicht zu haben. Stadtentwicklung ist hier kein Sonderfall – sie ist ein besonders sichtbares Beispiel für das, was Demokratie im Lokalen generell braucht und gerade verliert.

Wir haben diesen Befund zum Anlass eines Appells gemacht, der als vhw debatte Nr. 12 erschienen ist.¹ Er fordert, den lokalen Kommunikationsraum nicht als Marktversagen hinzunehmen, sondern als Aufgabe der Daseinsvorsorge zu begreifen – und neu zu gestalten. Es bedarf aufgrund der Folgen des sozio-technischen Wandels einer neuen Infrastruktur. Es bedarf eines digitalen „Local Open Public Space“, gemeinwohlorientiert getragen, staatsfern organisiert, mit gestärktem Lokaljournalismus im Kern. Das ist keine utopische Forderung. Es ist die logische Antwort auf eine strukturelle Lücke, die gesellschaftliches demokratisches Leben vor Ort gefährdet.

Die Beiträge in diesem Heft – für die wir den Autorinnen und Autoren sehr herzlich danken – nehmen diese Fragen aus verschiedenen Perspektiven auf. Die Bedeutung von Medien in unterschiedlichen lokalen Räumen, die Zukunft von Lokalmedien und Lokaljournalismus, die Möglichkeiten für Innovationen im Feld der Lokalkommunikation, digitale Plattformen und ihre Gestaltung oder die Rolle von KI in der Kommunalverwaltung – all das berührt die gleiche Grundfrage: Was braucht lokale Demokratie, damit sie trägt? Es gibt dabei kein einfaches „Zurück“. Der lokale Kommunikationsraum muss neu erfunden werden, in neuen Formen, mit neuen Trägern, auf neuen technischen Grundlagen. Die Frage ist nicht, ob, die Frage ist, wie – und wer die Verantwortung dafür übernimmt.

Wir wünschen Ihnen eine anregende und inspirierende Lektüre.

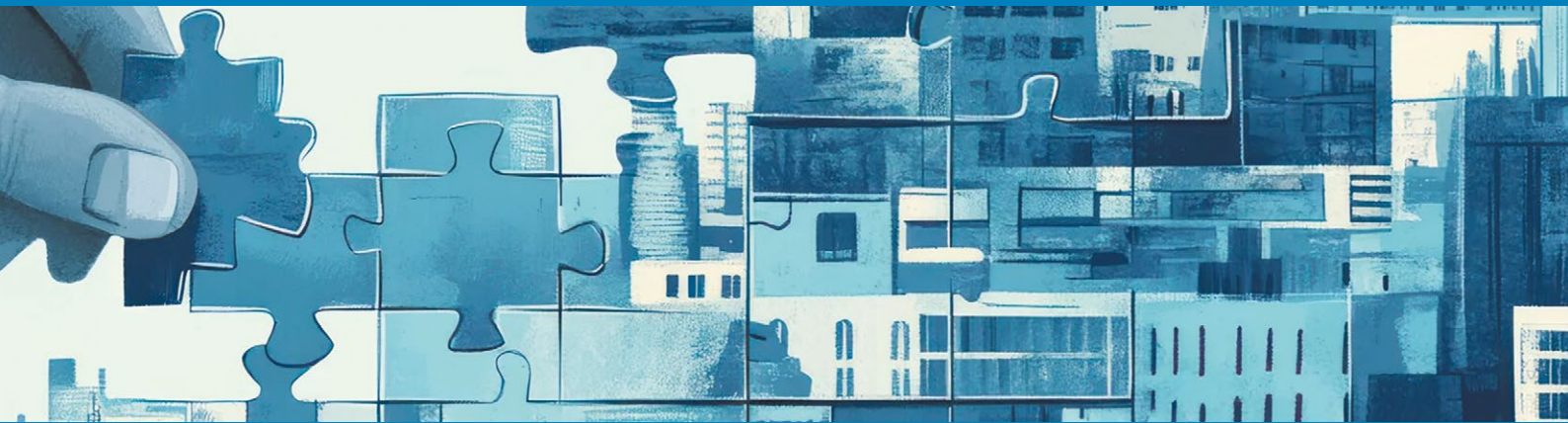
Dr. Peter Kurz

Oberbürgermeister a. D.
der Stadt Mannheim,
Verbandsratsvorsitzender
des vhw

Prof. em. Dr. Otfried Jarren

IKMZ – Institut für
Kommunikationswissenschaft
und Medienforschung,
Universität Zürich

¹ https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/vhw_Debatte/vhw_debatte_12_Appell_Lokaler_Kommunikationsraum.pdf



- 12:30 Uhr Eintreffen der Teilnehmenden
- 13:00 Uhr **Begrüßung**
Dr. Peter Kurz, vhw-Verbandsratsvorsitzender, Oberbürgermeister a. D. der Stadt Mannheim
- 13:20 Uhr **Keynote: Handlungsspielräume in der modernisierten Kommune**
Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetags, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
- 13:50 Uhr **Panel I: Kommunen stärken: Handlungsspielräume in der modernisierten Kommune**
Im Gespräch mit:
Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetags, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister a. D. der Stadt Mannheim, Buchautor „Gute Politik“
Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Oberbürgermeister a. D. der Stadt Wuppertal, Buchautor „Dienstschluss“
Moderation Panel I: **Céline Lauer**, Wissenschaftskommunikation vhw
- 15:00 Uhr Kaffeepause zum Netzwerken und Austauschen
- 15:40 Uhr **Keynote: Prinzipien guten Städtebaus**
Helle Søholt, Board Chair, Co-Founding Gehl-People, Kopenhagen
- 16:10 Uhr **Panel II: Städte verwandeln – komplexe Stadtgebiete umbauen**
Es diskutieren:
Frauke Burgdorff, Stadtbaurätin, Beigeordnete für Planung, Bau und Mobilität, Stadt Aachen
Bernhard Fallner, Stadtgeograf, vhw-Bereichsleiter Forum & Öffentlichkeitsarbeit
Prof. Christa Reicher, Leiterin Lehrstuhl für Städtebau und Entwerfen sowie Institut für Städtebau und europäische Urbanistik an der RWTH Aachen, Inhaberin des UNESCO Chairs für Kulturerbe und Städtebau
Moderation des Tages und des Panels II: **Petra Voßebürger**, Beraterin und Moderatorin, IKU_Die Dialoggestalter
- 17:00 Uhr **Fazit und Ausblick**
Prof. Dr. Jürgen Aring, Erster Vorstand des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
Anschließend: **Get-together** für weitere Gespräche und Netzwerken

Veranstaltungsort:

ESMT Berlin

European School of Management and Technology,
Ehemaliges Staatsratsgebäude,
Schlossplatz 1, 10178 Berlin



Anmeldung:

Alle Infos und Anmeldung unter
vhw.de oder über den QR-Code.
Es fällt keine Teilnahmegebühr an.



Andreas Grau, Christian Huesmann, Kai Unzicker

Die bedrohten Resonanzräume der lokalen Demokratie

Lokale Demokratie braucht Öffentlichkeit: Orte und Räume, in denen sichtbar wird, welche politische Themen behandelt und welche Interessen ausgehandelt werden. Nur so entstehen Gestaltungsmöglichkeiten und kann politische Selbstwirksamkeit erfahren werden. Gerade in Kommunen kann Demokratie auf diese Weise im Alltag konkret erlebt und können Vertrauen sowie Zugehörigkeit gestiftet werden. Menschen erleben, dass politische Entscheidungen ihr unmittelbares Umfeld, ihre eigenen Lebensumstände betreffen und prinzipiell gestaltbar sind. Doch diese lokalen Resonanzräume geraten zunehmend unter Druck. Das Sterben der Lokalzeitungen, fragmentierte digitale Öffentlichkeiten und die Logiken der Aufmerksamkeitsökonomie verschieben Aufmerksamkeit weg vom unmittelbaren Lebensumfeld hin zu nationalen Krisen und Konflikten. Sichtbar werden vor allem Zuspitzung und Empörung, während konkrete lokale Problemlösungen und demokratische Gestaltung häufig aus dem Blick geraten. Gleichzeitig werden Orte und Gelegenheiten seltener, an denen sich Menschen begegnen, miteinander in den Austausch treten und Konflikte austragen können.

Hinzu kommt, dass viele kommunalpolitisch relevante Informationen zwar öffentlich verfügbar sind, aber oft schwer verständlich, wenig alltagsnah und kaum dialogorientiert vermittelt werden. Dies erschwert die öffentliche Auseinandersetzung und schränkt lokale Gestaltungsspielräume unnötig ein. Die Schwäche lokaler Öffentlichkeit ist deshalb weit mehr als ein Medienproblem. Wo gemeinsame lokale Resonanzräume verloren gehen, fehlen demokratische Aushandlungs- sowie Erfahrungsräume, die für Vertrauen in Demokratie und staatliche Handlungsfähigkeit zentral sind. Die Stärkung – und Wiederherstellung – lokaler Öffentlichkeit wird damit zu einer demokratischen Gemeinschaftsaufgabe und zu einem wichtigen Beitrag demokratischer Resilienz in Zeiten gesellschaftlicher Krisen und rasanter Transformationen.

Warum Demokratie lokale Resonanzräume braucht

Die Kommunalpolitik gilt als Grundschule der Demokratie, in der sich Bürgerinnen und Bürger grundlegende demokratische Fähigkeiten und Tugenden aneignen können (Bogumil/Holtkamp 2021, S. 449). Die Demokratie beginnt nicht in Talkshows im Fernsehen, nicht im Empörungsfeed und auch nicht erst im Bundestag. Sie beginnt dort, wo Menschen einander begegnen, wo politische Entscheidungen konkrete Folgen haben und wo Konflikte nicht nur kommentiert, sondern Lösungen gefunden werden müssen: in der Kommune. Hier entscheidet sich, ob genügend Kitaplätze vorhanden sind, ob ein Schulweg sicherer wird, ob bezahlbarer Wohnraum entsteht, ob eine Bibliothek erhalten bleibt und – nicht zuletzt – ob Menschen das Gefühl haben, mit ihren Anliegen gehört zu werden.

Gerade deshalb braucht kommunale Demokratie lokale Resonanzräume. Gemeint sind damit Orte, Medien, Formate und soziale Zusammenhänge, in denen lokale Wirklichkeit

sichtbar, verständlich und verhandelbar wird. Lokale Öffentlichkeit ist mehr als Information und Lokalzeitung. Sie ist ein demokratischer Erfahrungsraum. Hier können Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen, was vor Ort geschieht, welche Interessen aufeinandertreffen, wer Verantwortung trägt, welche Handlungsmöglichkeiten bestehen, welche Zielkonflikte es gibt und welche Kompromisse möglich sind.

Es ist zu kurz gedacht, Demokratie allein auf Institutionen, Verfahren und Wahlen zu reduzieren. Sie lebt ebenso von der Fähigkeit einer Gesellschaft, sich selbst wahrzunehmen. Bürgerinnen und Bürger müssen erkennen und verstehen können, welche Themen vor Ort existieren, welche Herausforderung damit verbunden sind und welche Lösungswege diskutiert werden. Und ganz entscheidend: Wie sie selbst Einfluss oder zumindest „Rücksprache“ nehmen können. Wo diese Selbstwahrnehmung der Gesellschaft verloren geht, verliert Demokratie einen Teil ihrer gesellschaftlichen Verankerung.

Genau hier zeigt sich eine Entwicklung, die zunehmend problematisch wird: Die lokale Öffentlichkeit verliert an Sichtbarkeit. Die Krise lokaler Medien ist dafür ein wichtiger Indikator. Der „Wüstenradar“ der Hamburg Media School dokumentiert seit Jahren eine Ausdünnung lokaler Medienstrukturen. Die Daten zeigen, dass es in Deutschland noch keine Nachrichtenwüsten auf Landkreisebene gibt. Sie illustrieren aber auch, dass es einen deutlichen Rückgang in der Anzahl der wirtschaftlich unabhängigen lokal-journalistischen Tageszeitungen im Bundesgebiet gibt. Die durchschnittliche Zahl wirtschaftlich unabhängiger lokaler Tageszeitungen pro Landkreis sank von 2,26 im Jahr 1992 auf 1,83 im Jahr 2023. Gleichzeitig stieg die Zahl der sogenannten Einzeitungskreise von 134 auf 187 (Hamburg Media School/Wüstenradar 2024). Waren 1992 noch 33,5 % der Kreise und kreisfreien Städte Einzeitungskreise, so waren es 2023 schon 46,75 %.



Die demokratische Bedeutung dieser Entwicklung liegt nicht allein im Rückgang journalistischer Angebote. Mit der Ausdünnung lokaler Öffentlichkeit gehen wichtige Funktionen verloren: kontinuierliche Beobachtung kommunaler Politik, kritische Kontrolle von Verwaltung und Politik, Einordnung komplexer Entscheidungen und die Herstellung gemeinsamer lokaler Themen. Die BLM-Studie „Lokaljournalismus und Demokratie“ zeigt, dass Lokaljournalismus trotz aller Veränderungen für viele Menschen weiterhin die wichtigste Informationsquelle für kommunalpolitische Prozesse bleibt (Bayerische Landeszentrale für neue Medien 2025). Wo solche Vermittlungsinstanzen schwächer werden, verliert die lokale Demokratie einen Teil ihrer öffentlichen Sichtbarkeit. Neben den wirtschaftlich unabhängigen lokalen Tageszeitungen braucht es aber noch mehr. Notwendig sind Orte der Begegnung, Aushandlung und Vergemeinschaftung (dazu später mehr).

Die Aufmerksamkeitsökonomie verzerrt demokratische Wahrnehmung

Die Krise lokaler Öffentlichkeit bleibt nicht auf den örtlichen Kontext beschränkt. Sie verändert auch die Wahrnehmung gesellschaftlicher Realität. Menschen leben heute in einer Informationsumgebung, die stärker denn je von digitalen Plattformen geprägt wird. Politische Aufmerksamkeit entsteht zunehmend über soziale Medien, Suchmaschinen, KI-Chats, Messenger-Dienste und algorithmisch kuratierte Feeds. Sichtbar wird dabei vor allem, was Aufmerksamkeit erzeugt. Die eigene Alltagserfahrung im lokalen Nahraum droht dahinter zu verschwinden und dies umso mehr, je weniger darauf bezogene journalistische Berichterstattung existiert. Genau darin liegt ein strukturelles Problem für die kommunale Demokratie. Plattformen privilegieren Zuspitzung, Emotionalisierung und Konflikt. Sichtbar wird, was überrascht, empört oder anderweitig Emotionen weckt. Kommunale Politik funktioniert jedoch meist nach einer anderen Logik. Sie ist selten spektakulär. Sie beruht auf Aushandlung, Kooperation, Kompromissbildung und bestenfalls langfristiger Problemlösung.

Eine Reihe empirischer Studien zeigt, dass digitale Plattformen emotionale und konfliktorientierte Inhalte systematisch begünstigen. Untersuchungen zu engagementbasierten Rankingsystemen weisen darauf hin, dass emotional aufgeladene und polarisierende Inhalte überproportional sichtbar werden (Leutgeb/Zuliani/Dopplinger 2026). Die Folge ist eine strukturelle Verschiebung politischer Aufmerksamkeit. Nationale Konflikte, globale Krisen und Polarisierung dominieren öffentliche Wahrnehmung. Kommunale Themen geraten demgegenüber ins Hintertreffen. Bemerkenswert ist aber, dass empirische Studien diesbezüglich recht wenig „echte“ Polarisierung finden (Mau/Lux/Westheuser 2023). Trotzdem ist der Eindruck, Deutschland

sei polarisiert, weit verbreitet (Vorländer/Herold/Hormig/Otteni 2025). Dies spricht dafür, dass die Polarisierung vornehmlich ein Phänomen der medialen Vermittlung politischer Konflikte ist und viel damit zu tun hat, wie die Öffentlichkeit technologisch strukturiert ist (Kumkar 2025).

Dadurch entsteht eine paradoxe Situation: Menschen wissen häufig mehr über Konflikte in Berlin, Washington oder Brüssel als über Entscheidungen im eigenen Stadtrat. Die Folge ist eine Verzerrung demokratischer Wahrnehmung. Sichtbar werden vor allem Krisen und Konflikte. Weniger sichtbar bleiben erfolgreiche kommunale Problemlösungen, funktionierende Verwaltung, langfristige Planung oder demokratische Kooperation. Dies beeinflusst auch die Wahrnehmung staatlicher Handlungsfähigkeit. Die alltägliche Erfahrung funktionierender öffentlicher Leistungen – von Schulen über Bibliotheken bis hin zu Feuerwehren, Bürgerdiensten oder sozialer Infrastruktur – tritt hinter einem medial vermittelten Krisenbild zurück. Die eigene Erfahrung vor Ort wird häufig von überregionalen Aufmerksamkeitsdynamiken überlagert. Damit geht aber keineswegs eine Entpolitisierung oder Politikverdrossenheit einher. Vielmehr erleben wir eine allgegenwärtige hyperpolitische Aufladung und Gereiztheit, die sich immer seltener in dauerhafte Formen kollektiven Handelns übersetzt (Jäger 2023).

Information, Rückkanäle und Begegnung: drei Schwachstellen lokaler Öffentlichkeit

Wenn lokale Öffentlichkeit geschwächt wird, zeigen sich die Folgen besonders deutlich in drei Bereichen: Information, Rückkanäle und Begegnung.

Erstens: das Informationsproblem

Viele kommunalpolitisch relevante Informationen sind öffentlich zugänglich. Sitzungsunterlagen, Ratsinformationssysteme, Haushaltspläne oder Verwaltungsvorlagen stehen häufig online zur Verfügung. Doch öffentliche Verfügbarkeit bedeutet nicht automatisch Verständlichkeit. Kommunalpolitik ist häufig durch Verwaltungslogiken, Fachsprache und komplexe Entscheidungsprozesse geprägt. Vielen Bürgerinnen und Bürgern fehlt deshalb der Zugang zu den eigentlichen politischen Fragen. Sie erfahren zwar, dass Dokumente veröffentlicht werden, verstehen aber nicht unbedingt, welche Konsequenzen die Entscheidungen für ihren Alltag haben. Die Informationen sind oft fachsprachlich, verfahrensbezogen und für viele Bürgerinnen und Bürger nur schwer einzuordnen. Häufig fehlen der konkrete Alltagsbezug und die Übersetzung in eine allgemein verständliche Sprache. Wer nicht bereits weiß, welche Entscheidungen anstehen, welche Akteure beteiligt sind oder welche Folgen ein Beschluss für das eigene Leben hat, findet nur schwer Zugang. So entsteht ein Paradox moderner Trans-



parenzpolitik: Informationen sind vorhanden, erreichen aber weder viele Menschen, noch sind sie in einer Form aufbereitet, die Orientierung ermöglicht. Lokale Öffentlichkeit braucht deshalb nicht nur Transparenz, sondern Übersetzung. Politische Entscheidungen müssen in ihrer Bedeutung für den Alltag sichtbar gemacht und verständlich vermittelt werden.

Zweitens: das Rückkanalproblem

Lokale Öffentlichkeit bedeutet nicht nur, Informationen bereitzustellen. Sie muss ferner ermöglichen, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Erfahrungen und Interessen in öffentliche Debatten einbringen können und dabei erleben, dass ihre Stimmen wahrgenommen werden. Genau hier zeigen sich vielerorts Defizite. Viele Kommunen informieren heute umfangreicher als früher. Websites, Social-Media-Kanäle, Newsletter, Bürger-Apps oder Beteiligungsplattformen haben die Informationsangebote erweitert. Dennoch bleibt Kommunikation häufig einseitig. Verwaltungen informieren, politische Akteure senden Botschaften, Bürgerinnen und Bürger reagieren allenfalls punktuell. Es fehlen jedoch oft dauerhafte Rückkanäle, in denen Rückmeldungen aufgenommen, Konflikte bearbeitet und unterschiedliche Sichtweisen öffentlich verhandelt werden können. Beteiligung beschränkt sich nicht selten auf formale Verfahren oder einzelne Konsultationen. Echte öffentliche Verständigung und damit lokale Resonanzräume entstehen jedoch dort, wo Kommunikation wechselseitig wird und Menschen die Erfahrung machen, dass ihre Perspektiven in politische Prozesse einfließen können. Wo solche Rückkanäle fehlen, wächst die Distanz zwischen Institutionen und Bevölkerung. Politik erscheint dann weniger als gemeinsamer Aushandlungsprozess, sondern eher als etwas, das von einer politischen Elite kommuniziert und verwaltet wird.

Drittens: das Begegnungsproblem

Lokale Öffentlichkeit hat neben der medialen auch eine sozialräumliche Dimension. Ohne Begegnungsräume lernen sich heterogene Milieus nicht mehr kennen und entwickeln weder Verständnis füreinander noch Vertrauen zueinander. Demokratie lebt aber davon, dass Menschen einander begegnen und wieder Vertrauen untereinander entwickeln (Manthe 2024). Vereine, Bibliotheken, Nachbarschaften, Bürgerhäuser, Jugendzentren, Kulturräume oder öffentliche Plätze sind deshalb weit mehr als Freizeitangebote. Sie sind Orte demokratischer Alltagserfahrung. Hier lernen Menschen, mit Unterschiedlichkeit umzugehen. Hier werden Konflikte ausgehandelt, Kompromisse erlebt

und Vertrauen aufgebaut. Gleichzeitig verlieren viele dieser Orte an Bedeutung. Vereinsbindungen werden schwächer, soziale Milieus differenzieren sich stärker aus, öffentliche Räume geraten unter Druck. Wo dieser sozialräumliche Teil lokaler Öffentlichkeit an Vitalität einbüßt, wird Demokratie zunehmend abstrakter und unpersönlicher. Politische Prozesse erscheinen ferner und weniger beeinflussbar.

Die Orte, an denen Bürgerinnen und Bürger demokratische Wirksamkeit unmittelbar erfahren können – im Quartier, in Vereinen, Initiativen, Nachbarschaften oder kommunalpolitischen Debatten –, treten noch weiter hinter nationalen Konflikten, globalen Krisen und medialen Dauererregungen zurück. Was sichtbar bleibt, sind häufig Streit, Blockaden und Krisensymptome. So glauben laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung 68 % der Befragten in Deutschland, dass öffentliche Diskurse in den letzten Jahren respektloser geworden seien, während 73 % sagen, im eigenen Umfeld seien die Diskurse genauso respektvoll wie eh und je (Bertelsmann Stiftung 2021, S. 37). Weniger sichtbar sind die alltäglichen Prozesse demokratischer Problemlösung, die Aushandlung von Konflikten sowie das Abwägen von unterschiedlichen Zielen. Das macht die oft mühsame, aber erfolgreiche Arbeit kommunaler Gestaltung aus. Wo Begegnung seltener wird, wächst die Gefahr, dass Menschen andere Gruppen nur noch medial vermittelt wahrnehmen. Demokratie verliert dann einen wichtigen Erfahrungsraum. Umso wichtiger ist es, „dem Zusammenkommen der Mitglieder wortwörtlich auch Platz einzuräumen, woraus nicht nur Begegnung, sondern auch zivilgesellschaftliches Engagement, Verständigung und Vertrauen in die Demokratie entstehen“ (Manthe 2024).



Abb. 1: Wo Begegnung seltener wird, verliert Demokratie einen wichtigen Erfahrungsraum (Foto: Annick Rietz)



Lokale Öffentlichkeit als demokratische Infrastruktur stärken

Wenn lokale Resonanzräume für eine demokratische Gesellschaft unverzichtbar sind, dann darf lokale Öffentlichkeit nicht länger als bloße Begleiterscheinung kommunaler Politik verstanden werden. Sie muss als demokratische Infrastruktur begriffen werden.

- Erstens braucht es eine Stärkung unabhängiger lokaler Medien. Unabhängiger Lokaljournalismus erfüllt Funktionen, die weder kommunale Öffentlichkeitsarbeit noch soziale Medien ersetzen können: Beobachtung, Kontrolle, Einordnung und kritische Berichterstattung. Seine Zukunft ist deshalb nicht nur eine medienpolitische, sondern auch eine demokratiepolitische Frage.
- Zweitens müssen Kommunen ihre Kommunikation stärker als demokratische Übersetzungsleistung verstehen. Bürgerinnen und Bürger brauchen verständliche Informationen darüber, welche Entscheidungen anstehen, welche Zielkonflikte bestehen, welche Alternativen diskutiert werden und welche Beteiligungsmöglichkeiten bestehen.
- Drittens müssen Rückkanäle systematisch ausgebaut werden. Beteiligungsformate sollten nicht erst dann stattfinden, wenn Konflikte eskalieren. Sie müssen frühzeitig ansetzen und sichtbar machen, wie Rückmeldungen in politische Entscheidungen einfließen.
- Viertens brauchen Kommunen Orte der Begegnung. Bibliotheken, Nachbarschaftszentren, Vereine, Kulturorte, Volkshochschulen und öffentliche Räume sind nicht nur soziale Einrichtungen. Sie sind demokratische Infrastruktur. Hier entstehen Vertrauen, Kooperation und die Erfahrung gemeinsamer Verantwortung sowie der Aushandlung von Kompromissen.
- Fünftens sollten digitale Räume stärker auf lokale Verständigung ausgerichtet werden. Digitale Kommunikation muss nicht zwangsläufig den Logiken von Zuspitzung, Empörung und Polarisierung folgen. Sie kann auch lokale Probleme sichtbar machen, Beteiligung erleichtern und öffentliche Diskussionen strukturieren.

Letztlich geht es um eine grundlegende demokratische Einsicht: Demokratie braucht nicht nur Institutionen, sondern Resonanz. Menschen müssen ihre Demokratie erleben und mitgestalten können. Sie müssen erkennen können, dass politische Entscheidungen ihr Umfeld betreffen, dass Beteiligung Wirkung entfalten kann und dass gesellschaftliche Probleme nicht nur Gegenstand medialer Debatten sind, sondern vor Ort gemeinsam bearbeitet werden können. Nicht zuletzt, dass ihre Stimme gehört wird. Lokale Öffentlichkeit schafft genau diese Verbindung. Sie macht die Kommune zu einem Ort demokratischer Erfahrung. Deshalb ist ihre Stärkung keine Nebensache kommunaler Politik. Sie

ist eine Voraussetzung dafür, dass demokratische Gestaltung vor Ort auch künftig gesellschaftlich sichtbar, erfahrbar und handlungsfähig bleibt.



Andreas Grau

Senior Expert, Zentrum für Nachhaltige Kommunen, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh



Dr. Christian Huesmann

Senior Project Manager, Demokratie und Zusammenhalt, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh



Dr. Kai Unzicker

Senior Project Manager, Demokratie und Zusammenhalt, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Quellen:

Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) [2025]: Lokaljournalismus und Demokratie, https://www.blm.de/files/pdf2/studie_lokaljournalismus_demokratie_nov2025_ergebnisbericht_final.pdf.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) [2021]: Klimawandel, Vielfalt, Gerechtigkeit – wie Werthaltungen unsere Einstellungen zu gesellschaftlichen Zukunftsfragen bestimmen, S. 37. DOI: <https://10.0.45.66/2021062>.

Bogumil, J./Holtkamp, L. [2021]: Kommunalpolitik. In: Andersen, U./Bogumil, J./Marschall, S./Woyke, W. (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Springer VS: S. 442–450.

Hamburg Media School/Wüstenradar [2024]: Entwicklung lokaler Medienvielfalt in Deutschland, <https://www.wuestenradar.de/wp-content/uploads/sites/18/2024/11/Wuestenradar-2024-web.pdf>.

Jäger, A. [2023]: Hyperpolitik. Extreme Politisierung ohne politische Folgen. Suhrkamp.

Kumkar, N. C. [2025]: Polarisierung. Die Ordnung der Politik. Suhrkamp.

Leutgeb, C./Zuliani, B./Dopplinger, U. [2026]: Algorithmisch verstärkte Affekte in 60 Sekunden? Wie Emotionen in Instagram- und TikTok-Videos zu mehr Reichweite führen. Medienimpulse, 64(1). DOI: <https://doi.org/10.21243/mi-01-26-08>.

Manthe, R. [2024]: Demokratie fehlt Begegnung. Über Alltagsorte des sozialen Zusammenhalts. Transcript Verlag.

Mau, S./Lux, T./Westheuser, L. [2023]: Triggerpunkte Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Suhrkamp.

Vorländer, H./Herold, M./Hormig, F./Otteni, C. [2025]. Politische Polarisierung in Deutschland 2025. Polarisierungsbarmeter. Dresden: Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM).



Wiebke Möhring

Der Stellenwert des Lokaljournalismus

Nähe, Distanz und die Bedeutung verlässlicher Information im lokalen Raum

Der eigene Lebensmittelpunkt steht in der Hierarchie der Informationsbedürfnisse weit oben, das Interesse an lokalen Informationen ist hoch. Umfrageergebnisse zeigen seit Jahrzehnten, dass Nachrichten über das Geschehen vor Ort für viele Menschen hoch relevant sind (Behre et al. 2025, S. 70; siehe auch Abb. 1) und dass sich mehr Menschen für lokale Nachrichten interessieren als für Nachrichten über (nationale) Politik, Wirtschaft oder Sport (Behre et al. 2024, S. 14). Dieses Interesse ist eng mit der Bindung an den eigenen Wohnort verbunden: Menschen wollen wissen, was in ihrer unmittelbaren Umgebung passiert – nicht nur aus Neugier, sondern weil diese Informationen für ihr eigenes Leben relevant sind. Sie betreffen den Arbeitsplatz, die Schule der Kinder, den Verkehr im Viertel oder die Entwicklung der eigenen Stadt. Wer sich mit seinem Umfeld identifiziert, will verstehen, welche Entwicklungen dort stattfinden und welche Konsequenzen sie haben. Neben der Bindung an den Ort spielt auch das jeweilige Lebensalter eine wichtige Rolle. Ältere Menschen nutzen Lokaljournalismus stärker als jüngere, das zeigen etwa auch die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung (BLM 2025). Das hat neben der Bindung an den Ort und an Lokalmedien auch etwas mit unterschiedlichen Lebensphasen zu tun.

Gesellschaftliche Orientierung

Lokale Medien und lokale Informationen erfüllen eine zentrale soziale Orientierungsfunktion. Sie umfasst auch zentrale Funktionen einer demokratischen Öffentlichkeit: Information, Kontrolle politischer Macht, Moderation öffentlicher Debatten sowie die Herstellung gesellschaftlicher Orientierung (Möhring 2013). Lokale Berichterstattung bezieht komplexe gesellschaftliche Prozesse auf den unmittelbaren Lebensraum und macht sie damit verständlich. Informationen über das eigene Umfeld ermöglichen es Menschen, sich im gesellschaftlichen Gefüge zurechtzufinden, Entscheidungen zu verstehen und eigene Handlungsoptionen abzuleiten. In der kommunikationswissenschaftlichen Forschung wird diese Funktion mit Konzepten wie „Sense of Place“ oder „Community Integration“ beschrieben. Lokale Informationen tragen dazu bei, Wissen über lokale Zusammenhänge zu vermitteln und kollektive Identität zu fördern (McLeod et al. 1999, Matthews 2022, Park et al. 2025). Damit sind sie nicht nur Informationsquellen, sondern auch ein zentraler Bestandteil sozialer Integration im lokalen Raum.

Der Stellenwert von Lokaljournalismus für und in Demokratien wird seit Jahrzehnten von vielen Protagonisten hervorgehoben – in politischen Reden, in verlegerischen Programmen ebenso wie in wissenschaftlichen Beiträgen. Das hat einen guten Grund: Ein großer Teil politischer Entscheidungen, die das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffen, wird im lokalen Raum getroffen: im Stadtrat, im Kreistag oder in kommunalen Ausschüssen. Dort wird über Bauprojekte, über Verkehrskonzepte, über Kulturangebote oder soziale Infrastruktur entschieden. Für eine funktionierende Demokratie ist es deshalb entscheidend, dass Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, wie solche Entscheidungen zustande kommen und welche Interessen dahinterstehen.

Nachrichtenfaktor Nähe

Eine zentrale Besonderheit des Lokaljournalismus besteht darin, dass er kein thematisches Ressort ist, sondern als ein Querschnittsressort eher geografisch ausgerichtet ist. Anders als in Politik-, Wirtschafts- oder Sportressorts wird hier nicht anhand von Themen selektiert, sondern nach räumlichem Bezug, dem Nachrichtenfaktor Nähe wird damit eine besondere Rolle zugeschrieben. Berichtet wird über Ereignisse, die im lokalen Kommunikationsraum stattfinden oder Auswirkungen auf ihn haben (Möhring 2019). Gerade diese thematische Vielfalt macht den Lokaljournalismus zu einem wichtigen Bestandteil der öffentlichen Kommunikation vor Ort. Er berichtet nicht nur über die großen Ereignisse, sondern auch über die „Geschichten des Alltäglichen“. Auch kleine Themen werden aufgegriffen, manchmal auch Themen, die keine Aufreger sind, sondern eher Anlass geben, sich mit dem Ort zu freuen und sich zugehörig zu fühlen. Und die Entwicklungen werden oftmals über Jahre



Abb. 1: Interesse an lokalen Nachrichten 2025 – nach Alter, in Prozent (Quelle: Behre et al. 2025, S. 70)



hinweg begleitet und eingeordnet, im besten Fall auch aus unterschiedlichen Perspektiven und unter Beteiligung verschiedener Akteure und Akteursgruppen.

Nähe ist nicht nur ein zentraler Nachrichtenfaktor, sie ist auch zentrales Charakteristikum des Lokaljournalismus. Journalistinnen und Journalisten berichten über Themen, die die Menschen selbst erleben oder deren Folgen sie unmittelbar spüren – Entscheidungen über Bauprojekte, Schulpolitik oder öffentliche Verkehrsmittel betreffen die Bürger direkt. Diese Nähe hat mehrere positive Effekte. Erstens erleichtert sie das Verständnis politischer Prozesse. Lokale Entscheidungen beziehen sich auf das eigene Umfeld, sie sind oft konkreter und nachvollziehbarer darstellbar als abstrakte nationale Politik. Zweitens können viele Aspekte der Berichterstattung unmittelbar überprüft werden. Bürgerinnen und Bürger kennen die Orte oder die beteiligten Personen, über die berichtet wird. Diese Nachprüfbarkeit trägt dazu bei, dass lokale Medien häufig ein vergleichsweise hohes Vertrauen genießen (Fawzi et al. 2025, S. 9). Darüber hinaus fungieren lokale Medien als Kommunikationsplattform innerhalb einer Stadt oder Region. Sie schaffen gemeinsame Bezugspunkte für öffentliche Diskussionen. Wenn in einer Stadt über den Bau eines Kindergartens oder eine politische Entscheidung kontrovers bewertet wird, entsteht ein öffentlicher Raum für Debatten. Lokale Medien moderieren diesen Austausch und leisten damit auch einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie schaffen gemeinsame Themen und Diskussionsräume, über die Menschen in einer Stadt oder Region miteinander kommunizieren können (Leupold et al. 2018). Auch hier zeigen Ergebnisse der aktuellen Studie der BLM, dass die sozialen Funktionen des Lokaljournalismus mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das gemeinsame Zusammenleben hoch eingeschätzt werden (s. Abb. 2).

Netzwerke aus beruflichen und sozialen Kontakten

Zugleich ist Nähe jedoch eine große Herausforderung. Lokale Journalistinnen und Journalisten sind häufig Teil desselben sozialen Umfelds, über das sie berichten. Sie kennen lokale Politiker, Unternehmerinnen und Unternehmer oder Vereinsvertreter häufig persönlich und begegnen ihnen nicht nur beruflich, sondern auch im Alltag. Lokalredaktionen sind strukturell in ein dichtes Netzwerk aus beruflichen und sozialen Kontakten eingebunden. Diese Verflechtungen sind notwendig, um Informationen zu erhalten und Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Denn Lokaljournalismus ist stärker als andere Ressorts auf eigene Recherchen und Informationsquellen angewiesen. Während überregionale Redaktionen auf Agenturmeldungen zurückgreifen können, müssen Lokalredaktionen ihre Themen meist selbst entdecken und recherchieren. Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern, Pressemitteilungen lokaler Institutionen oder Kontakte zu Vereinen und Initiativen spielen dabei eine wichtige Rolle (Möhring 2013).

Aus dieser besonderen Konstellation entsteht ein Spannungsfeld zwischen Nähe und Distanz: Journalisten müssen Nähe zulassen, um Zugang zu Informationen zu haben, dürfen aber ihre kritische Distanz nicht verlieren, um (politische) Entscheidungen kritisch begleiten zu können (Möhring 2019). Gerade etwa im Bereich der Lokalpolitik wird dieses Spannungsfeld besonders sichtbar. Kommunalpolitikerinnen und -politiker sind keine anonymen Akteure, sondern Menschen, denen man im Alltag begegnet. Kritik an ihren Entscheidungen kann persönliche und berufliche Beziehungen betreffen, Berichterstattung kann zu unmittelbarer Konfrontation nicht nur im beruflichen, sondern auch im persönlichen Umfeld führen.

Tägliche Nutzende lokaljournalistischer Angebote* | Stimme voll und ganz/eher zu, 5er-Skala, Top 2

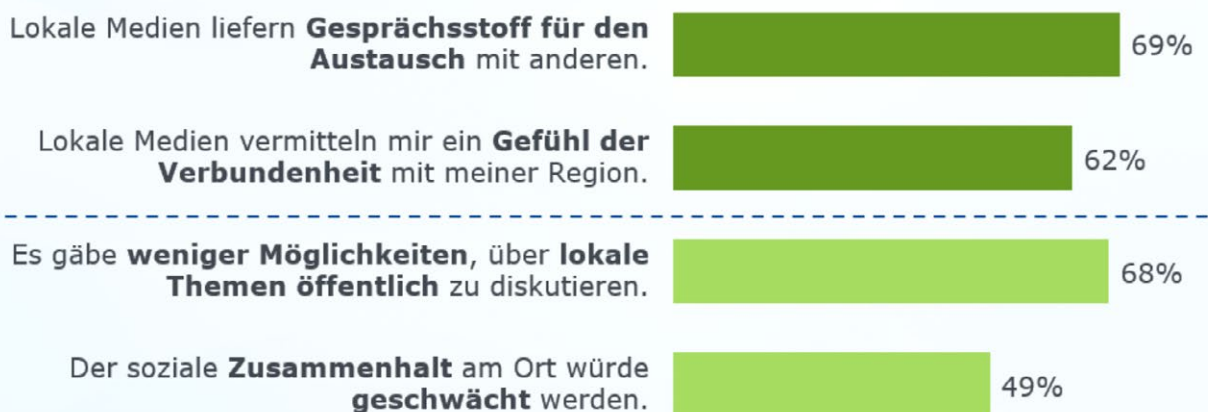


Abb. 2: Beitrag lokaler Medien zu Austausch und Zusammenhalt (Quelle: BLM 2025)



Neue Herausforderungen

Die Rahmenbedingungen für Lokaljournalismus haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Digitale Plattformen, neue Informationsangebote und daraus resultierender wirtschaftlicher Druck stellen Redaktionen vor Herausforderungen. Die lokale Medienlandschaft und das erweiterte lokale Informationsangebot haben sich grundlegend geändert. Neben klassischen journalistischen Angeboten existiert heute eine Vielzahl weiterer Informationsquellen. Kommunalverwaltungen, Parteien, Unternehmen oder zivilgesellschaftliche Initiativen betreiben eigene Websites und Social-Media-Kanäle, über die sie mit der Öffentlichkeit kommunizieren. Auch einzelne Politiker oder lokale Einzelpersonen kommunizieren direkt mit der Öffentlichkeit über Plattformen, wie Facebook oder Instagram. Diese Entwicklung hat zunächst einmal einen positiven Effekt: Noch nie war es so einfach, Informationen über das lokale Geschehen und lokale Politik zu erhalten. Gleichzeitig führt diese Vielfalt zu einer notwendigen Unterscheidung: zwischen lokalen Informationen und lokaljournalistischer Berichterstattung.

Viele lokale Informationsangebote sind interessengeleitet. Parteien oder Verwaltungen kommunizieren ihre Positionen, Unternehmen stellen ihre Aktivitäten aus ihrer Perspektive dar, Bürgerinitiativen vertreten bestimmte Anliegen. Diese Formen der Kommunikation sind legitim und können wichtige Informationen liefern – sie ersetzen jedoch nicht die unabhängige journalistische Prüfung und Einordnung von Informationen.

Dies zeigt sich besonders deutlich in sozialen Netzwerken. Viele kommunalpolitische Akteure nutzen Plattformen, wie Instagram oder Tik Tok, um mit Bürgerinnen und Bürgern zu kommunizieren. Sie berichten über politische Initiativen, erklären ihre Positionen oder kommentieren aktuelle Ereignisse. Die Beiträge ermöglichen unmittelbare Einblicke in politische Entscheidungsprozesse und schaffen direkte Kommunikationskanäle zwischen Politik und Öffentlichkeit. Gleichzeitig handelt es sich jedoch in der Regel nicht um ausgewogene Kommunikation, d. h., die Akteure erklären, warum das Projekt aus ihrer Sicht notwendig ist, welche Vorteile es bringt oder welche Kritik unbegründet ist. Sie ersetzt daher nicht eine lokaljournalistische Auseinandersetzung und Berichterstattung etwa mit dem Beschluss des Projekts, möglichen Alternativen, damit verbundenen Interessen sowie Profiten und Konsequenzen.

Lokaljournalismus erfüllt eine andere Funktion. Er überprüft Aussagen, stellt unterschiedliche Perspektiven gegenüber und ordnet

politische Entscheidungen in größere Zusammenhänge ein. Dadurch entsteht ein umfassenderes Bild lokaler Politik, das über die Perspektive einzelner Akteure hinausgeht. Die Fähigkeit, zwischen unterschiedlichen Informationsquellen unterscheiden zu können, wird immer wichtiger. Bürgerinnen und Bürger müssen erkennen können, wann sie eine politische oder interessengeleitete Position lesen – und wann journalistisch professionell aufbereitete Berichterstattung. In einer digitalen Medienwelt, in der Akteure zunehmend selbst zu Informationsanbietern werden, gewinnt unabhängiger Lokaljournalismus an Relevanz.

Folgen des Rückgangs lokaler Medienangebote

Aus demokratietheoretischer Perspektive wird Lokaljournalismus eine zentrale Rolle zugeschrieben, sie zeigt sich besonders deutlich dort, wo sie fehlt. Studien aus anderen Ländern zeigen, dass der Rückgang lokaler Medienangebote mit negativen Folgen für politische Beteiligung und gesellschaftliche Integration verbunden sein kann (Mathews 2022). So sinkt in Regionen mit schwacher lokaler Berichterstattung häufig das politische Wissen und die Beteiligung an kommunalen Prozessen (Hayes/Lawless 2018). Andere Studien weisen darauf hin, dass lokale Medien zur politischen Rechenschaftspflicht beitragen. Wenn journalistische Kontrolle fehlt, können ineffiziente Entscheidungen oder Fehlentwicklungen im politischen System schwerer erkannt werden (Gao et al. 2020).

In einer Studie wurden die aktuellen Medienentwicklungen zum Anlass genommen zu fragen, was Menschen vermissen würden, wenn es keinen Lokaljournalismus mehr gäbe (s. Abb. 3). Dabei wurde unterschieden zwischen denjenigen, die täglich lokaljournalistische Medien nutzen, und denjenigen, die dies nur selten oder gelegentlich tun. Es ist wenig überraschend, dass täglich Nutzende Lokaljournalismus als Quelle und als verlässlichen Informanten deutlich stärker vermissen. Interessant ist aber, dass beide Gruppen den demokratischen Beitrag erkennen: Beide befürchten, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, dass Missstände nicht mehr aufgedeckt oder Bürgeranliegen weniger wahrgenommen würden, wenn lokale Medien fehlten. Damit ist nicht allein der Nutzwert von Lokaljournalismus für die ein-

Tägliche Nutzende lokaljournalistischer Angebote

Trifft voll und ganz/eher zu (5er-Skala, Top 2); n = 1.039

- 76% Man würde **weniger über Bürgeranliegen** erfahren, sie würden nicht mehr öffentlich dargestellt.
- 74% Mir würden überprüfbare, **verlässliche Informationen** über meine Region **fehlen**.
- 73% Mir würde eine **wichtige Quelle fehlen**, um mir eine Meinung zu bilden.

Gelegentliche/seltene Nutzende lokaljourn. Angebote

Trifft voll und ganz/eher zu (5er-Skala, Top 2); n = 371

- 48% Man würde **weniger über Bürgeranliegen** erfahren, sie würden nicht mehr öffentlich dargestellt.
- 47% **Misstände oder Probleme** in meiner Region würden **nicht mehr aufgedeckt**.
- 44% Mir würden überprüfbare, **verlässliche Informationen** über meine Region **fehlen**.

Abb. 3: Was Menschen vermissen würden, gäbe es keine lokalen Medien mehr [Top 3] (Quelle: BLM 2025)



zelnen Nutzenden hoch, ihm werden von allen Befragten vielmehr auch verbindende und korrektive Aufgaben innerhalb des lokalen Raums zugeschrieben.



Prof. Dr. Wiebke Möhring

Professur für Online-/Printjournalismus,
Institut für Journalistik, Technische
Universität Dortmund

Quellen:

Behre, J./Hölig, S./Möller, J. (2024): Reuters Institute Digital News Report 2024 – Ergebnisse für Deutschland. Verlag Hans-Bredow-Institut. <https://doi.org/10.21241/ssoar.94461>

Behre, J./Hölig, S./Möller, J. (2025): Reuters Institute Digital News Report 2025 – Ergebnisse für Deutschland. Verlag Hans-Bredow-Institut. <https://doi.org/10.21241/ssoar.102887>

BLM (2025): Lokaljournalismus und Demokratie. www.blm.de/de/wir-forschen/medienforschung/lokaljournalismus_demokratie.cfm

Fawzi, N./Ziegele, M./Schultz, T./Jakob, N./Jakobs, I./Viehmann, C./Quiring, O./Schemer, C./Stegmann, D. (2025): Stabiles Medienvertrauen auch in Zeiten politischer Umbrüche. Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2024. In: Media Perspektiven 13/2025, S. 1–20.

Gao, P./Lee, C./Murphy, D. (2020): Financing Dies in Darkness? The Impact of Newspaper Closures on Public Finance. Journal of Financial Economics, 135(2), S. 445–467. <https://doi.org/10.1016/j.jfineco.2019.06.003>

Hayes, D./Lawless, J. L. (2018): The Decline of Local News and Its Effects: New Evidence from Longitudinal Data. The Journal of Politics, 80(1), S. 332–336. <https://doi.org/10.1086/694105>

Leupold, A./Klinger, U./Jarren, O. (2018): Imagining the City. Journalism Studies, 19(7), S. 960–982.

Mathews, N. (2022): Life in a News Desert: The Perceived Impact of a Newspaper Closure on Community Members. Journalism, 23(6), S. 1250–1265. <https://doi.org/10.1177/1464884920957885>

McLeod, J. M./Scheufele, D. A./Moy, P. (1999): Community, Communication, and Participation: The Role of Mass Media and Interpersonal Discussion in Local Political Participation. Political Communication, 16(3), S. 315–336. <https://doi.org/10.1080/105846099198659>

Möhring, W. (2013): Lokaljournalismus. Grundlegende Merkmale und Kennzeichen (21.12.2011). Online-Dossier Lokalkommunikation der Bundeszentrale für politische Bildung. Erhältlich unter: <http://www.bpb.de/gesellschaft/m Medien/150756/einfuehrung-lokaljournalismus>

Möhring, W. (2019): Das Alltägliche vor Ort. Die Bedeutung des Lokaljournalismus in der digitalen Medienwelt. Ein Essay. Journalistik. Zeitschrift für Journalismusforschung, (1)2, S. 57–64. <https://doi.org/10.1453/2569-152X-12019-3626-de>

Park, S./Lee, J. Y./Fisher, C. (2025): News Closures, Trust, and Community Attachment among Regional News Audiences: A Case Study of Australia. Journalism Practice, 19(6), S. 1239–1253. <https://doi.org/10.1080/17512786.2023.2255855>

Ordentliche Mitgliederversammlung des vhw-Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. 2026



Der Verbandsrat hat die ordentliche Mitgliederversammlung des vhw e. V. auf Donnerstag, den 24. September 2026, 10:30 Uhr, festgelegt.

Ort: Ehemaliges Staatsratsgebäude der DDR – ESMT Berlin, Schlossplatz 1, 10178 Berlin

Tagesordnung:

- TOP 1 Bericht des Vorstands
- TOP 2 Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses zum Jahresabschluss 2025
- TOP 3 Bericht zum Arbeits- und Wirtschaftsplan 2026 und Zwischenbilanz zum Jahr 2026
- TOP 4 Bericht des Verbandsrats
- TOP 5 Feststellung des vom Vorstand und vom Verbandsrat aufgestellten Jahresabschlusses 2025
- TOP 6 Entlastung des Verbandsrats für das Geschäftsjahr 2025
- TOP 7 Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2025
- TOP 8 Nachwahl von Gremienmitgliedern
- TOP 9 Anträge an die Mitgliederversammlung / Verschiedenes

Der Tätigkeitsbericht 2. Halbjahr 2025/1. Halbjahr 2026 liegt wie gewohnt zur Mitgliederversammlung vor.

Dr. Peter Kurz, Verbandsratsvorsitzender

Prof. Dr. Jürgen Aring, Erster Vorstand

Zur Wahrnehmung des Stimmrechts auf der Mitgliederversammlung wird auf § 9 Abs. 2 und Abs. 3 der Satzung verwiesen. Anträge an die Mitgliederversammlung müssen gemäß § 8 Abs. 2 der Satzung mindestens vier Wochen vor dem Tag der Mitgliederversammlung, **am 27. August 2026**, beim Verbandsrat (vhw-Bundesgeschäftsstelle, Fritzschestraße 27/28, 10585 Berlin) eingegangen sein.

Anmeldung zur Mitgliederversammlung auch über den QR-Code:





Christoph Neuberger

Lokaljournalismus unter Druck: Tageszeitung auf dem Rückzug, Neuorientierung im Digitalen

Der Lokaljournalismus ist besonders stark von der ökonomischen Krise der Medien betroffen. Kann er seine politischen und sozialen Funktionen für die kommunale Öffentlichkeit noch ausreichend erfüllen? Der Rückzug lokaler Tageszeitungen hat in Deutschland zwar noch nicht zu „Nachrichtenwüsten“ geführt, also zu Gebieten, in denen keine Zeitung mehr über das Geschehen vor Ort berichtet. Der Blick in die USA zeigt aber, mit welchen negativen Auswirkungen für diesen Fall zu rechnen ist. Nach wie vor ist die Tageszeitung das leistungsfähigste Medium im Lokalen. Das liegt auch daran, dass neue Digitalangebote den professionellen Journalismus zumeist nur ergänzen, aber nicht ersetzen können. Lokaljournalismus bedarf der Förderung. Und er muss seine Rolle im Digitalen neu definieren: Er muss lernen, künstliche Intelligenz und soziale Medien sinnvoll einzusetzen, um Nachrichtenversorgung und Meinungsbildung für die lokale Demokratie, Zusammenhalt und Identität der lokalen Gemeinschaft auch künftig sicherzustellen.¹

Warum guter Lokaljournalismus so wichtig ist

Der lokale Raum ist für die Menschen zugleich Wohn-, Freizeit- und Arbeitsort. Hier sind direkte und mediale Kommunikation eng aufeinander bezogen. So liefert die Tageszeitung ihrem Publikum Gesprächsstoff und Entscheidungshilfen für die Bewältigung des Alltags. Sie informiert über das Geschehen vor Ort und organisiert die politische Meinungsbildung über Themen, von denen viele unmittelbar betroffen sind. Außerdem stärkt sie die lokale Identität und den Zusammenhalt. Für die Lokalpresse war es immer eine Herausforderung, diesen Aufgaben gerecht zu werden. Kritikpunkte zu ihrer Qualität wiederholten sich (Möhring 2015): Ihre Inhalte basieren auf geringer redaktioneller Eigenleistung und geben vor allem wieder, was in Pressemitteilungen von Vereinen, Unternehmen, Kommunen und Parteien steht. Sie orientiert sich zu stark an den lokalen Eliten und Organisationen, während Bürgerinnen und Bürger kaum zu Wort kommen. Sie hält sich mit Kritik zurück, geht zu wenig auf den Hintergrund der Ereignisse ein und behandelt nur selten Politikthemen.

Lokale Tageszeitungen: hohe Angebotsqualität und Wertschätzung

Dennoch: Die lokalen Tageszeitungen sind den anderen lokalen Medien nach wie vor deutlich überlegen. Das belegen sowohl Inhaltsanalysen der Angebotsqualität als auch Befragungen zur Wertschätzung im Publikum. Breit angelegte Inhaltsanalysen, die die Vielzahl lokaler Medien erfassen,

sind allerdings rar. Eine der wenigen Ausnahmen ist eine Studie von Lutz Hagen, Peter Stawowy und Jens Woelke (2025). Sie untersuchten alle redaktionellen Beiträge am Stichtag 7. Juli 2023 in journalistischen Angeboten in Thüringen, und zwar in drei Landkreisen (Sömmerda, Schmalkalden-Meiningen, Nordhausen) und zwei kreisfreien Städten (Erfurt, Suhl). Das Fazit ihrer Inhaltsanalyse: „Die Zeitungen prägen die medialen Öffentlichkeiten in den ausgewählten Gebieten, was die Menge an Beiträgen betrifft, momentan noch mit Abstand am stärksten. Doch die andere Hälfte der Beiträge kommt aus anderen Quellen. Als zweitproduktivste Quelle erwiesen sich private Portale, danach Bürger im Social Web“ (ebd., S. 105). Der Politikanteil der Tageszeitungen (7 %) war im Vergleich mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk (36 %), dem lokalen Fernsehen (20 %) und dem landesweiten Radio (12 %) allerdings recht gering.

Längsschnittstudien untersuchen, wie sich die lokalen Medienangebote im Zeitverlauf verändert haben. In Schweden erfasste eine Inhaltsanalyse im Zeitraum 2014 und 2022, wie sich im Fall von 108 Zeitungen ein Zusammenschluss auf die Qualität auswirkte (Garz/Ots 2025). Danach sank in den betroffenen Zeitungen zwar der Anteil eigenproduzierter Inhalte, doch stieg die Qualität im Vergleich mit anderen Blättern an, allerdings nur in geringem Maße. Im untersuchten Zeitraum nahm die Zeitungsqualität auch generell zu, und zwar besonders in Hinblick auf die thematische Orientierung (mehr Erklärung statt nur Beschreibung eines Ereignisses) und Objektivität (mehr Abwägung von Argumenten, weniger Polemik und Emotion). Eine weitere Inhaltsanalyse des Gesamtangebots von sieben Tageszeitungen in einer Region in Nordrhein-Westfalen (Regierungsbezirk Arnsberg) gelangte zu einem ähnlichen Ergebnis (Berghofer et al. 2019). Ausgewertet wurden jeweils drei Stichtage in den

¹ Der vorliegende Beitrag fasst die wesentlichen Aussagen des Kapitels zum Lokaljournalismus im vhw-Gutachten „Local Open Public Space – Kommunikationsinfrastrukturen für die lokale Demokratie“ zusammen (Neuberger 2026).



Jahren 1995, 2006 und 2015. Konzentration und Kooperationen auf dem Tageszeitungsmarkt führen also nicht notwendig zu einer geringeren Gesamtqualität. Verloren geht aber die kleinteilige, eigenproduzierte Berichterstattung über und für einzelne Gemeinden.

Repräsentative Publikumsbefragungen zeigen eine unvermindert große Wertschätzung für professionellen Lokaljournalismus. Dass Lokal- und Regionalzeitungen ein hohes Maß an Vertrauen in Deutschland genießen, belegt die repräsentative Mainzer Medienvertrauensstudie. Im Jahr 2024 lagen sie mit 56 % für die Items „sehr“ und „eher vertrauenswürdig“ hinter dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen (61 %) und vor den überregionalen Tageszeitungen (55 %). Alle weiteren Mediengattungen folgten mit deutlichem Abstand dahinter (Fawzi et al. 2025, S. 9).

Der Digital News Report 2025 (Fletcher 2025, S. 45) zeigt, dass in Deutschland die lokale Tageszeitung als beste Quelle für lokale Politik und Verwaltung (39 %) sowie für lokale Aktivitäten und Kultur (34 %) weitaus häufiger genannt wird als alle anderen Quellen. Zum Vergleich: In den USA rangierte im lokalpolitischen Bereich das lokale Fernsehen an der Spitze (39 %), in Großbritannien ebenfalls die lokale Tageszeitung (23 %). Dagegen wurden im kulturellen Bereich in beiden Ländern vor allem soziale Medien geschätzt (USA: 33 %, GB: 31 %).

Lokaljournalismus als prekärer Beruf

Das Lokale ist nach wie vor das größte Arbeitsfeld im Journalismus. Im Jahr 2023 gab es ungefähr 5500 hauptberufliche Lokaljournalistinnen und -journalisten in Deutschland (Garmissen et al. 2025, S. 18). Besonders in diesem Ressort arbeiten allerdings Journalistinnen und Journalisten in prekären Verhältnissen (Hanitzsch/Rick 2021, S. 8, 19). Hier finden sich auch kaum noch frei arbeitende, hauptberufliche Journalistinnen und Journalisten. Darin spiegelt sich die ökonomische Krise des Berufs (Garmissen et al. 2025, S. 18).

Sinkende lokaljournalistische Versorgung

Die lokaljournalistische Versorgung verschlechtert sich. Ablesbar ist dies an den erheblichen Auflagenverlusten (Röper 2022, S. 297) und der sinkenden Zahl unabhängiger Zeitungstitel (Dogruel et al. 2019, S. 339–341). Es hat sich ein kaum durchschaubares Geflecht an Kooperationsformen gebildet (ebd., S. 335–339), darunter auch sogenannte „Zombiezeitungen“, womit Titel ohne eigene Zeitungsredaktion gemeint sind, die vollständig mit Inhalten anderer Zeitungen gefüllt werden. Lücken in der Versorgung sind in Deutschland noch nicht nachweisbar – jedenfalls nicht auf Kreisebene. Auf der Ebene der Kommunen sind keine Daten verfügbar, um mögliche Lücken sichtbar zu machen. Trotz

Fusionen und Einstellungen von Zeitungstiteln lassen sich also keine „Nachrichtenwüsten“ in Landkreisen und kreisfreien Städten nachweisen. Fast in der Hälfte (2023: 47 %) existiert aber nur noch eine (Monopol-)Zeitung (Wellbrock/Maaß 2024, S. 14–19). Auch negative Auswirkungen sind beim Verschwinden von Zeitungen bisher in Deutschland noch nicht erkennbar (ebd., S. 20–24).

Vor allem Studien aus den USA zeigen aber die möglichen negativen Folgen. Dies belegt die Überblicksanalyse von Sabrina Maaß (2025): Der Rückgang der Zahl der Zeitungen oder ihr gänzliches Verschwinden führt zu einem Sinken der Wahlbeteiligung und anderer Formen der politischen Partizipation, auch soziales Engagement und lokaler Zusammenhalt nehmen ab. Nicht eindeutig ist der Zusammenhang zwischen der Zahl der Zeitungen und dem Grad politischer Polarisierung. Recht klar ist hingegen, dass die Effizienz der öffentlichen Verwaltung nachlässt und Fehlverhalten wie Korruption zunimmt. Auch Unternehmen neigen eher zu Regelverletzungen, wenn sich Zeitungen zurückziehen. Eine qualitative Studie zeigt (Mathews 2020), wie die Einstellung der letzten Zeitung in einem County in den USA den Zugang zu lokalen Informationen und das Gemeinschaftsleben erschwerte (weil z. B. Veranstaltungen nicht mehr bekannt gemacht werden konnten) und das positive Bild der eigenen Region keine öffentliche Bestätigung mehr fand.

Digitalangebote im Lokalen

Digitalangebote im Lokalen sind vielfältig. Darunter sind aber nur wenige Versuche zu finden, digitalen Lokaljournalismus mit professionellem Anspruch ohne Verbindung zu einem klassischen Medium zu etablieren (wie etwa im Fall des Berliner Angebots *loky**). Lokale Plattformen wie *nebenan.de* und *myheimat.de* können den Lokaljournalismus nicht ersetzen, sondern ihn nur ergänzen. Eine Inhaltsanalyse der Nachbarschaftsplattform *nebenan.de* in der Stadt Augsburg ergab im Jahr 2020, dass „die Plattform primär für Vergemeinschaftung durch lose Kontakte und für gewerbliche Tätigkeiten genutzt wird. Politische Partizipation ist wenig zu finden“ (Nitschke/Schweiger 2021, S. 371). Auf Telegram konnte in Deutschland während der COVID-19-Pandemie die Selbstorganisation von Bürgerinnen und Bürgern in Nachbarschafts-Chatgruppen beobachtet werden (Pasitselska/Buehling/Gagrčin 2025).

In ihrem Forschungsüberblick zum digitalen Lokaljournalismus diskutieren Wiebke Möhring und Felix Keldenich (2018, S. 198–200) die bisherigen Projekte. Die Tageszeitungen schöpften, so ihr Urteil, die Möglichkeiten zu wenig aus und verfolgten keine klare Strategie. Neue Digitalanbieter könnten dazu beitragen, „zum einen fehlende lokale Berichterstattung abzudecken und zu ergänzen, zum anderen aber auch, eine Art Gegenöffentlichkeit zu etablieren“



(ebd., S. 198). Allerdings sei es oft zweifelhaft, ob es sich dabei überhaupt um journalistische Inhalte handelt. Mangels ausreichender Finanzierung sei die Fluktuation unter reinen Digitalangeboten besonders hoch. Lokalen Tageszeitungen fällt es schwer, digitale Innovationen umzusetzen, wie z. B. im Fall der künstlichen Intelligenz (Eder/Sjøvaag 2025, Hallenberg 2026).

Förderung des Lokaljournalismus

Maßnahmen zur Stärkung des Lokaljournalismus müssen bei der Sicherung seiner ökonomischen Grundlage und seiner Fähigkeit zur Innovation ansetzen (Neff/Pickard 2023). Die Förderoptionen sind in einem Gutachten für die Heinrich-Böll-Stiftung anhand von sechs Kriterien diskutiert worden. Das Ergebnis der Analyse: „Legt man die ersten drei Kriterien ‚Staatsferne‘, ‚Effizienz‘ und ‚Distributionsneutralität‘ als zentrale Maßstäbe an, dann erscheinen zwei Förderinstrumente besonders interessant: die Anerkennung der Gemeinnützigkeit und die Redaktionskostenförderung. Beide sind zudem zumindest nicht innovationshemmend und niederschwellig. Als komplementär bietet sich die Innovationsförderung an, die zwar besondere Ansprüche an die konkrete Ausgestaltung der Maßnahme bezüglich der Staatsferne stellt, dafür aber in puncto Innovations- und Transformationsanreize allen anderen Maßnahmen überlegen ist“ (Wellbrock et al. 2025, S. 20–21).

Neben der finanziellen Unterstützung sind Beratungs- und Weiterbildungsinitiativen wichtig. So unterstützen das Lokaljournalistenprogramm der Bundeszentrale für politische Bildung und der Support Desk für lokale Recherchen des Netzwerks Recherche die Arbeit von Lokalredaktionen.

Die Rolle des Lokaljournalismus im Local Open Public Space

Der Lokaljournalismus bleibt – in einer normativen Sicht – unverzichtbar für das demokratische Gemeinwesen. Er muss jedoch seine vermittelnde Rolle im Digitalen neu bestimmen. Journalismus hat in der digitalen Öffentlichkeit seine Rolle als Schleusenwärter (Gatekeeper) verloren, weil in sozialen Medien jeder und jede ohne großen Aufwand publizieren kann. Das aber heißt nicht, dass qualitätssichernde Intermediäre überflüssig geworden sind. Zu den beiden klassischen Aufgaben –

der Produktion und Distribution geprüfter Nachrichten (als Gegengewicht zur Desinformation) und von Kommentaren (als Gegengewicht zu Hasskommentaren) – kommen neue Aufgaben hinzu: die Moderation öffentlicher Diskurse, das Ermöglichen einer breiten Bürgerbeteiligung, das Einbetten von Nachrichten in archiviertes Hintergrundwissen und die Organisation lokaler Gemeinschaften (Neuberger 2020).

Der vhw hat die Schaffung eines Local Open Public Space (LOPS) vorgeschlagen, mit dem Kommunikationsinfrastrukturen für die lokale Demokratie bereitgestellt werden (Jarren 2026, S. 132–137). In diesem Raum sollte der Lokaljournalismus Aufgaben für das gesamte Nachrichtenökosystem übernehmen, indem er Fremdpubliziertes nachträglich prüft (Fact-Checking) sowie Orientierung über Themen und Meinungen gibt, die an anderer Stelle publiziert worden sind (Gatewatching). Der LOPS soll auch anderen Anbietern zur Verfügung stehen. Der Journalismus sollte deren Beteiligung als unabhängiger Intermediär organisieren und moderieren. Die Leistungen des Journalismus könnten von gemeinwohlorientierten Anbietern, wie Bildungs-, Wissenschafts- und Kultureinrichtungen, ergänzt werden. Wichtig ist, dass in einem LOPS der Journalismus stets unterscheidbar bleibt – vor allem gegenüber jenen Akteuren, die partikulare Interessen verfolgen (wie Parteien, Kommunen, Unternehmen und Vereine).

Lokale Öffentlichkeiten sollten nicht isoliert bleiben, sondern vertikal und horizontal vernetzt werden. Auch dafür eröffnet ein LOPS neue Möglichkeiten. Mit der vertikalen Dimension sind die Ebenen der lokalen, landes-, bundesweiten, europäischen und globalen Öffentlichkeit gemeint, mit der horizontalen Dimension das Verhältnis zu anderen



Abb. 1: Die Neuorientierung im Digitalen beginnt schon in jungen Jahren (Foto: Annick Rietz)



lokalen Öffentlichkeiten. Eine horizontale Vernetzung ist vor allem für geografisch benachbarte oder thematisch ähnlich ausgerichtete lokale Räume interessant. Hier könnten Erfahrungen ausgetauscht und gemeinsame Ziele durch Mobilisierung angestrebt werden.

Eine räumliche Mehr-Ebenen-Architektur der digitalen Öffentlichkeit kann dazu beitragen, dass die konkreten Erfahrungen im Lokalen mit der nationalen Politik verbunden bleibt, die in der weit entfernten Hauptstadt stattfindet. Der Zeithistoriker Timothy Snyder (2024, S. 229) sieht im Niedergang lokaler Tageszeitungen in den USA eine wesentliche Ursache für die Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger von der nationalen Politik und für die wachsende Polarisierung: „Das Ende der lokalen Faktizität, der ‚home truth‘, führt zu nationaler Zwietracht. In dem Maße, in dem sich der Sinn für die Realität vor Ort auflöst, geben die Amerikaner ihre Meinung an weit entfernte Menschen im Talkradio oder Kabelfernsehen und schließlich an ortlose Algorithmen ab.“



Prof. Dr. Christoph Neuberger

Wissenschaftlicher Geschäftsführer und Direktor am Weizenbaum-Institut Berlin sowie Professor für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Freien Universität Berlin Foto: Weizenbaum-Institut

Quellen:

Berghofer, S./Vonbun-Feldbauer, R./Dogruel, L./Beck, K. (2019): Public Value im Print? Eine Analyse der Entwicklung struktureller und inhaltlicher Vielfalt in lokalen und regionalen Tageszeitungen 1995–2015 aus Gemeinwohlperspektive. In: Krone, J./Gebesmair, A. (Hrsg.): Zur Ökonomie gemeinwohlorientierter Medien (S. 111–134). Nomos.

Dogruel, L./Berghofer, S./Vonbun-Feldbauer, R./Beck, K. (2019): Die publizistische Einheit als Auslaufmodell: Zur abnehmenden Validität eines pressestatistischen Standardmaßes. Publizistik, 64(2), S. 329–344. <https://doi.org/10.1007/s11616-019-00505-2>

Eder, M./Sjøvaag, H. (2025): Falling behind the Adoption Curve: Local Journalism's Struggle for Innovation in the AI Transformation. Journal of Media Business Studies, 0(0), S. 1–19. <https://doi.org/10.1080/16522354.2025.2473301>

Fawzi, N./Ziegele, M./Schultz, T./Jackob, N./Jakobs, I./Viehmann, C./Quiring, O./Schemer, C./Stegmann, D. (2025): Stabiles Medienvertrauen auch in Zeiten politischer Umbrüche. Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2024. Media Perspektiven, 1(3), S. 1–20. https://www.media-perspektiven.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2025/MP_13_2025_Mainzer_Langzeitstudie_Medienvertrauen_2024.pdf

Fletcher, R. (2025): Local News: How Publishers Can Still Provide Value in a Platform

World. In: Newman, N./Ross Arguedas, A./Robertson, C. T./Nielsen, R. K./Fletcher, R. (Hrsg.): Reuters Institute Digital News Report 2025 (S. 43–47). Reuters Institute for the Study of Journalism. <https://doi.org/10.60625/risj-8qqf-jt36>

Garmissen, A. v./Lauerer, C./Hanitzsch, T./Loosen, W. (2025): Journalismus in Deutschland 2023. Befunde zur Situation und Selbsteinschätzung einer Profession unter Druck. Medien & Kommunikationswissenschaft, 73(1), S. 3–34. <https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-1-3>

Garz, M./Ots, M. (2025): Media Consolidation and News Content Quality. Journal of Communication, 0(0), S. 1–12. <https://doi.org/10.1093/joc/jqae053>

Hagen, L./Stawowy, P./Woelke, J. (2025): Vielfalt von Angeboten, Inhalten und Nutzung der lokalen und regionalen Medien in Thüringen. Bestandsaufnahme der publizistischen Öffentlichkeiten im Nahbereich und Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung. kopead (TLM-Schriftenreihe, 26).

Hallenberg, B. (2026): KI im Informationsbereich und im Journalismus – Potentiale und Risiken. In: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (Hrsg.): Local Open Public Space – Kommunikationsinfrastrukturen für die lokale Demokratie (S. 39–48). vhw.

Hanitzsch, T./Rick, J. (2021): Prekarisierung im Journalismus. Erster Ergebnisbericht März 2021. LMU München, S. 8–19. <https://www.ifkw.uni-muenchen.de/lehrbereiche/hanitzsch/projekte/prekarisierung.pdf>

Jarren, O. (2026): Der Local Open Public Space. In: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (Hrsg.): Local Open Public Space – Kommunikationsinfrastrukturen für die lokale Demokratie (S. 121–137). vhw.

Maaß, S. (2025): Das Verschwinden von Lokalzeitungen und seine Auswirkungen auf Demokratie und Gemeinwesen – eine systematische Literaturanalyse. MedienWirtschaft, 22(1), S. 18–37. <https://doi.org/10.15358/1613-0669-2025-1-18>

Mathews, N. (2020): Life in a News Desert: The Perceived Impact of a Newspaper Closure on Community Members. Journalism, 23(6), S. 1250–1265. <https://doi.org/10.1177/1464884920957885>

Möhring, W. (2015): Lokaljournalismus im Fokus der Wissenschaft. Zum Forschungsstand Lokaljournalismus – unter besonderer Berücksichtigung von Nordrhein-Westfalen. Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM NRW). www.medienanstalt-nrw.de/fileadmin/user_upload/lfm-nrw/Foerderung/Forschung/Dateien_Forschung/L171_Lokaljournalismus-im-Fokus-der-Wissenschaft_LfM-Doku51.pdf

Möhring, W./Keldenich, F. (2018): Lokaler Journalismus im Internet. Zeitungsverlage und neue Anbieter. In: Nuernbergk, C./Neuberger, C. (Hrsg.): Journalismus im Internet. Profession – Partizipation – Technisierung (S. 183–208). Springer VS.

Neff, T./Pickard, V. (2023). Building Better Local Media Systems: A Comparative Policy Discourse Analysis of Initiatives to Renew Journalism around the World. Journalism Studies, 24(15), S. 1877–1897. <https://doi.org/10.1080/1461670X.2023.2253928>

Neuberger, C. (2020): Journalismus und digitaler Wandel: Krise und Neukonzeption journalistischer Vermittlung. In: Jarren, O./Neuberger, C. (Hrsg.): Gesellschaftliche Vermittlung in der Krise: Medien und Plattformen als Intermediäre (S. 119–154). Nomos.

Neuberger, C. (2026): Lokaler Journalismus: Tageszeitung auf dem Rückzug, Neuorientierung im Digitalen. In: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (Hrsg.): Local Open Public Space – Kommunikationsinfrastrukturen für die lokale Demokratie (S. 26–38). vhw.

Nitschke, P./Schweiger, M. (2021): Alltagspraktiken digitaler Teilhabe in Nachbarschaft und Stadt. Medien & Kommunikationswissenschaft, 69(3), S. 363–379. <https://doi.org/10.5771/1615-634X-2021-3-363>

Pasitselska, O./Buehling, K./Gagrčin, E. (2025): Chat Groups as Local Civic Infrastructure: A Case Study of „Solidary Neighborhood Help“ Telegram Groups during

the COVID-19 Pandemic in Germany. New Media & Society, 0(0), S. 1–25. <https://doi.org/10.1177/14614448251349426>

Röper, H. (2022): Daten zur Konzentration der Tagespresse im I. Quartal 2022. Zeitungsmarkt 2022: Weniger Wettbewerb bei steigender Konzentration. Media Perspektiven, 1(6), S. 295–318. https://www.media-perspektiven.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2022/2206_Roeper.pdf

Snyder, T. (2024): Über Freiheit. C. H. Beck.

Wellbrock, C.-M./Maass, S. (2024): Wüstenradar – zur Verbreitung des Lokaljournalismus in Deutschland und dessen Effekt auf die Funktionsfähigkeit der Demokratie. Hamburg Media School. <https://www.wuestenradar.de/wp-content/uploads/sites/18/2024/11/Wuestenradar-2024-web.pdf>

Wellbrock, C.-M./Künzler, M./Dogruel, L./Baeva, G. (2025): Demokratie beginnt im Lokalen. Zeit für eine neue Medienförderung. Heinrich Böll Stiftung. <https://www.boell.de/de/2025/09/08/demokratie-beginnt-im-lokalen>



Olaf Jandura, Hannah Kehl

Unverzichtbar – gerade dort, wo sie zu verschwinden drohen

Warum Lokalzeitungen raumsensitiv betrachtet werden müssen

Der Niedergang der regionalen und lokalen Tageszeitungen in Deutschland ist mittlerweile gut und vielfach beschrieben. Sinkende Auflagen, rückläufige Werbeerlöse, zusammengelegte Lokalressorts und ausgedünnte Redaktionen, eingestellte Printausgaben und die wachsende Schwierigkeit, gedruckte Zeitungen in der Fläche wirtschaftlich zuzustellen, formen ein mittlerweile vertraut gewordenes Krisennarrativ. Dieses ist nicht nur für die betroffenen Verlage, sondern auch für die lokale Demokratie herausfordernd, denn mit den Tageszeitungen geht auch eine wichtige Stütze lokaler Öffentlichkeit verloren (Jarren et al. 2026). So lassen sich die Studien in Deutschland zum Thema pointiert zusammenfassen. Wellbrock, Künzler, Dogruel und Baeva (2025) beschreiben diesen Rückgang als strukturelle Entwicklung und verweisen darauf, dass mittlerweile fast die Hälfte der Landkreise und kreisfreien Städte sogenannte Einzeitungskreise, also Kreise, in denen nur eine Redaktion einen Lokalteil erstellt, sind. Zugleich dünnt auch die Zeitungsdichte in Mehrzeitungskreisen weiter aus (Wellbrock et al. 2025).

So zutreffend das gezeichnete Bild sein mag, ist es doch unvollständig, weil es sozialraumspezifische Überlegungen nicht systematisch in den Blick nimmt. Denn gerade dort, wo lokale Tageszeitungen unter besonders hohem ökonomischem Druck sind, sind ihre Funktionen für die lokale Demokratie besonders schwer zu ersetzen. Deshalb gilt es nicht, nach dem Verschwinden von Zeitungen, sondern vielmehr nach dem Verschwinden spezifischer journalistischer Leistungen und nach funktionalen Äquivalenten zu fragen, die dann in den betroffenen Regionen zur Verfügung stehen. Dies wendet den Blick auf die Leistungen des Journalismus als gesellschaftliches Teilsystem der aktuellen Selbstbeobachtung (Neuberger 2026).

Nachfrage nach Lokaljournalismus

Auch im Lokalen erfüllt Journalismus Funktionen der Fokussierung, Information, Moderation, Kritik und Integration. Kommunalpolitik ist für Bürgerinnen und Bürger besonders erfahrbar; zugleich braucht sie Öffentlichkeit, damit Betroffenheit in informierte Meinungsbildung und Beteiligung übersetzt werden kann. Empirisch zeigt sich, dass viele Menschen diese Leistungen des Lokaljournalismus nachfragen. So nutzen laut einer aktuellen Studie der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien über vier Fünftel der Befragten lokaljournalistische Angebote wöchentlich und mehr als die Hälfte sogar täglich (GIM/BLM 2025). Gleichzeitig zeigt die Studie auch eine strukturelle Veränderung: Unter-50-Jährige erreichen lokaljournalistische Inhalte zunehmend indirekt über aggregierte, algorithmisch sortierte oder soziale Zugänge, wie Plattformen und Social Media, während klassische Kanäle vor allem für Ältere relevant bleiben (GIM/BLM 2025). Unabhängig davon, wie einen lokale Informationen erreichen, liefert Lokaljournalismus

nach Ansicht seines Publikums verlässliche Informationen aus der Region, schafft Orientierung im lokalen Geschehen und stärkt Verbundenheit, Vertrauen und Teilhabe (GIM/BLM 2025).

Der lokale Raum ist jedoch kein einheitlicher Medienraum, lokale Kommunikationsräume unterscheiden sich vielmehr erheblich. Großstädte, suburbane Räume, wohlhabende Umlandregionen, strukturschwächere ländliche Gebiete, altindustrielle Städte und periphere Räume verfügen über unterschiedliche soziale Strukturen, Infrastrukturen, Mobilitätsmuster, zivilgesellschaftliche Netzwerke (Gohla/Hennicke 2023, Schubert et al. 2023) und über ein unterschiedliches Medienangebot (Jarren et al. 2026). Aus der Gesamtsicht der Studien, die Raumfragen betrachten, ergibt sich ein paradox anmutendes Muster: Lokale Tageszeitungen sind gerade dort besonders demokratierelevant, wo sie besonders gefährdet sind, denn ihre Ersetzbarkeit hängt nicht abstrakt von der Existenz digitaler Alternativen ab, sondern von deren Qualität, Reichweite, Kontinuität, Unabhängigkeit und vor allem derer lokalen Verankerung.

Räumliche Disparitäten

Eine Untersuchung der Frage, ob in Deutschland ungleichwertige lokale Informationsverhältnisse bestehen, hat starke räumliche Disparitäten in der lokalen Tageszeitungslandschaft zutage gefördert (Kehl 2024). Dabei wird die Auflagedichte betrachtet, ein Maß, das die verkaufte Auflage lokaler Tageszeitungen in einem Kreis ins Verhältnis zu den dort lebenden deutschsprachigen Personen ab 14 Jahren setzt. Damit wird nicht nur das Vorhandensein von, sondern der Durchdringungsgrad mit lokalen Informationen in der Bevölkerung gemessen (Kehl 2024). Die festgestellten Disparitäten



lassen sich jedoch nicht auf einfache Stadt-Land- oder Ost-West-Gegensätze reduzieren. Vielmehr spielen verschiedene Faktoren, wie Demografie, Sozialstruktur, Ortsbindung und sozialgeografische Raumtypen, eine Rolle (Kehl 2024). Besonders in den städtischen und ländlichen vom andauernden Strukturwandel betroffenen Regionen ist die Lage schwierig (Gohla/Hennicke 2023, Kehl 2024).

Gerade die Regionen in Ostdeutschland sind es auch, denen im „Wüstenradar“ (Wellbrock/Maaß 2024) eine hohe Gefahr der Entstehung demokratiethoretisch problematischer Nachrichtenwüsten attestiert wird. In einem solchen räumlichen Umfeld, in Thüringen, zeigt das Forscherteam um Lutz Hagen dies exemplarisch mittels einer Mehrmethodenstudie auf (Hagen et al. 2025). Sie kommt zu dem Ergebnis, dass klassische Medien, insbesondere Lokalzeitungen, weiterhin herausragende Bedeutung als Quellen lokaler und regionaler Information haben. Zugleich wird deutlich, dass Social-Media-Profile, Onlineportale und kommunale Amtsblätter keinen Ersatz für Lokalberichterstattung in Zeitungen und Rundfunk darstellen. Neue Angebote können zwar zur Meinungsvielfalt beitragen, erreichen aber häufig nicht dieselbe Kontinuität, redaktionelle Struktur, Quellenprüfung sowie inhaltliche Breite und Tiefe wie professionell organisierte lokale Medien (Hagen et al. 2025, Wellbrock et al. 2025).

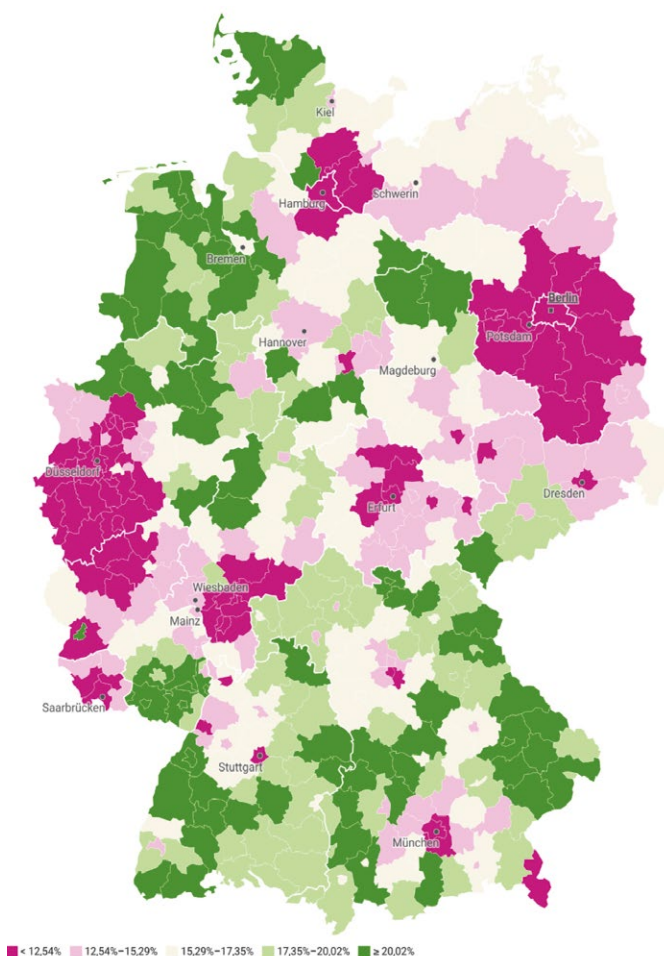


Abb. 1: Auflagedichte lokaler Tageszeitungen

Was würde fehlen, wenn die lokale Tageszeitung wegfällt?

Hier hilft ein Blick auf den Medienrepertoireansatz (Hasebrink/Domeyer 2010, Hasebrink/Merten/Behre 2023), der postuliert, dass sich Menschen nicht nur über ein Medium informieren, sondern sich aus verschiedenen Quellen ein Informationsrepertoire zusammenstellen. Diese Medienrepertoires sind in verschiedenen Regionen in Deutschland unterschiedlich: So spielen in den dynamischen Großstädten öffentlich-rechtliche Angebote und verschiedene Onlineangebote eine weit größere Rolle als die lokale Tageszeitung. Letztere hingegen prägt mit den öffentlich-rechtlichen, privaten TV-Angeboten die Medienrepertoires vieler in den ländlichen Räumen in der Strukturkrise lebenden Menschen (Jandura 2025). Was tatsächlich passiert, wenn die gedruckte lokale Tageszeitung verschwindet, konnte im thüringischen Greiz beobachtet werden. 47 % der Abonnements gingen bei der Umstellung auf digitale Abonnements verloren. Die entstandene Lücke wird nun durch kommunale PR, Social Media und von politischen Akteuren verlegte und geprägte Anzeigenblätter gefüllt (Schnedler/Werner 2026). Gerade das Aufkommen parteipolitisch tendenziöser Anzeigenblätter als Ersatz für lokalen Journalismus (Jürgens/Nejezchleba 2024) wird als Bedrohungsszenario für die lokale Demokratie gesehen.

Insgesamt wird so lokale Informationsversorgung als räumlich differenziertes Phänomen sichtbar. Diese Perspektive ist medienpolitisch folgenreich. Wenn lokale Tageszeitungen in verschiedenen Räumen unterschiedliche Funktionen erfüllen, dann kann ihr Rückgang nicht überall gleich bewertet werden. In einer Großstadt mit mehreren journalistischen Angeboten, lokalen Onlineportalen, öffentlich-rechtlicher Regional- oder Lokalberichterstattung (z. B. die „Lokalzeiten“ des WDR), aktiven zivilgesellschaftlichen Kanälen und kommunikativen Ressourcen der Verwaltung ist der Ausfall einer einzelnen Lokalzeitung gravierend, aber eher kompensierbar. In einem weniger versorgten Kreis, in dem es kaum professionelle Alternativen gibt, kann derselbe Ausfall eine demokratiethoretisch problematische Versorgungslücke erzeugen. Das heißt nicht, dass urbane Räume automatisch gut versorgt sind. Auch dort gibt es Fragmentierung, soziale Exklusion, unterschiedliche Milieus, ungleiche Medienkompetenzen und Gruppen, die von bestehenden Angeboten kaum erreicht werden. Aber urbane Räume verfügen häufiger über eine umfassendere Angebotsstruktur. Die demokratische Verletzlichkeit medialer Räume entsteht deshalb nicht allein aus der Stärke oder Schwäche eines Mediums, sondern aus dem Verhältnis zwischen diesem Medium und der Konfiguration der Öffentlichkeit in seiner lokalen Umgebung.

Damit rückt die Lokalzeitung nicht aus mediennostalgischen Gründen oder aus Lobbyarbeit für in diesen Regio-



nen arbeitende Verlage in den Mittelpunkt, sondern aufgrund ihrer spezifischen Vermittlungsleistung. Wenn diese journalistische Vermittlung schwächer wird, entsteht nicht automatisch eine lebendige digitale „Ersatzöffentlichkeit“. Vielmehr kann Öffentlichkeit fragmentieren. Informationen zirkulieren dann in Messenger-Gruppen, Vereinskanälen, kommunalen Websites, Facebook-Gruppen, Instagram-Profilen, persönlichen Netzwerken oder ähnlichem. Das kann die Vielfalt erhöhen und gleichzeitig die Beobachtbarkeit des öffentlichen kommunikativen Geschehens erschweren und die angemessene Repräsentation aller Akteure gefährden (Jarren 2025).

Die raumsensitive Argumentation darf nicht missverstanden werden: Sie behauptet nicht, dass Lokalzeitungen nur in ländlichen oder strukturschwächeren Regionen wichtig seien. Auch in urbanen Räumen werden sie genutzt, gebraucht und geschätzt. Der Unterschied liegt weniger in der Nutzung als in der Ersetzbarkeit. In urbanen und prosperierenden Regionen existieren häufiger mehrere Informationsquellen: Stadtmagazine oder Anzeigenblätter, öffentlich-rechtliche und private Rundfunkangebote, datenjournalistische Projekte, kommunale Kanäle, hyperlokale Portale, thematische Communitys sowie eine Vielzahl von Kommunikatoren, wie zivilgesellschaftliche Initiativen, Hochschulen, Kulturinstitutionen oder lokale Influencerinnen und Influencer. Diese Angebote ersetzen die Lokalzeitung nicht vollständig, sind aber für einige Leistungen funktionale Äquivalente: schnelle Hinweise, Kultur- und Veranstaltungsinformationen, Nachbarschaftskommunikation, Spezialthemen, Veranstaltungshinweise oder Mobilisierung.

Versorgungslücken

In ländlichen und peripheren Räumen ist diese Herausforderung anders gelagert. Dort spielt die direkte Nutzung klassischer Angebote weiterhin eine größere Rolle; zugleich sind alternative Angebote oft weniger dicht vorhanden. Die Gefahr besteht darin, dass gerade dort, wo digitale Transformation dringend nötig wäre, die Ressourcen für digitale Innovation besonders knapp sind. Wenn dann Printzustellung zu teuer wird, junge Zielgruppen abwandern oder sich nicht mehr binden lassen und lokale Redaktionen ausgedünnt werden, entsteht eine Versorgungslücke, die nicht ohne Weiteres durch „das Internet“ geschlossen wird. Kommunikationsaktivitäten der Politik oder Verwaltung vor Ort können dieses Problem nur begrenzt lösen. Sie sind notwendig, aber nicht unabhängig im journalistischen Sinn. Kommunen informieren über Verwaltungshandeln, Dienstleistungen, Beteiligungsverfahren und lokale Entscheidungen. Sie können Transparenz erhöhen, aber sie können sich nicht selbst kontrollieren. Amtsblätter, Websites oder Social-Media-Kanäle der Verwaltung sind deshalb wichtige Informationsquellen, aber kein Ersatz für Journalismus. Das-

selbe gilt für Vereine und Initiativen: Sie können Expertise und Nähe einbringen, vertreten aber Interessen, Perspektiven und Organisationsziele. Lokalzeitungen übernehmen hier eine Bündelungs- und Übersetzungsfunktion. Sie übersetzen einzelne Mitteilungen in öffentliche Themen, prüfen Aussagen, stellen Konflikte dar, ordnen Entscheidungen ein und verbinden Teilöffentlichkeiten (Jarren 2021). Diese Leistung ist besonders wertvoll in Räumen, in denen die übrige Kommunikationsinfrastruktur schwach oder stark fragmentiert ist.

Raumsensitive Medienpolitik

Daraus folgt: Die demokratische Relevanz lokaler Tageszeitungen lässt sich nicht allein über ihre Auflage oder Nutzung messen. Sie ergibt sich aus ihrer Funktion im konkreten lokalen Kommunikationsraum. Wo die Lokalzeitung eine der letzten professionellen Beobachterinnen kommunaler Wirklichkeit ist, ist ihr Verlust gravierender als dort, wo ein vielfältiges journalistisches und zivilgesellschaftliches Ökosystem besteht. Eine zukunftsfähige Medienpolitik sollte deshalb raumsensitiv sein. Sie sollte lokale Kommunikationsinfrastrukturen analysieren, Versorgungslücken erkennen und Förderung dort besonders stark machen, wo journalistische Vermittlung für lokale Demokratie unverzichtbar ist. Das Ziel ist nicht die nostalgische Rettung einer Mediengattung. Das Ziel ist die Sicherung gleichwertiger Informationsverhältnisse und -chancen. Gerade deshalb muss die Lokalzeitung dort ernst genommen werden, wo ihr Verschwinden am wahrscheinlichsten – und am folgenreichsten – ist.



Prof. Dr. Olaf Jandura

Leiter Forschungsschwerpunkt
Communication Research @ HSD,
Fachbereich Wirtschaftswissenschaften,
Hochschule Düsseldorf



Hannah Kehl

Wiss. Mitarbeiterin Forschungsschwerpunkt
Communication Research @ HSD,
Fachbereich Wirtschaftswissenschaften,
Hochschule Düsseldorf

Quellen:

GIM/BLM (2025): Lokaljournalismus und Demokratie. Ergebnisbericht. Abgerufen am 7. Mai 2026 von <https://www.gim-sozialforschung.com/Resources/Persistent/ec3fa8a8ee76761f821b7cf205fd5dcd5e640e63/Studie-Lokaljournalismus-Demokratie-Nov2025-Ergebnisbericht.pdf>.

Gohla, V./Hennicke, M. (2023): Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2023. Friedrich-Ebert-Stiftung. Abgerufen am 7. Mai 2026 von <https://library.fes.de/pdf-files/apb/20534-20240307.pdf>.

Hagen, L./Stawowy, P./Woelke, J. (2025): Vielfalt von Angeboten, Inhalten und Nutzung der lokalen und regionalen Medien in Thüringen: Bestandsaufnahme der publizistischen Öffentlichkeiten im Nahbereich und Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung. Thüringer Landesmedienanstalt.



Hasebrink, U./Domeyer, H. (2010): Zum Wandel von Informationsrepertoires in konvergierenden Medienumgebungen. In: Hartmann, M./Hepp, A. (Hrsg.): Die Mediatisierung der Alltagswelt, S. 49–64.

Hasebrink, U./Merten, L./Behre, J. (2023): Public Connection Repertoires and Communicative Figurations of Publics: Conceptualizing Individuals' Contribution to Public Spheres. *Communication Theory*, 33(2–3), S. 82–91.

Jandura, O. (2025): Sehen und Gesehen werden. In: ORF (Hrsg.): Public Value Studie 2025. Medien für Alle, S. 75–91. Abgerufen am 7. Mai 2026 von https://zukunft.orf.at/show_content.php?sid=147&pvi_id=2536&pvi_medientyp=t&oti_tag=Studie.

Jarren, O. (2021): Demokratie benötigt Journalismus und Medien. In: Magin, M./Rußmann, U./Stark, B. (Hrsg.): Demokratie braucht Medien, Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 117–141. https://doi.org/10.1007/978-3-658-34633-1_7.

Jarren, O. (2025): Entwicklung und Perspektiven der lokalen Medienlandschaften (Teil 1): Wandel lokaler Medienstrukturen: Folgen für das lokale Informations- und Kommunikationsangebot [vhw werkSTADT Nr. 69]. vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung.

Jarren, O./Jandura, O./Meyer, G./Borgstedt, S./Resch, J./Neuberger, C./Hallenberg, B. (2026): Local Open Public Space – Kommunikationsinfrastrukturen für die lokale Demokratie. vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung.

Jürgens, J./Nejezchleba, M. (2024, 10. Februar): Einwurf von rechts. Wie AfD-nahe Anzeigenblätter in Ostdeutschland den Regionalzeitungen Konkurrenz machen. ZEIT ONLINE. Abgerufen am 7. Mai 2026 von <https://www.zeit.de/2024/07/afd-anzeigenblaetter-ostdeutschland-werbeflaeche-neues-gera>.

Kehl, H. (2024): Ohne Kompass in der Heimat? Eine Untersuchung räumlicher Disparitäten in der Informationsversorgung durch lokale Tageszeitungen in Deutschland [Masterarbeit, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf].

Neuberger, C. (2026): Lokaler Journalismus: Tageszeitung auf dem Rückzug, Neuorientierung im Digitalen. In: Jarren, O./Jandura, O./Meyer, G./Borgstedt, S./Resch, J./Neuberger, C./Hallenberg, B. (Hrsg.): Local Open Public Space – Kommunikationsinfrastrukturen für die lokale Demokratie, S. 26–38. vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung.

Schnedler, T./Werner, M. (2026): Lückenfüller. Was kommt, wenn die Lokalzeitung geht. Abgerufen am 7. Mai 2026 von https://netzwerkrecherche.org/wp-content/uploads/2026/03/Greenhouse-Report-4_web.pdf.

Schubert, P./Kuhn, D./Tahmaz, B. (2023): Der ZiviZ-Survey 2023: Zivilgesellschaftliche Organisationen im Wandel. Abgerufen am 7. Mai 2026 von <https://www.ziviz.de/publikationen/ziviz-survey-2023-hauptbericht>.

Wellbrock, C.-M./Maaß, S. (2024): Wüstenradar – zur Verbreitung des Lokaljournalismus in Deutschland und dessen Effekt auf die Funktionsfähigkeit der Demokratie. Hamburg Media School. Abgerufen am 7. Mai 2026 von <https://www.wuestenradar.de/wp-content/uploads/sites/18/2024/11/Wuestenradar-2024-web.pdf>.

Wellbrock, C.-M./Künzler, M./Dogruel, L./Baeva, G. (2025): Demokratie beginnt im Lokalen: Zeit für eine neue Medienförderung. Heinrich-Böll-Stiftung. Abgerufen am 7. Mai 2026 von <https://www.boell.de/de/2025/09/08/demokratie-beginnt-im-lokalen>.

LEARN MORE IN THE SUNSHINE

Endlich wieder *Webinar***SOMMER**



Jetzt mitmachen
vhw-webinarsommer.de



**1 VON 5
WEBINAREN
GEWINNEN!**

vhw Fortbildung



Otfried Jarren

My Local Public Open Space

Lokale Gemeinschaften und kommunale Demokratie unter digitalen Bedingungen

Der sozio-technische Wandel, vorangetrieben durch Plattformen und KI, verändert Sozial- und Raumbeziehungen – faktisch sowie die Vorstellungen über sie (Beck 2003, Löw 2021, Knoblauch/Löw 2021). Das sind meine Gemeinschaften, aber welche Gemeinschaften gibt es noch? Was gehört eigentlich zu meiner Kommune und was zu den Dingen, die es gemeinsam zu regeln gilt? Vor der Digitalisierung erschien die lokale Welt als von wenigen Institutionen maßgeblich geprägt, die Dinge durch sie geregelt. Die lokalen Organisationen waren mehrheitlich bekannt, ab und an konnte man über sie und ihre Ziele abstimmen. Sie bildeten ein gemeinsames Ensemble, das intermediäre System der Lokalgesellschaft. Sie legitimierten sich untereinander, ihre Organisationen bezogen sich aufeinander. Kollektive und korporative Akteure agierten sichtbar, waren bekannt. Es gab feste Größen: „die“ gemeinsame Öffentlichkeit, „die“ mehr oder minder allen bekannte lokale öffentliche Meinung. Man wusste, wo man sich informieren, woran man sich orientieren konnte (Hasebrink 2019).¹

Mit der Digitalisierung verflüssigten sich nicht sofort die Strukturen, doch es wurde deutlich, dass die strukturelle Komplexität über die Zeit anstieg. Man entdeckte Überkomplexität und Bürokratisierung, konnte selbst Dinge an die Hand nehmen. Nun werden die Strukturen zunehmend hinterfragt und zugleich fluid.² Neue Kommunikationsmöglichkeiten für alle: Individuen, Netzwerke, Organisationen. Folglich gibt es immer mehr Kommunikation, immer mehr Prozesse, immer mehr Beteiligte, immer mehr Dynamik, immer mehr die Notwendigkeit, jeweils selbst dabei sein zu müssen, um den Überblick zu haben.

Erste Herausforderungswelle: endogener sozialer Wandel

Der soziale Wandel, zumeist als Differenzierung aufgefasst, führte nicht zu einer starken Individualisierung, wohl aber hat die Orientierung an großen, ehernen Institutionen und die Bindung an sie nachgelassen (Hasebrink u. a. 2020). Man wählt soziale Beziehungen, wechselt diese, bedient sich vielfältiger Dienstleister, zu denen man mal ein enges und dann wieder ein eher zweckorientiertes Verhältnis hat. Der Anstieg an Möglichkeiten hat auf der Mikroebene zu einer Zunahme an Variabilität, an Dynamik und zu einem Verlust an Überblick geführt. Von den Veränderungen auf der Handlungsebene waren die Organisationen der lokalen Gesellschaft, die Intermediären (Parteien, Vereine etc.), betroffen: Die einen verloren Mitglieder, büßten ihre zentrale

Stellung in der Gesellschaft (Volksparteien) ein. Andere entstanden neu bzw. gewannen hinzu, so Wählergemeinschaften, NGOs oder kommerzielle Dienstleister (Stegbauer 2023).

Die Konkurrenz der vielen Organisationen um Aufmerksamkeit und Ressourcen nahm zu. Auch auf der Mesoebene fand eine Differenzierung statt, etablierten sich eine vielfältige Organisationsgesellschaft, Dienstleister für alles Mögliche. Organisationen haben eine für die Gesellschaftsmitglieder entlastende Funktion, sie stabilisieren Beziehungen, sie sortieren Anforderungen, bieten Orientierung, machen Gesellschaft ein Stück weit stabil und lesbar. Die Organisationsgesellschaft hat für ein gewisses Maß an Makrostabilität gesorgt. Die Gesellschaft erschien als relativ stabil, verfügte sie doch über viele Institutionen und über ein breites, dichtes Geflecht an Organisationen. Aber der Eindruck von Stabilität schwand, die Institutionenkritik nahm zu. Heute wird ein Mangel an institutioneller Folge- und Bindungsbereitschaft festgestellt, wird Unübersichtlichkeit, gar ein Verlust des „Wir“ beklagt (Nassehi 2016).

Zweite Herausforderungswelle: exogener sozio-technischer Wandel

Mit den digitalen Tools (Plattformen, Suchmaschinen, Social Media, KI) erfuhrt die differenzierte Gesellschaft eine abermalige Beschleunigung. Dieser Wandel fordert die etablierten Institutionen heraus. Mittels individueller Geräte kann man selbst beobachten, sich darstellen, selbst Informationen beschaffen oder verbreiten, sich mit anderen austauschen, sich organisieren. Auf der Mikroebene der Gesellschaft bildeten sich individualisierte Informations- und Kommunikationsrepertoires aus. Auch auf der Mesoebene tat sich viel: Es gibt (fast) keine Organisation mehr, die nicht über eigene mediale Ressourcen verfügt, digitale Tools einsetzt. Die Individual-, Gruppen- und Organisationskom-

¹ Der Appell für einen neuen lokalen Kommunikationsraum wurde als vhw Debatte Nr. 12 im Juni 2026 veröffentlicht: https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/vhw_Debatte/vhw_debatte_12_Appell_Lokaler_Kommunikationsraum.pdf.

² So findet aktuell eine kritische Debatte über demokratische Institutionen statt, siehe: Nassehi (2021), Manow (2024), Amlinger/Nachtey (2025) oder Rosa (2026). Es wird über die Notwendigkeit des Wandels der Staatlichkeit diskutiert, siehe Jäkel et al. (2025), unter dem Aspekt digitaler Infrastrukturen siehe Schuppert (2025). In diesem Kontext steht auch das vhw-Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für die Begründung eines Local Public Open Space.



munikation machte einen mächtigen Schub, brachte neue Kommunikationsformen (Influencing) hervor, das Volumen an Kommunikation stieg an. Der kommunikative Output ist kaum noch zu überschauen. Die etablierten Massenmedien konnten das nicht mehr bewältigen, sie verloren an Reichweite und Relevanz (Fischer 2024).

Zugleich änderten sich die Kommunikationsnormen, was man in welchen Räumen oder Kontexten sagen darf. Die vormaligen Trennungen zwischen privater und öffentlicher Sphäre verloren an Bedeutung. Das, was privat oder öffentlich sein soll, wird neu verhandelt. Das Verständnis darüber, was politische oder private Angelegenheiten sind oder zu sein haben, ist strittig. Die vormals stabilen Normen und Regeln, also die Strukturen auf der Mikro- wie der Mesoebene, veränderten sich: Formen der kooperativen Individual-, der Gruppen- und der Organisationskommunikation ermöglichen Netzwerke (Castells 2001). Das sind Strukturen, die nicht von Akteuren oder Organisationen aufgebaut werden müssen, sondern durch Individualakteure dauerhaft wie fallweise selbst geschaffen und variiert (wie beendet) werden (Knoblauch 2008). Netzwerke können sich ständig ändern. Der Erfolg von Social Media basiert auf der Ermöglichung von Netzwerken. Social Media sind sowohl neue Institutionen als auch Ermöglicher neuer kommunikativer Institutionen. Mit ihnen verbunden sind neue Wertvorstellungen wie gesellschaftliche (Community, Follower) und politische Leitbilder (Fluid Democracy, Open Governance) (Jarren 2019).

Prozesse: Auswirkungen des sozio-technischen Wandels auf der lokalen Ebene

Der aktuell sich vollziehende Wandel hat tiefgreifende Folgen für lokale Gemeinschaften, die noch immer – und nur zu gern – als eine Form von Präsenzgemeinschaft mit Face-to-Face-Kultur (über-)idealisiert wird. Kopräsenz aber hat an Bedeutung verloren, selbst in kleineren Räumen. So musste schon die lokale Massenmedienöffentlichkeit und so müssen erst heute die vielen digitalen lokalen Öffentlichkeiten immer wieder neu hergestellt werden. Doch heute fragt man sich: Wo findet man die relevanten Informationen, wo die Debatten?

Der sozio-technische Wandel hat Auswirkungen auf die Lokalpolitik: Der als gemeinsam verstandene und zu gestaltende politische Geltungsraum muss immer wieder neu erzeugt werden. Institutionen und Organisationen verlieren an Sichtbarkeit, Personen und Issues drängen sich in den Vordergrund. Immer mehr Kommunikationsprozesse gilt es zu beachten. Doch an wen wird wo was adressiert, wer hört zu, wer weiß um die Relevanz und wer gibt wo Antwort? Auffinden, Zuhören und Antworten werden zu einer gesellschaftlichen Herausforderung, setzen vor allem Verwaltung und Politik unter Druck, denn von ihnen wird das normativ erwartet (Wadbring/Bergström 2017).

Mehr und mehr bestimmen Prozesse und ihre Dynamiken sowie Kommunikationskaskaden die soziale, politische und kulturelle Sicht auf Probleme wie auf Lösungsbemühungen. Wer ist dabei, wirkt nicht allein formal und institutionell-organisational im Hintergrund, sondern am Prozess selbst mit? Dort hat man zu sein. Institutionelle Zuständigkeiten und Rollen werden hinterfragt, Flexibilität wird verlangt, der Druck zu raschen Lösungen nimmt zu – denn mittels digitaler Tools wird verhandelt. Das gilt nicht nur für die große Politik eines US-Präsidenten, sondern auch für den lokalen Raum. Und es wirkt insbesondere dort, weil man gemeinsam ein Problem anschauen, weil man sich grundsätzlich kennen bzw. direkt austauschen kann. Räumliche wie soziale Nähe schaffen höhere Erwartungen. Der Erwartungsdruck wird im digitalen Raum sichtbar.

Medien und Demokratie als Koinstitutionalisierung

Die Digitalisierung als sozio-technischer Treiber verflüssigt Sozial- wie Politikstrukturen, ermöglicht Netzwerke. „Die Evolution der Gesellschaft der Netzwerke ist eine neue Herausforderung für den (post-)liberalen Staat: Während die Gesellschaft der Organisationen ihrerseits neue Formen der reflexiven Reproduktion der liberalen Verfassungsstrukturen in einer pluralistisch verfassten Öffentlichkeit entwickeln konnte, zum Beispiel für die Medien [...] im Modell der konzentrischen Kreise, das ihnen ebenso wie den Verbänden und den politischen Parteien eine Selektionsfunktion in der Themenfindung der Demokratie zuwies, erzeugt die Gesellschaft der Netzwerke eine weitaus stärkere zentrifugale Tendenz zur Entinstitutionalisierung und Entformalisierung“ (Ladeur 2009, S. 184). Das gilt auch für die Lokalpolitik.

Medien und Kommunikationsformen standen und stehen immer in einer Interdependenz mit den Formen der Staatlichkeit und der Demokratie. So entstand die liberale Demokratie, wie wir sie jetzt kennen, koevolutionär mit der Presse. Und es war zunächst die Presse, dann auch der Rundfunk, die für die Ausbildung und ständige Sichtbarmachung der politischen Geltungsräume sorgten. Die Massenmedien sorgten für eine massenzeremonielle Nutzungspraxis in geografisch-politisch definierten Räumen. „Der Demos und sein demokratisches Institutionengefüge [...] entwickeln sich in engem Zusammenhang mit den Kommunikationsmedien. Kommunikationsmedien sind in repräsentativen Demokratien also nicht äußerlich oder vorgelagert, sondern sie sind durch einen ko-evolutionären Prozess der wechselseitigen Ermöglichung miteinander verbunden“ (Hofmann 2019, S. 30).

Nun haben sich diese Konstitutionsbedingungen grundlegend gewandelt, folglich gibt es diverse Öffentlichkeiten nebeneinander, nicht mehr nur „die“ eine gemeinsam geteilte



öffentliche Meinung. So ist die gesicherte Anbindung an die Öffentlichkeit im lokalen Raum und damit an die Kommune nicht mehr gegeben (Gärditz 2015, Ingold 2021). Die etablierten lokalen (Massen-)Medien, so die Lokalzeitungen, leben noch von der Zuschreibung, dass sie der wesentliche Ort seien und die Öffentlichkeit (allein) repräsentieren, doch das ist empirisch nicht mehr der Fall (Brückner 2021). Die Öffentlichkeitsanbindung, für die es normativ wie funktional gute Gründe für das demokratisch verfasste lokale Politiksystem gibt, muss neu institutionalisiert und von einer neuen Organisation, einem Intermediär, ermöglicht werden. Die neue kommunikative Komplexität vermögen die lokalen Intermediären nicht zu reduzieren, sie vermögen es sogar nicht mehr, diese ansteigende Komplexität darzustellen und damit für potenziell alle Bürgerinnen und Bürger lesbar zu machen.

Digitalisierung als Chance nutzen: Neuinstitutionalisierung

„Digitale Medientechnologien [durchdringen] den urbanen Raum generativ, umfassend und strukturbildend. Dadurch verändern sich das soziale Miteinander, politische Partizipation, Kultur, Wissens und Sinnstiftung. [...] Digitale Medien sind grundlegend in die von Stadt als Lokal- und Kulturräum eingebunden. Das Verhältnis von Stadt und Medien ist folglich als wechselseitiger, durch diverse Funktionen, Interessen, Akteure und Macht geprägter, Konstruktionsprozess zu verstehen“ (Gentzel/Nitschke/Wimmer 2020, S. 172). Es sind vor allem die georeferenziellen Digitalmedien, die für wechselnde Raum-, Gruppen- oder Themenzusammenhänge sorgen. Sie ermöglichen vielerlei Netzwerke. Das Nebeneinander erhöht das Risiko des Verlusts an Gemeinsamkeiten, des Verlusts an Common Ground: Themen, Deutungen, Wissen. Immer mehr kommerzielle Informations-, Kommunikations- und Mitmachökosysteme stehen nebeneinander, die Verzahnung unter ihnen kann nur durch Akteure und in einzelnen Prozessen erfolgen. Es fehlt an metakommunikativen Plattformen oder Intermediären. Die kommerziellen Akteure sind daran nicht interessiert, sie pflegen nur ihr Ökosystem.

Auch wenn die Annahme einer Gleichzeitigkeit und Gleichörtlichkeit immer ein Mythos der lokalen Kommunikationsgemeinschaft war: Dies wird unter digitalen Bedingungen nun zum „Normalfall“. Erreichbarkeit, Anschluss- oder Folgekommunikation bedürfen der Organisation: „Interaktion muss kommunikativ hergestellt werden“ (Hausendorf 2024, S. 123). Bridging und Bonding: Es muss für Verbindungen gesorgt werden, durch technische Lösungen oder Moderation. Vorgänge müssen immer wieder kontextualisiert werden, um ein gemeinsames Verständnis zu ermöglichen. Das ist normativ notwendig und funktional zwingend, denn: Je weniger kulturelle Voraussetzungen geteilt werden, je we-

niger gemeinsam geteiltes Wissen vorhanden ist, je mehr gemeinsame Praxen entwickelt und eingeübt werden müssen, je vielfältiger die Verhältnisse auf der Mikro- und der Mesoebene der Gesellschaft und je schwächer die institutionellen Bindungen sind, desto mehr muss kommuniziert werden.³ Das erklärt den Anstieg an PR, so auch auf der kommunalen Ebene, und das ist dann problematisch, wenn damit die Formen an persuasiver Kommunikation zunehmen: Die Bürger ahnen dies, wenden sich ab. Es bedarf neuer Formen.

My Local Public Open Space als gemeinsamer digitaler Ort

So wenig Gleichzeitigkeit und Gleichörtlichkeit im lokalen Raum vorausgesetzt werden können, so wenig kann von einer Gleichzeitigkeit von Koordination und Integration ausgegangen werden. Es bedarf spezifisch gestalteter Architekturen für Wahrnehmungs-, Bewegungs- und Handlungsräume (Hausendorf 2024). My Local Public Open Space ist ein Wahrnehmungsraum als Angebot, eine Voraussetzung für Bewegungs- und Handlungsräume: Der Bewegungsraum ermöglicht die Koordination, der Handlungsraum die Kooperation zwischen Individuen. Dem vorgelagert bedarf es eines geteilten Wahrnehmungsraums: Er soll Koorientierung ermöglichen. Die basiert auf allgemein bekannten, gemeinsam zugänglichen Informations-, Beobachtungs- und Austauschmöglichkeiten. Man kann und muss nicht immer alles an Informationen und Wissen besitzen, und man will erst recht nicht immer etwas unaufgefordert zugespielt bekommen (PR-Verdacht), aber man sollte wissen, wo dieses – und über einen einzelnen Prozess hinaus – in seiner ganzen Vielfalt verfügbar wäre. Wo man selbstbestimmt zugreifen und auswählen kann.

Die Bereitstellung von Informationen und Wissen aller lokalen Akteure, ihre allgemeine und öffentliche Verfügbarmachung, die Gewähr der Zugänglichkeit zu diesen Quellen über längere Zeiträume, die Auffindbarkeit und leichte Navigierbarkeit durch dieses Angebot kann auf einem Local Public Open Space erfolgen. Dieser kann Medien und Journalismus als Hub dienen, ebenso für Bildungs- und Kulturzwecke von lokalen Organisationen genutzt werden wie als Forum für Austausch, Debatte und Spiel (Voss et al. 2021).

Technisch ist diese Plattform selbst unter KI-Agent-Bedingungen notwendig: Menschliche wie technische Nutzer können dort auf ein vielfältiges, ständig wachsendes, differenziertes Angebot zurückgreifen. Es ist die Angebotsstrategie im Interesse des Gemeinwohls, die den Ort wertvoll macht. Das erfordert eine bestimmte Governance. Diese Plattform dient nicht nur der selbstbestimmten Beschaffung von In-

³ Die moderne, differenzierte Gesellschaft, die auch eine mobile (Einwanderungs-)Gesellschaft ist, ist mehr und mehr auf unterschiedliche Formen der Kommunikation angewiesen.



formationen und Wissen, sondern ebenso als lokales Informations-, Kommunikations- und Mitmachökosystem. Der Local Public Open Space ermöglicht Mitbeobachtung, Mitkontrolle, Mitwirkung, Formen des Mitmachens, des organisierten wie selbstbestimmten Austauschs. Das entspricht den Erwartungen in der Gesellschaft nach Flexibilität und Formen des Dabeiseins (Nah et al. 2021).

Die Plattform als neuer lokaler (Meta-)Intermediär kann zugleich mit vielfältigen sozialen Aktivitäten in den lokalen Räumen, also mit der Lebenswelt, verknüpft und immer wieder neu verbunden, und für soziale Innovationen – dieswie jenseits des Netzes – genutzt werden. Der Local Public Open Space als eine technisch machbare, universal nutzbare Infrastruktur. Ihre Institutionalisierung ist anspruchsvoll, aber machbar und notwendig. Sie sollte nicht Utopie bleiben müssen.



Prof. em. Dr. Otfried Jarren

IKMZ – Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, Universität Zürich, Honorarprofessor für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Freie Universität Berlin Foto: © Frank Brüderli

Quellen:

- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2025): Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus. Berlin.
- Beck, Klaus (2003): No sense of place? Das Internet und der Wandel von Kommunikationsräumen. In: Funken, Christiane/Löw, Martina (Hrsg.): Raum – Zeit – Medialität. Wiesbaden, S. 119–137.
- Brückner, Lara (2021): Lokale Kommunikation und Lokalmedien im Online-Zeitalter. Kommunikationsräume im Stadt-Land-Vergleich. Hohenheim: Dissertation.
- Castells, Manuel (2001): Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Teil 1: Das Informationszeitalter. Opladen.
- Fischer, Renate (2024): Öffentlichkeit im Umbruch – Chancen und Risiken der digitalen Transformation für die (lokale) Öffentlichkeit. Zürich: Dissertation. <https://doi.org/10.5167/uzh-262495>
- Gärditz, Klaus Ferdinand (2015): Der digitalisierte Raum des Netzes als emergente Ordnung und die repräsentativ-demokratische Herrschaftsform. In: Der Staat, 54, S. 113–139.
- Gentzel, Peter/Nitschke, Paula/Wimmer, Jeffrey (2020): Integration durch digitale Urbanität? Digitale Stadt als Forschungsfeld der Kommunikationswissenschaft. In: Gehrau, Volker/Waldherr, Anni/Scholl, Andreas (Hrsg.): Integration durch Kommunikation (in einer digitalen Gesellschaft). Köln, S. 167–177.
- Hasebrink, Uwe (2019): Strukturwandel von Öffentlichkeit. In: Eisenegger, Mark/Udris, Linards/Ettinger, Patrick (Hrsg.): Wandel der Öffentlichkeit und der Gesellschaft. Wiesbaden, S. 407–417.
- Hasebrink, Uwe/Schmidt, Jan-Hinrik/Loosen, Wiebke/Schulz, Wolfgang (2020): Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt. In: Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (Hrsg.): Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog. Frankfurt am Main, S. 333–349.
- Hausendorf, Heiko (2024): Kopräsenz. Über das soziale Zuhause von Sprache. Bielefeld.
- Hofmann, Jeanette (2019): Mediatisierte Demokratie in Zeiten der Digitalisierung – eine Forschungsperspektive. In: Hofmann, Jeanette/Kersting, Norbert/Ritzi, Claudia/Schünemann, Wolf J. (Hrsg.): Politik in der digitalen Gesellschaft. Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven, Bielefeld, S. 27–45.
- Ingold, Albert (2021): Demokratie- und Kommunikationswandel: Parallele Herausforderungen für Öffentlichkeitsregulative im Medien- und Parteienrecht. in: MIP-Zeitschrift für Parteienwissenschaften, 2022, S. 214–231.
- Jäkel, Julia/de Maizièrre, Thomas/Steinbrück, Peer/Vosskuhle, Andreas (2025): Initiative für einen handlungsfähigen Staat. Freiburg im Breisgau.
- Jarren, Otfried (2019): Fundamentale Institutionalisierung: Social Media als neue globale Kommunikationsinfrastruktur in: Publizistik, 64, S. 163–179.
- Knoblauch, Hubert (2008): Kommunikationsgemeinschaften. Überlegungen zur kommunikativen Konstruktion einer Sozialform. In: Hitzler, Roland/Honer, Anne/Pfadenhauer, Michaela (Hrsg.): Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische Erkundungen. Wiesbaden, S. 73–88.
- Knoblauch, Hubert/Löw, Martina (2021): Digitale Mediatisierung und die Re-Figuration der Gesellschaft. In: Döbler, Thomas/Pentzold, Christian/Katzenbach, Christian (Hrsg.): Räume digitaler Kommunikation. Lokalität – Imagination – Virtualisierung. Köln, S. 22–45.
- Kurz, Peter/Jarren, Otfried (2026): Appell für einen neuen lokalen Kommunikationsraum. In: vhw debatte, Nr. 12, Juni 2026. https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/vhw_Debatte/vhw_debatte_12_Appell_Lokaler_Kommunikationsraum.pdf.
- Ladeur, Karl-Heinz (2009): Der Staat der Gesellschaft der Netzwerke: Zur Notwendigkeit der Fortentwicklung des Paradigmas des Gewährleistungsstaates. In: Der Staat, 48, 2, S. 163–192.
- Löw, Martina (2020): In welchen Räumen leben wir? In: Reichertz, Jo (Hrsg.): Grenzen der Kommunikation – Kommunikation an den Grenzen. Weilerswist, S. 149–164.
- Manow, Philip (2024): Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde. Berlin.
- Nah, Seungahn/Kwon, Hazel K./Liu, Wenlin/McNealy, Jasmine E. (2021): Communication Infrastructure, Social Media, as Civic Partizipation across Geographically Communities in the United States. In: Communication Studies, 72, 3, S. 437–455.
- Nassehi, Armin (2021): Unbehagen. Theorie der überforderten Gesellschaft. München.
- Nassehi, Armin (2016): Die Wiedergewinnung des Politischen. Sankt Augustin/Berlin.
- Rosa, Helmut (2026): Situation und Konstellation. Vom Verschwinden des Spielraums. Berlin.
- Schuppert, Gunnar Folke (2025), Handlungs(un)fähigkeit des Staates. Überlegungen zur Fragilität infrastruktureller Macht. Berlin (Manuskript).
- Stegbauer, Christian (2023): Superschwache Beziehungen. Was unsere Gesellschaft kulturell zusammenhält. Wiesbaden: Springer.
- Voss, Jan-Peter/Sayman, Volka/Schritt, Jannik (2021): Infrastrukturierung von Wissensräumen. „Mini-Publics“ als translokales Politikinstrument. In: Löw, Martina/Sayman, Volkan/Schwerer, Jona/Wolf, Hannah (Hrsg.): Am Ende der Globalisierung. Über die Refiguration von Räumen. Bielefeld: Transcript, S. 109–128.
- Wadbring, Ingela/Bergström, Annika (2017): A Print Crisis or a Local Crisis? Local News over Three Decades. In: Journalism Studies, 18, 2, S. 175–190.



Lars Rinsdorf

Sicherung von Meinungsvielfalt im Lokalen und Gelingensbedingungen für journalistische Innovation

Regionalen Medienhäusern allein fällt es zunehmend schwer, Raum für vielfältige lokale Diskurse zu schaffen. Wer Vielfalt im Lokalen sichern will, muss deshalb auch neue Akteure in den Blick nehmen, die einen Beitrag dazu leisten können, wie etwa Newsfluencer. Wer Vielfalt im Lokalen fördern will, muss diese neuen Akteure aktivieren und vernetzen – auch mit etablierten Medienhäusern. Es gilt, Angebote fortdauernd zu professionalisieren und nachhaltige Wachstumspfade zu identifizieren. Erfolgversprechend sind agile Ansätze, die stärker in Prozessen als in Produkten denken und dabei existierende Dynamiken aufgreifen. Diese müssen in staatsfern organisierte Förderstrukturen eingebettet sein.

Angesichts des tiefgreifenden Wandels von Öffentlichkeiten durch die Digitalisierung stellt sich die Frage, in welchem Umfang Journalismus in seiner bisherigen Form noch in der Lage ist, in lokalen und regionalen Informationsräumen Informationsvielfalt und freie Meinungsbildung zu schaffen bzw. zu sichern. Denn auch wenn es in Deutschland noch keine Nachrichtenwüsten gibt, beobachten wir doch deutliche Konsolidierungstendenzen in lokalen Medienmärkten. Gleichzeitig bietet die Digitalisierung Chancen für journalistische Angebote, etwa hinsichtlich der Interaktion mit dem Publikum. Neben etablierten Medienmarken treten zudem neue Akteure, wie journalistische Kreatoren oder politische Influencer. Medienpolitisch ist zudem relevant, ob und in welcher Weise öffentliche Akteure das Entstehen, den Erhalt und die Stärkung von vielfältigen regionalen und lokalen Informationsangeboten fördern können.

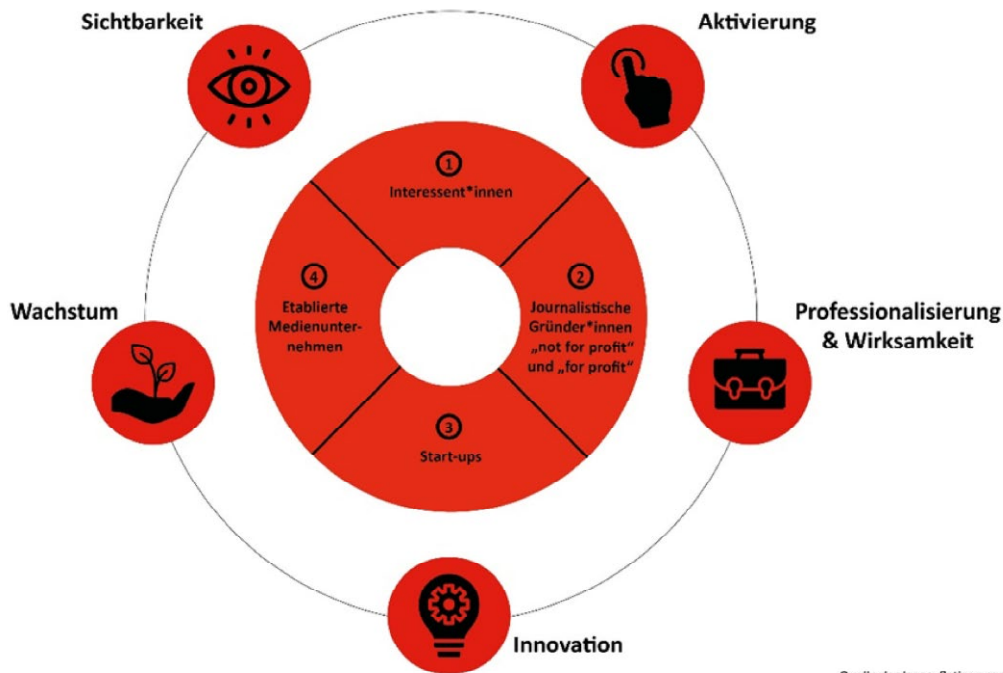
Jegliche medienpolitische Initiative, die auf die Sicherung von Meinungsvielfalt zielt, wird dabei Akteure und Organisationen unterschiedlicher Reifegrade in den Blick nehmen und zusammen denken müssen: von Interessenten, deren Begeisterung für lokalpublizistisches Engagement genutzt werden kann, über journalistische Gründerinnen und Gründer sowie Start-ups bis hin zu etablierten Medienunternehmen. Jegliche Maßnahme in solch einer Initiative wird darauf ausgerichtet sein müssen, Sichtbarkeit für publizistische Angebote herzustellen, Akteure für den lokalen Diskurs zu aktivieren, bei der Professionalisierung von Angeboten zu unterstützen, einen vernünftigen Rahmen für Innovation zu bieten und Wachstumsmöglichkeiten zu eröffnen.

In Deutschland, so zeigt auch unsere eigene Forschung, fehlt es grundsätzlich nicht an Förderinitiativen für (gemeinwohlorientierten) Journalismus. Aber diese Angebote sind mitunter nicht bekannt genug oder aus Gründersicht zu kompliziert. Vor diesem Hintergrund wäre über Wege

nachzudenken, die content- und nutzergetriebene Konzepte schnell zur Marktreife bringen und intersektoralen Trägerstrukturen Raum geben. Die könnten auch deshalb sinnvoll sein, weil sich, empirisch betrachtet, in der journalistischen Innovation relativ wenige Kooperationsmöglichkeiten zwischen etablierten regionalen Medienhäusern und neuen Initiativen ergeben. In der Gesamtschau ergeben sich vier Handlungsfelder für eine Förderung von regionaler Informationsvielfalt:

- Erst Vielfalt fördern, dann Qualität sichern: In sozialen Medien entsteht nicht von allein ein vielfältiges regionales Informationsangebot. Insofern ist es sinnvoll, zunächst einen Schwerpunkt darauf zu legen, Akteure zu aktivieren, damit diese sich aus, in und für eine Region im weiteren Sinne journalistisch engagieren.
- Förderung von Journalismus ist vor allem soziale Innovation, die sich sowohl an For-Profit- als auch an Not-For-Profit-Akteure richtet. Gleichwohl scheint es aber geboten, solche Aktivitäten zu fördern, die Journalismus in ökonomisch nachhaltige Geschäftsmodelle einbetten.
- Beschleunigen, nicht nur starten: Ideen und Konzepte für innovative Formate, Inhalte und Verbreitungswege stellen keinen Engpass dar. Groß ist der Unterstützungsbedarf hingegen bei der Entwicklung und Umsetzung von gemeinwohlorientierten Geschäftsmodellen.
- Innovation muss man sich leisten können: Viele etablierte Medienunternehmen haben nur wenige Ressourcen für journalistische Innovationsaktivitäten frei. Innovationsförderung muss deshalb auch gezielt Medien-KMUs adressieren – ergänzend zu und idealerweise in Kooperation mit anderen Akteuren.

Auf allen Handlungsfeldern bietet sich ein agiles Vorgehen auch in der Ausgestaltung der Fördermaßnahmen an. Denn nicht nur der Fördergegenstand entwickelt sich sehr dynamisch, sondern auch die Umwelt, in der sich innovative



Quelle der Icons: flaticon.com

Abb. 1: Reifephasen und Dimensionen regionaler Medienförderung

journalistische Ansätze bewähren müssen. Die Herausforderung liegt weniger in der Kreation neuer Angebote, als vielmehr im Kuratieren und Vermitteln bestehender Angebote. Denkbar wären etwa Akzeleratoren, die diverse Innovationsteams unterstützen, ohne sich dabei von vornherein auf ein definiertes Endprodukt zu fokussieren.

Agiles Vorgehen bedeutet hier, zunächst mit einem Pilotprojekt zu beginnen und erst bei positiver Evaluation auf Dauer angelegte Strukturen auszuprägen. Es setzt aber gleichzeitig eine präzise Definition der Förderziele sowie ein sorgfältiges Monitoring voraus. Zudem besteht eine wichtige Aufgabe darin, Kooperationspartner zu identifizieren und

in einem Netzwerk bzw. in den einzelnen Aktivitäten projektbasiert zusammenzubringen.

Zu diskutieren bleibt aber, wer für die Förderung regionaler Informationsvielfalt der passende Akteur ist. Dieser muss einerseits politisch sowie wirtschaftlich neutral agieren und andererseits vielkompetenz aus der Medienbranche mitbringen. Damit scheiden Kommunen als Netzwerkknoten aufgrund ihrer fehlenden Staatsferne aus. zwölf denken wäre eher an binnenplural verfasste Akteure, um als Facilitator für die Förderung journalistischer Qualität und Vielfalt zu wirken.



Prof. Dr. Lars Rinsdorf

Forschungsschwerpunkte u. a. zu lokalen politischen Öffentlichkeiten sowie zu Innovation und Gründungen im Journalismus; Professor für Kommunikationswissenschaft an der Technischen Hochschule Köln



©Andrii_Yalanskyi_AdobeStock

„Bürgermeister/innen-Lehrgang“ – Das Rathaus erfolgreich steuern

Der sechsteilige Lehrgang im Kloster Banz richtet sich an erfahrene Bürgermeister/innen, die ihre Führungsrolle bewusst weiterentwickeln, ihre Verwaltung strategisch ausrichten und eine zukunftsfähige Führungskultur etablieren wollen.

Methodisch wechseln sich Input, Übungen und Coaching sowie kollegialer Austausch ab (max. 12 Teilnehmende).

3. September 2026 – 12. März 2027
vhw.de/va/BY260304

vhw Fortbildung



Bernd Hallenberg

Lokale Öffentlichkeit(en) zwischen Digitalisierung, Nutzungswandel und künstlicher Intelligenz

Eine funktionierende lokale Öffentlichkeit ist Voraussetzung sowie Dreh- und Angelpunkt für die Demokratie vor Ort. Die Versorgung einer vielfältigen Bevölkerung mit transparenten Informationen und Kommunikationsangeboten ist essenziell für die Chancen gleichberechtigter Teilhabe an den Prozessen und für die Bereitschaft zur aktiven Mitgestaltung und Mitwirkung im Rahmen von Beteiligungsverfahren zu Stadtentwicklungsprojekten.

Doch dieses Erfordernis ist längst nicht mehr gesichert. Die Auflösung herkömmlicher Medien- und intermediärer Vermittlungsstrukturen und der Übergang in eine Vielzahl von Teilöffentlichkeiten ist Folge verschiedener einander beeinflussender sowie ineinander übergreifender Entwicklungen. Diese reichen von der breiten Digitalisierung, einschließlich der allgegenwärtigen Präsenz sozialer Medien, dem damit einhergehenden vielschichtigen Nutzungs- und (Medien-) Einstellungswandel der Bevölkerung, dem ökonomischen Druck sowie den sich anschließenden Konsolidierungsprozessen der lange dominanten Regional- und Lokalzeitungen und schließlich dem zunehmend wirkmächtigen Aufkommen der (generativen) künstlichen Intelligenz (KI) im Journalismus mit seinen möglichen Folgen. Darauf ist im Folgenden knapp einzugehen.¹

Lokalzeitungen als Eckpfeiler der Information in der Dauerkrise?

Insgesamt kann von einem wachsenden Desinteresse an lokalen Informationen nicht die Rede sein; vielmehr besteht laut b4p 2025 bei vier Fünfteln der Befragten weiterhin ein „sehr bzw. eher hohes“ Interesse an lokalen Nachrichten. Auch das Fehlen eines „attraktiven lokalen Informationsangebotes“ beklagen 2026 nach einer anderen Untersuchung je nach Altersgruppe nur 20 bis 25 % der Befragten (Deloitte 2026). Relativ stabil haben sich bislang die Reichweiten von (kostenlosen) Anzeigenblättern sowie Lokalradioangeboten entwickelt.

Relevant ist jedoch vor allem der kontinuierliche Bedeutungsverlust der Lokal- und Regionalzeitungen mit ihrem traditionell großen lokalen Informations- und Meinungsbildungspotenzial. Dieser Verlust lässt sich bereits an wenigen Zahlen ablesen. So lag die Reichweite von Regionalzeitungen bei der deutschsprachigen Bevölkerung über 14 Jahren 2009 noch bei 59,1 %, verringerte sich bis 2019 auf 45,1 %

und rutschte bis Mitte 2025 weiter auf nunmehr 37,7 % ab.²

Insbesondere die sozio-demografische Struktur der (verbliebenen) Leserschaft dokumentiert die weiter zunehmende Nutzungsdiskrepanz zwischen verschiedenen Bevölkerungs- bzw. Altersgruppen. Drei Viertel der Leserinnen und Leser überregionaler Abozeitungen sind jünger als 60 Jahre, bei den Regional- und Lokalzeitungen sind dagegen mehr als 50 % älter als 60 Jahre und nur 15 % jünger als vierzig Jahre. In der Altersgruppe 14 bis 39 Jahre betrug die Reichweite der Regionalzeitungen 2025 nur 16,5 %, bei den über 60-Jährigen dagegen noch 59 %, allerdings mit ebenfalls sinkender Tendenz. Deutlich abweichend sind auch die sozialen Strukturen der Leserschaft, so bei der (formalen) Bildung oder der Berufstätigkeit der Leserinnen und Leser von überregionalen bzw. regionalen Blätter.

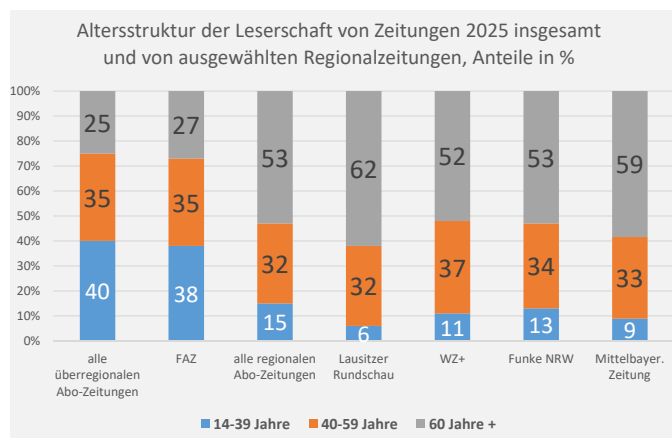


Abb. 1: Altersstruktur der Leserschaft von Zeitungen 2025 insgesamt und von ausgesuchten Regionalzeitungen, Anteile in % (Quellen: +60gma,eigene Darstellung)

Kurzum: Viele lokale Informationen erreichen Teile der Bevölkerung nur noch in begrenztem Maße oder gar nicht mehr über die regionale Presse. Sie beziehen ihr Wissen vielmehr aus anderen Quellen mit unterschiedlichen inhaltlichen Qua-

¹ Ausführlich dazu die Studie von Experten und vhw in der vhw debatte 12: https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/vhw_Debatte/vhw_debatte_12_Appell_Lokaler_Kommunikationsraum.pdf.

² Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse (agma). Die jährlichen Auswertungen basieren auf Befragungen von bis zu 135.000 Personen für die Regionalzeitungen.



litäten oder Themenschwerpunkten. Von einer gemeinsamen Informationsbasis – also lokalen Öffentlichkeit über alle Teile der Stadt- und Gemeindegeseilschaften hinweg – kann, anders als in der Vergangenheit, nicht mehr gesprochen werden.

Konzentration und Hybridisierung: die Reaktion der regional aktiven Zeitungsverlage

Mit verschiedenen Maßnahmen versuchen die Verlage, teilweise schon seit Längerem, ihren strukturellen und ökonomischen Problemen entgegenzuwirken. Dazu zählen Formaterweiterungen, das Zusammenlegen von Redaktionen für überregionale Nachrichten in den Mantelteilen („Mantel-Pools“) oder die Konsolidierung durch Übernahmen. So übernahm etwa im Frühjahr 2026 die Rheinische Post Mediengruppe die Westfälische Medien Holding, die Neue Presse Gesellschaft baute ihre Stellung 2025 durch den Kauf der Regionalzeitungen der Südwestdeutschen Medienholding aus und die Mediengruppe Madsack übernahm 2025 die Nordwest-Zeitung – um nur einige Beispiele zu nennen. Diese „Welle zunehmender Konzentration“ war meist mit einem Stellenabbau verbunden, wie auch der Reuters Institute Digital News Report 2026 konstatiert (Hö-

lig et al. 2026, S. 88). Eine Ausnahme bildet die Gründung der „Ostdeutschen Allgemeinen Zeitung“ im Februar 2026.

Zwar betrifft der stetige Rückgang ganz überwiegend die gedruckte Zeitung, doch die digitalen Angebote im Rahmen einer Hybridisierung der Formate, wie das E-Paper und/oder die zusätzlichen Angebote im Internet (Paid Content) können trotz Zuwächsen die Verluste bei Weitem nicht kompensieren (Hein 2026). Paid Content entwickelt sich zwar bei überregionalen Zeitungen positiv, doch bei regionalen Titeln stammen nur etwa 19 % der Erlöse 2025 aus Plus-Abos oder anderen Paywall-Modellen (PV Digest 2026). Auch hier wird die Altersstruktur der Leserschaft von Regionalzeitungen deutlich.

Die Bereitschaft, für journalistische Inhalte im Internet zu bezahlen, bleibt (laut b4p 2025 nur 18 % der Befragten) gering; viele lokale Beiträge und Informationen hinter der „Paywall“ erreichen große Teile der Bevölkerung nicht. Nur jede bzw. jeder neunte Befragte hat 2026 ein Onlinenachrichtenabo.³

³ Nach der aktuellen Reuters-Untersuchung haben 2025 elf Prozent der erwachsenen Onlineer für Onlinenachrichten bezahlt oder ein gebührenpflichtiges Onlinenachrichtenangebot genutzt, am häufigsten die 25 bis 34-Jährigen (Hölig et al. 2026)

Mein Vertrauen in Medien ist "in den letzten Jahren"....gestiegen/ gesunken in %, Quelle b4p 2025

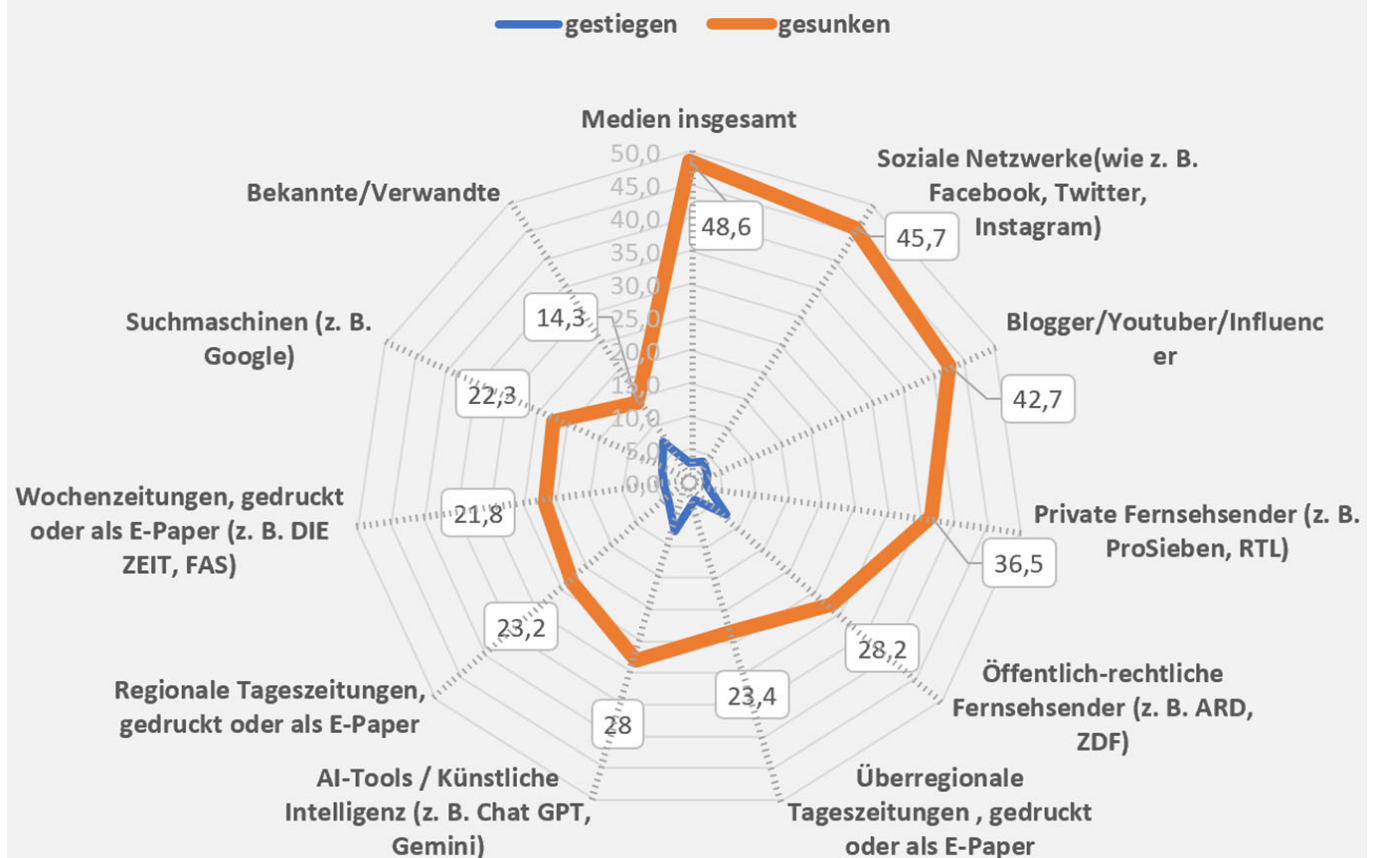


Abb. 2: Veränderung des Vertrauens in unterschiedliche Medien (b4p 2025, eigene Darstellung)



Die Daten der b4p-Befragungen dokumentieren die sukzessive Verschiebung und Fragmentierung der Mediennutzung, wobei zwischen allgemeiner Nutzung aus unterschiedlichen Motiven, wie bei den sozialen Medien (siehe etwa Rohleder 2026) und der Nutzung für (lokale) Nachrichten, unterschieden werden muss. 2025 nutzten nur ca. 3 % der Befragten weder soziale Medien noch eine Tageszeitung; das Verhältnis der parallelen Nutzung hat sich in den letzten Jahren aber deutlich zugunsten von Social Media verschoben. Doch um das Ziel einer weitgehend umfassenden Erreichbarkeit der Bevölkerung zu erreichen, können auch analoge Medien bis auf Weiteres nicht vernachlässigt werden, die immer noch für Teile der Bevölkerung Hauptnachrichtenquelle sind.

Zugleich sind neue Nachrichtenformen wie Podcasts und KI-Chatbots (siehe Ross Arguedas 2026) aufgetaucht, die die Nutzungsfragmentierung, auch mit Folgen für die (lokalen Teil-)Öffentlichkeit(en), weiter forcieren. Dazu kommt die dynamisch wachsende Rolle von KI im lokalen Journalismus, auf die noch einzugehen ist.

Medienvertrauen und -einstellungen im Wandel

Fragmentierung des Angebots und Nutzungsverschiebungen gehen mit einem spürbaren Vertrauensverlust nahezu aller Bevölkerungsgruppen in fast alle relevanten Informationsquellen seit 2021 einher. Trotz leichter Stabilisierung meinten 2026 nur 46 % der Befragten, „man könne dem Großteil der Nachrichten meist vertrauen“ (2021: 53 %; Hölig et al. 2026, S. 53). Dieses Urteil trifft die verschiedenen Medien allerdings in unterschiedlichem Maße, wie Abbildung 2 verdeutlicht. Am weitaus stärksten wird der Glaubwürdigkeit der sozialen Medien misstraut; ihnen wird in besonderem Maße Desinformation bis hin zu Deepfakes zugeschrieben. Zwar traut sich ein erheblicher Teil der Befragten zu, Desinformation zu erkennen, viele andere bleiben dabei jedoch skeptisch.

Regional- bzw. Lokalzeitungen genießen dagegen weiterhin ein hohes Vertrauen (Abb. 3), haben allerdings ebenfalls Einbußen hinnehmen müssen. Ihr Beitrag zur persönlichen Meinungsbildung wird von einer Mehrheit der Befragten geringer eingeschätzt als zu Beginn der 2020er Jahre.

Vertrauensverluste, Medienkritik bis hin zum -zynismus sind in besonders hohem Maße in jenen Teilen der Bevöl-

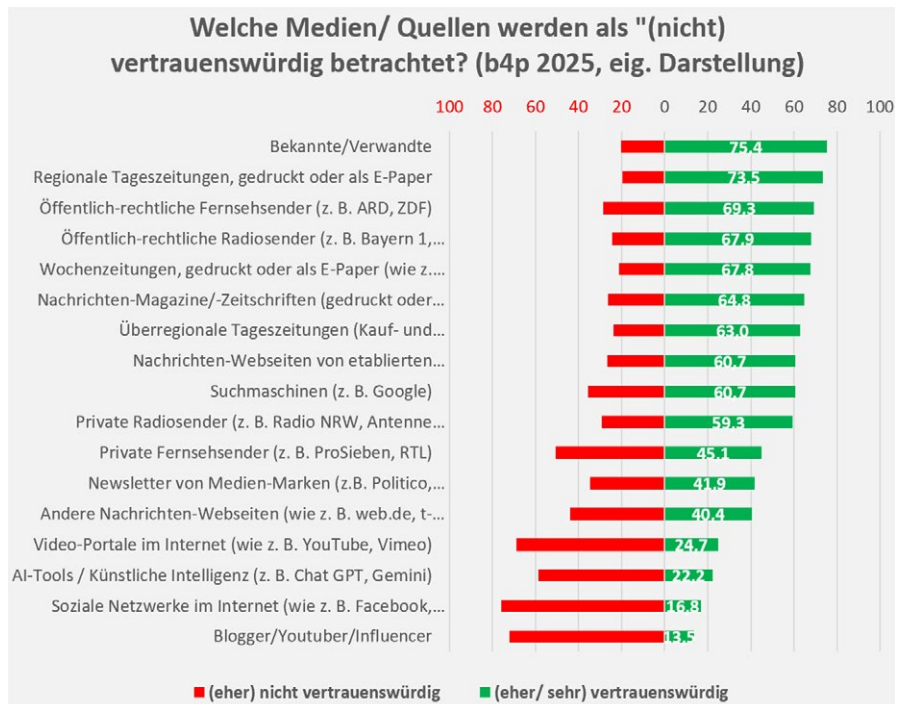


Abb. 3: Bewertung verschiedener Medien als (nicht) vertrauenswürdig 2025. (Quellen: b4p 2025, eigene Darstellung)

kerung (etwa den Sinus-Milieus) anzutreffen, die grundsätzlich massive Kritik an Staat und Politik üben und dabei verstärkt bereit sind, (rechts-)populistische bzw. extreme Parteien zu wählen. Viele von ihnen sehen sich in ihrer Lebenslage nicht hinreichend wahrgenommen und machen dafür auch Teile der Medien verantwortlich.

Bemerkenswert einzig sind sich die Befragten über unterschiedliche soziale und lebensweltliche Gruppen hinweg demgegenüber in ihren Forderungen an Zeitungen und digitale Medien. Erwartet werden – mit jeweils deutlichen Mehrheiten – Sachlichkeit, Perspektivenvielfalt, „transparente Kommunikation der Nachrichtenentstehung“, „(Un-)Voreingenommenheit“ oder „faire Repräsentation von Menschen wie mir“.

KI im (Lokal-)Journalismus: Die größte Herausforderung breitet sich dynamisch aus

Die neuen technischen Möglichkeiten und die schwierige wirtschaftliche Lage der Verlage haben für die rasante Ausbreitung der (generativen) künstlichen Intelligenz im (Lokal-)Journalismus gesorgt und auch die private Nutzung, etwa zur Nachrichtensuche, angetrieben. „Künstliche Intelligenz ist in den Medien längst zur Infrastruktur geworden, die mitentscheidet, wie Öffentlichkeit hergestellt wird“ (Weichert 2026). Experten halten die Vorstellung, es handle sich um einen vorübergehenden Trend, der schnell vorbeigehe, nicht nur für falsch, sondern für gefährlich (Bombard 2026). Untersuchungen und die nahezu wöchentlichen Meldungen zum KI-Einsatz bestätigen diese Einschätzung.



gen. So bauen – als Beispiele – etwa die Stuttgarter Zeitung oder der Verlag Nürnberger Presse (VNP) ihre journalistische Produktion um, „um mehr Freiraum für Recherche und Digital-Content zu schaffen“. Der personelle Aufwand für die Zeitungsproduktion sei, so VNP, mit diesen Maßnahmen um rund 90 % reduziert worden (Epd Medien 2026).

Inzwischen hat die KI-Nutzung auch zwischen führenden Zeitungen einen heftigen Streit ausgelöst (Fürstenau 2026), der das Dilemma deutlich offenlegt. Den Vorteilen durch Effizienzgewinne, etwa, wenn standardisierte Aufgaben durch die KI übernommen werden oder den Datenjournalismus verbessern und sich Journalistinnen und Journalisten stärker anderen Aufgaben – etwa der investigativen Recherche – zuwenden können, stehen gravierende Risiken gegenüber. Diese sind nicht auf den möglichen Abbau von Arbeitsplätzen beschränkt, sondern betreffen die oft mangelnde Kontextualisierung, die bei KI fehlende journalistische Ethik und das Fehlen menschlicher Intuition. Auch die Gefahr sich verbreitender Desinformationen ist zu nennen, wie sich im Kontext zunehmend fehlerhafter KI-Beiträge 2025 gezeigt hat (Sadeghi 2026).

Entsprechend ist die Sicht auf die Nutzung (generativer) KI sowohl im (Lokal-)Journalismus – national wie international – als auch in der Bevölkerung höchst ambivalent. Viele Lokaljournalisten sehen KI einerseits als hilfreich an, weil sie repetitive Aufgaben automatisiert, mehr Zeit für investigative Recherchen verschafft oder sie bei der Faktenprüfung oder Inhaltsverifizierung unterstützt (Cifliku/Heuer 2026). Zugleich sehen Lokaljournalisten in der KI vielfältige Gefahren, so unter anderem Bedrohungen für die Glaubwürdigkeit – Stichwort Transparenz der Entstehung – und insgesamt für die gesellschaftliche Wächterrolle der Presse.⁴

In der Bevölkerung zeigen sich mit Blick auf KI deutliche Unterschiede zwischen jüngeren, technikaffinen Gruppen (Milieus) und älteren, skeptischen Befragten; manche befürchten inzwischen eine schleichende „Verdummung“ durch KI (Heuzeroth 2026). Beispielhaft zeigen die Antworten auf den Zusammenhang von KI und Desinformation diese Ambivalenz. Während 15 % der Befragten meinten (b4p 2025), Fake News könnten mit KI bekämpft werden, sahen 30 % KI eher als „Verursacherin“, fast 35 % trauten ihr beide Rollen zu (s. a. Abb. 5 unten).

Experten befürchten, dass der Einsatz von KI – ohne wirkmächtige Gegenmaßnahmen – schrittweise zu einer „vollständigen Neuordnung redaktioneller Arbeit“ führen werde und dabei die – von allen Seiten angeführte – Letztverantwortung (Human-in-the-Loop) von Journalistinnen und Journalisten unterminieren würde. KI sei längst eine Infrastruktur, die bestimme, wie Wirklichkeit hergestellt, sortiert und vermittelt werde (Kramp/Weichert 2026). Und damit würden die Bedingungen von (lokaler) Öffentlichkeit selbst verändert – und die lokale Demokratie entsprechend beeinflusst.

Abschließende Bemerkungen

Die Frage, wie angesichts dieser Entwicklungen die informationelle und kommunikative Teilhabe und Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Prozessen gerade auch auf lokaler Ebene in Zeiten breiter Umbrüche sichergestellt werden kann, bewegt in zunehmendem Maße neben der Fachöffentlichkeit und ihren Institutionen auch die regionale und nationale Politik. Ein „Tag des Lokaljournalismus“ im Mai 2026 (Hartig 2026) spricht von nötiger „demokratischer Grundversorgung im Alltag“ und wird von einem Appell von vier Branchenverbänden („Lokale Medien stärken heißt Demokratie stärken“) flankiert. Und auch der Deutsche Bundestag hat sich in einer Debatte der „Situation der Lokalmedien als Baustein der Demokratie“ angenommen.⁵



Abb. 4: Herausforderungen durch KI aus Sicht des Journalismus [„Medien-Trendmonitor“ von News Aktuell, Befragung von 1000 Journalisten, <https://www.kom.de/medien/zwei-von-drei-journalisten-nutzen-ki/>]

⁴ Siehe dazu auch <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-995006>

⁵ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw19-de-vereinbar-te-debatte-lokalmedien-1167358>

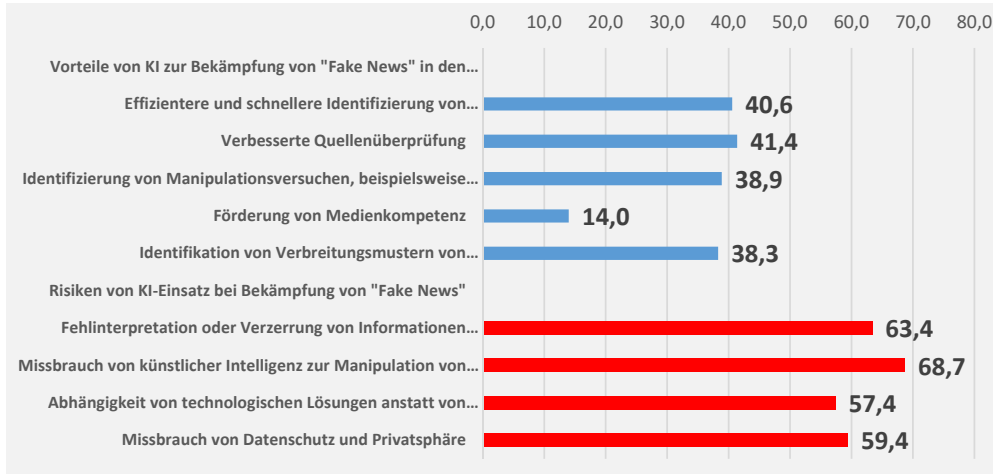


Abb. 5: KI als Unterstützer gegen oder Verursacher von Fake News aus Sicht der Bevölkerung. (Quelle: b4p 2025, eigene Darstellung)

Etliche Vorschläge zur Gestaltung der lokalen Kommunikationsstrukturen werden inzwischen vor diesem Hintergrund diskutiert, so etwa der „Appell für einen neuen lokalen Kommunikationsraum“⁶ eines Expertenkreises und des vhw⁷. Weitgehende Einigkeit besteht inzwischen auch darin, dass der KI-Einsatz an eindeutige und wirksame Regeln gebunden werden muss, wenn die beschriebenen Szenarien – ungeachtet des enormen ökonomischen Drucks – abgewendet, zumindest eingehengt werden sollen. Doch der Weg zu einer Neugestaltung ist schwierig und weit, obwohl die Zeit drängt.



Bernd Hallenberg

Seniorwissenschaftler i. R. und bis 2021 Stellvertreter des vhw-Vorstands, Berlin

Quellen:

Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse (agma). Die jährlichen Auswertungen basieren auf Befragungen von bis zu 135.000 Personen für die Regionalzeitungen.

Bombard, Noah R. (2026): A Warning about AI and Journalism: But Not the Warning You Are Expecting. <https://www.linkedin.com/pulse/warning-ai-journalism-you-expecting-noah-r-bombard-cjplc/>.

Cifliku, Besjon/Heuer, Hendrik (2026): They Think AI Can Do More Than It Actually Can: Practices, Challenges, & Opportunities of AI-Supported Reporting in Local Journalism. CHI '26: Proceedings of the 2026 CHI Conference on Human Factors in Computing Systems. Article No.: 968, S. 1–20 <https://doi.org/10.1145/3772318.3791130>.

Deloitte (2026): Media Consumer Trends 2026. <https://www.deloitte.com/content/dam/assets-zone2/de/no-index/2026/tmt/Media-Consumer-Trends-2026-Deloitte.pdf>.

Epd Medien (2026): Nürnberger Zeitungen automatisieren journalistische Produktion mit KI, 22.05.2026, <https://medien.epd.de/article/4687>.

Fürstenau, Marcel (2026): Streit um KI-Einsatz in deutschen Medien, DW, 17.06.2026, <https://www.dw.com/de/ki-im-journalismus-debatte-casdorff-me-dienethik-tagesspiegel-frankfurter-allgemeine-faz/a-77586816>.

6 https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/vhw_Debatte/vhw_debatte_12_Appell_Lokaler_Kommunikationsraum.pdf

7 vgl. dazu den Beitrag von Otfried Jarren in diesem Heft und den Hinweis in Fußnote 1

Hartig, S. (2026): Lokaljournalismus unter Druck: Sterben unsere Lokalzeitungen aus?, WDR, 05.05.2026, <https://www1.wdr.de/politik/politik-in-nrw/tag-des-lokaljournalismus-2026-100.html> <https://blog.medientage.de/lokaljournalismus-nah-dran-oder-bald-weg>.

Hein, David (2026): E-Paper können Auflagenrückgänge nur abbremsen, Horizont.net, 21.04.2026, <https://www.horizont.net/medien/nachrichten/iwv-12026-e-paper-koennen-auflagenrueckgaenge-nur-abbremsen-234022>.

Heuzeroth, Thomas (2026): Ein Viertel der Deutschen fürchtet Verdummung durch KI. Die Welt, 28.04.2026, <https://www.welt.de/wirtschaft/article69ef3a-2fe2f6ed7a5d888d27/bitkom-umfrage-deutsche-nutzen-ki-so-stark-wie-nie-und-wuenschen-sich-mehr-europaeische-alternativen.html>.

Hölig, S./Behre, J./Stöwing, E./Möller, J. (2026): Reuters Institute Digital News Report 2026: Ergebnisse für Deutschland. (Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts, 83). Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut. S. 48f, <https://doi.org/10.21241/ssoiar.110516>.

Kramp, Leif/Weichert, Stephan (2026): KI-Resilienz im Journalismus. Framework und Handlungsempfehlungen für mehr Vertrauen, Verantwortung und digitale Souveränität. BoD Verlag Hamburg, Mai 2026.

PV Digest (2026): Paid-Content-Umsatz in Deutschland: weiter deutliches Wachstum auf aktuell fast 1,7 Mrd. Euro pro Jahr, 12.01.2026, <https://pv-digest.de/paid-content-umsaetze-deutscher-publikumsmedien-wachsen-auf-aktuell-1-7mrde/>.

Rohleder, Bernhard (2026): Social Media, Desinformation und Deepfakes. Bitkom Research, Berlin, 28.05.2026.

Ross Arguedas, Ami (2026): Emerging Uses of AI Chatbots for News and What It Means for Journalism, S. 36–40, in: Reuters Institute Digital News Report.

Sadeghi, McKenzie (2026): Anteil falscher Antworten von KI-Chatbots hat sich in einem Jahr fast verdoppelt, <https://www.newsguardtech.com/de/ai-monitor/audit-chatbots-verdoppeln-in-einem-jahr-den-anteil-an-antworten-mit-falschen-informationen/>.

Weichert, S. (2026): Die stille KI-Invasion im Journalismus, <https://blog.medientage.de/die-stille-ki-invasion-im-journalismus>.



E-Learning beim vhw

Digitale Lernformate für den kommunalen Wissensaufbau

Fortbildung muss heute oft dort stattfinden, wo im Verwaltungsalltag eigentlich kaum Zeit dafür bleibt: zwischen laufenden Vorgängen, neuen gesetzlichen Anforderungen und parallel laufenden Projekten. Gleichzeitig wächst in vielen Bereichen der Bedarf, Wissen schneller aufzubauen, Inhalte gezielt zu vertiefen und neue Themen kontinuierlich nachzuhalten. Digitale Lernangebote gewinnen deshalb in Kommunen zunehmend an Bedeutung.

Mit dem vhw-Campus erweitert der vhw sein E-Learning-Angebot gezielt für diese Anforderungen. Die Kurse ermöglichen es, Lernphasen flexibel in den Arbeitsalltag zu integrieren, Inhalte im eigenen Tempo zu bearbeiten und Wissen Schritt für Schritt aufzubauen – unabhängig von festen Veranstaltungszeiten.

Lernen flexibler organisieren

Digitale Lernformate eignen sich besonders dort, wo sich Fachwissen und rechtliche Rahmenbedingungen schnell weiterentwickeln – etwa im Städtebaurecht, Vergaberecht oder bei digitalen Verwaltungsprozessen. Gleichzeitig unterstützen sie Kommunen dabei, neue Mitarbeitende schneller einzuarbeiten und berufsbegleitende Qualifizierung flexibler zu gestalten.

Nicht alle Lernenden starten mit den gleichen Vorkenntnissen oder verfolgen die gleichen Lernziele. Die Lerninhalte können deshalb individuell bearbeitet, Schwerpunkte gezielt gesetzt und Lernphasen flexibel an die eigenen Anforderungen angepasst werden.

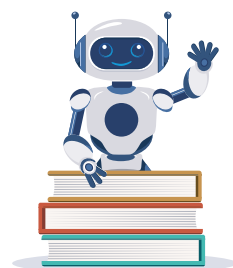
Viele unserer E-Learnings kombinieren kurze Videoeinheiten, Praxisbeispiele, Selbsttests und Lernfortschrittskontrollen zu einem strukturierten Lernprozess. So können Inhalte nicht nur nachvollzogen, sondern direkt auf typische Fragestellungen aus dem Verwaltungsalltag übertragen werden.

KI-gestützte Lernbegleitung

Gerade bei umfangreicheren oder komplexeren Themen gewinnen neue Formen der Lernbegleitung an Bedeutung. Deshalb setzt der vhw in ausgewählten Kursen und Zertifikatslehrgängen zusätzlich auf den KI-Lernassistenten „Micromate“.

Er unterstützt Sie dabei,

- Lerninhalte besser einzuordnen,
- Wissen gezielt zu wiederholen,
- Lernfortschritte sichtbar zu machen und
- Inhalte nachhaltiger zu festigen.



So entsteht ein Lernprozess, der fachliche Inhalte vertieft und das selbstständige Lernen unterstützt.

Ausgezeichnete digitale Lernangebote



Die Qualität der vhw-E-Learnings wurde inzwischen mehrfach ausgezeichnet:

- 2. Platz beim „delina“-Innovationspreis 2025
- Bronze Award beim International E-Learning Award 2025
- mit dem Comenius-EduMedia-Siegel ausgezeichnet, zuletzt 2026 für die E-Learnings „Grundlagen der Digitalisierung“ (EL030) und „Städtebaurecht“ (EL037).

Digitale Lernangebote für aktuelle Aufgaben und Zukunftsthemen

Zertifikatslehrgänge

Grundlagenwissen Vergabewesen

Mit KI-Lernassistent

Lernzeit: ca. 60 Stunden | EL016

Preis: **2.250 €** | 2.700 €

Städtebaurecht

Mit KI-Lernassistent

Lernzeit: ca. 88 Stunden | EL037

Preis: **2.500 €** | 2.950 €

Digitalisierung, KI und moderne Verwaltung

Grundlagen der Digitalisierung

Mit KI-Lernassistent

Lernzeit: ca. 6 Stunden | EL030

Preis: **240 €** | 285 €

Grundlagen der Künstlichen Intelligenz

Mit KI-Lernassistent | EL042 ab 09/2026

Preis: **140 €** | 165 €

Datenschutz, IT-Sicherheit & barrierefreie Kommunikation

Mit KI-Lernassistent | EL043 ab 09/2026

Preis: **140 €** | 165 €

E-Learnings mit Praxissiegel



NEU

Grundlagenwissen Naturschutz

Mit KI-Lernassistent

Lernzeit: ca. 12 Stunden | EL019 ab 10/2026

Preis: **480 €** | 570 €

NEU

Fördermittelmanagement

Mit KI-Lernassistent

Lernzeit: ca. 12 Stunden | EL039 ab 10/2026

Preis: **480 €** | 570 €

NEU

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz

Mit KI-Lernassistent

Lernzeit: ca. 12 Stunden | EL045 ab 10/2026

Preis: **480 €** | 570 €

Grundlagenwissen für die kommunale Praxis

Einstieg ins Mietrecht

Mit KI-Lernassistent

Lernzeit: ca. 12 Stunden | EL006

Preis: **370 €** | 440 €

NEU

Basiswissen Grundbuchrecht

Mit KI-Lernassistent

Lernzeit: ca. 6 Stunden | EL017

Preis: **240 €** | 285 €

NEU

Steuerliche Begünstigungen im Denkmalrecht

Mit KI-Lernassistent

Lernzeit: ca. 6 Stunden | EL023

Preis: **240 €** | 285 €

NEU

Was ist eine Kommune? – Grundzüge des Kommunalrechts

EL131

Preis: **50 €** | 60 €

Kommunale Rechts- und Planungsthemen

Grundverständnis des öffentlichen Baurechts

Mit KI-Lernassistent

Lernzeit: ca. 3,5 Stunden | EL015

Preis: **280 €** | 330 €

BauGB 2025: Wohnungsbau-Turbo

Mit KI-Lernassistent

Lernzeit: ca. 18 Stunden | EL027

Preis: **200 €** | 200 €

Grundlagen der BauNVO

Mit KI-Lernassistent

Lernzeit: ca. 10 Stunden | EL036

Preis: **370 €** | 440 €



Infos & Buchung unter
vhw.de/fortbildung/e-learning/
oder QR-Code scannen



Herbert Brüning

Es wird Zeit für neue Lösungen

Eine energetische Sanierung des Gebäudebestands, die Bereitstellung von ausreichend erschwinglichem Wohnraum, eine Aufwertung überalterter Quartiere, Strategien gegen (die Angst vor) Vereinsamung, die Anpassung an den Klimawandel – vordringliche Aufgaben gibt es mehr als genug. Lösungen, die in der Praxis im notwendigen Umfang greifen, sind hingegen rar. Erst eine Herangehensweise, die der Komplexität dieser zusammenhängenden Aufgaben gerecht wird, bietet einen Ausweg aus der Situation. Dazu skizziert dieser Beitrag am Beispiel von überalterten Einfamilienhausgebieten einige Erfolgsbedingungen.

Viele Kommunen haben im Wohnungsbereich längst zahlreiche Probleme zugleich zu lösen, ohne dabei recht voranzukommen. Gemeint ist damit beispielsweise:

- Für immer mehr Menschen fehlt hierzulande bezahlbarer Wohnraum, obwohl es in Deutschland noch nie so viel Wohnfläche pro Person gab wie derzeit.
- Gleichzeitig sinkt die Zahl der Sozialwohnungen seit Jahrzehnten, obwohl dafür jährlich Milliarden Euro als Subvention bereitgestellt werden.
- Der Gebäudesektor trägt bei uns mit knapp 40 % aller Treibhausgasemissionen maßgeblich zum Klimawandel bei und liegt hinter den nötigen Minderungszielen zurück, obwohl jährlich Milliarden Euro als Fördermittel zur energetischen Sanierung bereitstehen.

Allen Absichtserklärungen zum Trotz ist in absehbarer Zeit bei keinem dieser Probleme mit einer wesentlichen Änderung zu rechnen. Wie schon Albert Einstein erkannte: „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“

Warum denken wir nicht über ganz andere Lösungsansätze nach? Wir können die Aufgaben unserer Zeit nicht erfolgreich lösen, wenn wir immer nur einen Aspekt verfolgen. Pro Jahr Hunderttausende neue Wohnungen bauen zu wollen, erzeugt Probleme in anderen Bereichen – von zunehmender Flächenversiegelung (Grefe/Busse 2025) bis hin zur Klimaerwärmung. Das provoziert dort einseitige Reaktionen. Warum nehmen wir die Komplexität der Problemzusammenhänge nicht an und sehen das als Chance? So lassen sie sich viel effektiver lösen. Am Beispiel älterer Einfamilienhausgebiete (Arbeitskreis Kommunaler Klimaschutz/Deutsches Institut für Urbanistik 2025) soll das verdeutlicht und konkretisiert werden.

Problem: rechtlicher Handlungsdruck

Deutschland ist durch die EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (RL 2024/1275) rechtlich verpflichtet, den Energieverbrauch der Wohngebäude von 2020 bis 2030 um 16 % zu senken. Dazu müssen die Gebäude mit der schlechtesten Gesamtenergieeffizienz (Effizienzklassen F, G, H) mindestens 55 % beitragen. Ohne eine drastische

Erhöhung der Sanierungsrate des Gebäudebestands von nur noch 0,67 % (2025) ist das nicht erreichbar. Wärmepumpen können zusätzlich zur Senkung des Energieverbrauchs beitragen. Wir werden auf beides zurückgreifen müssen. Bis jetzt wurde die Richtlinie noch nicht einmal in deutsches Recht überführt! Sie ist also unmittelbar anzuwenden, soweit sie hinreichend konkrete Regelungen enthält (was für Umfang und Zeitvorgabe der Aufgabe gegeben ist). Die ambitionierten Ziele erlauben keinen Zeitverzug.

Problem: sozialer Handlungsdruck

Im reichen Deutschland sind 21,4 % der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Die Hälfte der 21,2 Millionen Rentnerinnen und Rentner bekam 2025 monatlich maximal 1.289 Euro aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Zusammen mit anderen Einkünften haben 42 % sogar höchstens 1.250 Euro, 26,4 % nur bis zu 1.000 Euro im Monat. Davon eine Miete zu bezahlen, ist kaum möglich. Wir brauchen mehr erschwinglichen Wohnraum. Überdies lebten bis 25 % aller Haushalte 2022 in Energiearmut: Sie mussten über 10 % ihres Nettoeinkommens für Energie aufbringen. Mit Ausweitung des europäischen CO₂-Zertifikatehandels wird Energie durch den etwa vierfach so hohen CO₂-Preis noch teurer.

Problem: städtebaulicher Handlungsdruck

60 % des deutschen Wohngebäudebestands wurde vor 1979 errichtet. Der Großteil ist nicht oder allenfalls teilweise energetisch saniert. Überproportional viele schlecht gedämmte Wohnungen sind in Ein- oder Zweifamilienhäusern anzutreffen, die 83 % des Bestands an allen Wohngebäuden ausmachen. Ältere Einfamilienhausgebiete weisen oft strukturelle Defizite auf. Nach dem Auszug der Kinder besteht die Gefahr, dass sie überaltern. Die sowohl auf Kinder als auch eine automobilen Gesellschaft ausgerichtete Infrastruktur ist überholt und nicht an Alter und Bedürfnisse der Bewohnerstruktur angepasst. Häuser sind unternutzt. Sie zeigen noch die früheren Wünsche der Elterngeneration und wirken auf junge Familien eher „spießig“. Modern sieht anders aus. Allerdings: Die vielen Eigentümerinnen und Eigentümer mit unterschiedlichen Interessen und Situationen



sind für diese hochkomplexe Entscheidung (Schünemann 2025) viel schwerer zu aktivieren als professionell geführte Immobiliengesellschaften (Abb. 1).



Abb. 1: Während für Geschosswohnungsbauten Sanierung und Aufstockung schon weiter verbreitet ist, geht die Entwicklung bei Ein- und Zweifamilienhäusern viel langsamer voran. (ARGE 2022)

Lösungsansatz: Umbau des Bestands

Genau hier liegen die Chancen: Die (inter-)nationalen Klimaziele sind nur mit Veränderungen im Gebäudesektor erreichbar. Allein der Neubau setzt im Jahr ähnlich viele Treibhausgase frei wie das Beheizen aller 43 Millionen Bestandswohnungen (Fuhrhop 2023). Sanierung und Umbau des Gebäudebestands stehen jedoch zahlreiche Hürden entgegen (UBA 2016, Schünemann 2025): Neben Informationsdefiziten zählen Ängste, persönliche Einstellungen, rechtliche, administrative und technische Hemmnisse sowie finanzielle Belastungen, eine (zu) komplexe Förderlandschaft und der Mangel an Fachkräften in Handwerk und Planung dazu. Viele Menschen werden dadurch überfordert und verzichten auf die energetische Sanierung ihres Hauses. So steigen ihre Energiekosten.

Eine Erweiterung des Blickwinkels kann der Ausweg sein (Urner 2023), auch wenn damit neue Hürden auftauchen. Das bietet Chancen, dem am häufigsten genannten Hindernis „finanzielle Belastung“ (Schünemann 2025) etwas entgegensetzen zu können. Als „Empty Nest“ bieten viele ältere Einfamilienhäuser mehr Wohnraum (Abb. 2), als benötigt wird. Eine Aufteilung von untergenutzten Häusern in mehrere Wohneinheiten kann nicht nur relativ kostengünstig dringend benötigten Wohnraum bereitstellen, sondern über Vermietung oder Verkauf der nicht selbst genutzten Wohnfläche auch Einnahmen für eine energetische Sanierung generieren. Mehr Sozialkontakte können zum attraktiven Nebeneffekt werden. Das mag nicht die Antwort auf alle Probleme sein, erweitert aber die Handlungsmöglichkeiten. Der Verkauf des bisherigen Einfamilienhauses zur Finanzierung eines neuen, erheblich kleineren, barrierefreien

Hauses kann zudem Wohnraum freigeben. Das Eigenheim könnte auch als Einlage in einer Genossenschaft dienen, um dessen Sanierungskosten über eine kleine Miete erträglich zu gestalten bzw. bei einer gleichzeitigen Wohnungsteilung sogar vollständig abzudecken. Ein derartiges Angebot soll in Deutschland gerade entstehen.

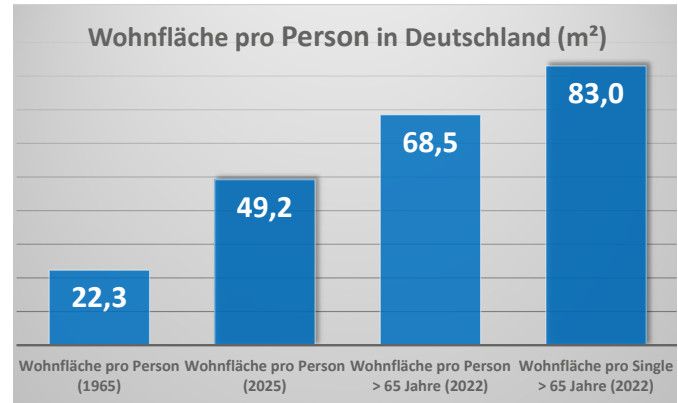


Abb. 2: Es gab noch nie so viel Wohnraum in Deutschland wie derzeit; im Alter steigt der verfügbare Wohnraum pro Person durch den Remanenzeffekt deutlich an (verschiedene Quellen/eigene Darstellung).

An solchen Entwicklungen müssen auch die Städte interessiert sein. Denn nicht nur ältere Häuser sind sanierungsbedürftig, für monotone Einfamilienhausgebiete gilt das Gleiche. Eine aktive, umfassend angelegte Prozessbegleitung ist ohnehin wichtig (Verband Wohneigentum 2024). Die bedürfnisgerechte Modernisierung der Gebiete kann zusätzliche Anreize setzen – etwa durch eine behutsame Nachverdichtung mit einem Lückenschluss der freistehenden Einfamilienhäuser durch Kleinstwohnungen (Brüning 2025). Seniorengerechte Ergänzungen in der Infrastruktur kommen hinzu. Auch der Wandel „spießiger“ Strukturen hin zu einem „hippen“ Quartier für alle Altersgruppen kann angemessen sein. Bei einer konsensual angelegten Planung mit den Betroffenen lassen sich auch ungewöhnliche Lösungen über den Bauturbo erproben.

Umfassende Prozessbegleitung

Diesen Ansatz haben einige Kommunen vorgedacht (Arbeitskreis Kommunalen Klimaschutz/Deutsches Institut für Urbanistik 2025). Neben viel Zustimmung taucht immer wieder die Frage auf, wie das denn gelingen soll. Zur Inspiration wird hier ein Weg dahin kurz skizziert – verbunden mit dem Hinweis, dass die innere Haltung zum Prozess viel wichtiger ist als einzelne der vorgeschlagenen Bausteine.

Information

Für viele Menschen ist die Menge an Informationen inzwischen eher irritierend als hilfreich und wirkt im Ergebnis lähmend. Politische Kontroversen – Beispiel: Gebäudeenergiegesetz (Sagvosdtkin et al. 2026) – verunsichern ebenfalls. Empfehlungen aus dem Handwerk wird misstraut, wenn sie

unter dem Verdacht von wirtschaftlichen Eigeninteressen stehen: Die Rekordzahlen an verkauften Öl- und Gasheizungen im Jahr 2023 liefern gute Gründe dafür. Auch unvollständige Informationen zur Wirtschaftlichkeit – etwa nur mit Fokus auf Investitionskosten ohne die Betriebskosten – beeinträchtigen die Glaubwürdigkeit. Das wird sich spätestens mit den absehbaren Preissprüngen durch den CO₂-Zertifikatehandel zeigen.

Vertrauenswürdige Quellen ohne eigene wirtschaftliche Interessen sind deshalb wichtig, um sicher durch den Informationsdschungel zu kommen. Alle Kommunen, in denen mehr als 80.000 Menschen leben, müssen dafür gemäß RL 2024/1275 ab dem 1. Juni 2026 One-Stop Shops einrichten. Neben der Bereitstellung aktueller Materialien zu den relevanten Themen ist eine Reihe thematisch klar fokussierter Informationsveranstaltungen wichtig, gern als Kampagne. So bleiben Themen im Gespräch und können zum gemeinsamen Lernen der Stadtgesellschaft führen. Aktuell interessiert viele Menschen die kommunale Wärmeplanung. Bedeutsam sind außerdem eine technisch-wirtschaftliche Betrachtung von Wärmepumpen im Vergleich zu Alternativen, Entwicklungen der zweiten Miete, Hinweise zum barrierefreien Umbau des eigenen Hauses, Ideen zum suffizienten Wohnen in kleinen Wohnungen und Finanzierungsmöglichkeiten.

Aktivierung

Unsicherheiten verstärken bei Menschen den Remanenzeffekt: Sie verharren in ihren nicht mehr zeitgemäßen Häusern, obwohl sie die Defizite der aktuellen Situation erkennen. Bevor sie zum Handeln gezwungen werden – weil sie die Energiekosten nicht mehr bezahlen können, sie auf ein barrierefreies Haus angewiesen sind usw. –, sollen sie die Vorteile der Veränderung erkennen. Das kann die Befreiung von Lasten sein („Wohnung ist mir zu groß“), aber auch der Gewinn durch den neuen Zustand (modern, geringe Energiekosten, barrierefrei, finanzieller Überschuss ...). Originell ist die Idee, im Falle einer energetischen Sanierung die Kosten für eine Entrümpelung des Dachbodens zu bezahlen. Entscheidend ist, dass der Gewinn durch die Veränderung für die einzelnen Betroffenen so konkret und attraktiv wie möglich erkennbar wird. Nur so können Menschen den zukünftigen Zustand als erstrebenswerte Bereicherung statt einer „Bedrohung der Gegenwart“ (Beck 2024) sehen, für die sich die mit Veränderungen einhergehenden Mühen lohnen.

Auch zur Aktivierung hilft ein Kampagnenansatz. Ein öffentlich ausgerufenen Wettbewerb zwischen Nachbarschaften, welches Quartier das größte Interesse zeigt und dafür als Erstes mit einer umfassenden Sanierungs- und Umbaubegleitung belohnt wird, sorgt für Aufmerksamkeit, Gespräche, Vorüberlegungen und Motivation. Mit einem Narrativ, das viele Interessen integriert, steigen die Erfolgchancen (Urner 2023, Sagvosdkin et al. 2026).

Beratung – individuell und für Quartiere

Konkrete Schwierigkeiten sind oft nicht nur durch Informationen zu überwinden. Dafür ist eine „Reduktion der Komplexitätsüberforderung“ (Schünemann 2025) notwendig, wozu die sachkundige Begleitung des gesamten Prozesses gehört, eine individuelle Beratung, die Vermittlung von Unterstützung, mitunter auch eine gezielte Erweiterung des Blickwinkels, um neue Handlungsoptionen in Entscheidungen einbeziehen zu können. Dazu zählen auch gemeinschaftliche Lösungsansätze und deren Umsetzung (z. B. der Betrieb von Gemeinschaftsanlagen zur Energieversorgung) – gerade dann, wenn die Aktivierung von Nachbarschaften gelingt.

Die von vielen gewünschten One-Stop Shops (Schünemann 2025) haben auch hierbei eine wichtige Rolle. Sie können nicht nur auf Informationsbedarfe reagieren, sondern proaktiv neue Handlungsoptionen zur Diskussion stellen. Das gilt sowohl für individuelle Fragen (Förderung, Finanzierungsmodelle, Zugang zu Fachleuten, formal-rechtliche Anforderungen etc.) als auch für Quartiersaspekte (Gemeinschaftsanlagen, Betreibermodelle, Musterverträge, Klimawandelvorsorge etc.). Spätestens an dieser Stelle sind auch aufsuchende Formate sinnvoll.

Kokreative, konsensorientierte Planung

Darüber ist schnell die Ebene der Quartiersplanung erreicht – und damit eine Einbindung von Stadtplanung und Baugenehmigung notwendig. Substanzielle Veränderungen brauchen gut vorbereitete Abstimmungen mit anderen Belangen. Erst dann können individuelle Vorteile in ein stimmiges Gesamtkonzept integriert werden. Dafür ist ein agiler Stadtplanungsprozess sinnvoll, der ganze Nachbarschaften einbezieht.

Die Bereitschaft zu weitgehenden Veränderungen in älteren Einfamilienhausbeständen kann sich eine Stadtplanung nicht entgehen lassen. Das bietet gute Gelegenheiten zur Modernisierung und Aufwertung von Quartieren. Mit zunehmender Komplexität nimmt jedoch die Zahl der wahrgenommenen Hürden zu – auch in den Stadtverwaltungen! Um Reaktanz gegenüber Veränderungen zu vermeiden, muss der Planungsprozess auf freie Entscheidungen der Betroffenen ausgelegt sein – eine viel zu selten genutzte Erkenntnis der Hirnforschung (Beck 2024). Bedarfsorientierte Lösungen lassen sich mit etwas Unterstützung gut durch die Betroffenen selbst erarbeiten. Menschen, die schon (lange) in einem Gebiet wohnen, und Interessierte haben eine hohe Kompetenz, die Attraktivität ihrer gewünschten Wohnsituation zu beurteilen. Nötig sind eine verbindliche Richtungsvorgabe durch ein klares gemeinschaftliches Ziel (z. B. die Kombination aus energetischer Sanierung, Schaffung von günstigem Wohnraum und einer bedürfnisgerechten Ergänzung der Infrastruktur), also keine Beliebigkeit, Fachinformationen zu den bestehenden Gestaltungsmöglichkeiten und die konsensorientierte Moderation einer Transformation.



Abb. 3: Straßenansicht aus Bestandsgebäuden (hell, eines im Hintergrund) und der Ergänzung durch sehr kleine Häuser entlang der Straße (Entwurf: Christian Eickelberg, Beitrag im Wettbewerb Zukunftsstadt)



Abb. 4: Straßenansicht aus Bestandsgebäuden und der Ergänzung durch die kontrastierende Bebauung mit sehr kleine Flachdachbauten entlang der Straße (Entwurf: Igor Sudas, Beitrag im Wettbewerb Zukunftsstadt)



Abb. 5: Straßenansicht aus Bestandsgebäuden und kubusförmigen Ergänzungsbauten mit bis zu 39 m² Wohnflächen, als Bebauungszeile entlang der Straße (Entwurf: Niemann Architekt, Beitrag im Wettbewerb Zukunftsstadt)

Ergebnis kann eine informelle Planung sein, die eine vereinfachte Umsetzung über den Bauturbo erlaubt. Aus der Akzeptanzforschung zu Kleinstwohnungen (Brüning 2025) sind im Wettbewerb Zukunftsstadt prototypische Ideen entstanden, die bei den Zielgruppen aus unterschiedlichen Gründen auf Interesse gestoßen sind (Abb. 3–5).

Bei diesem Forschungsvorhaben wurde aus pragmatischen Gründen im hochbaulichen Ideenwettbewerb die Vorgabe gemacht, dass zur Bebauung durch eine Kleinstwohnung nur die Abstandsfläche zwischen dem Bestandsgebäude und der Grundstücksgrenze zur Verfügung steht (Beispiel: Abb. 6). Es wird damit keine Veränderung der Flurstücke nötig, was die spätere Umsetzung in realen Planungsprozessen erleichtern soll.

Individuelle Unterstützung bei der Umsetzung

Sind die Planungen bereits so weit gediehen, dann sollen sie natürlich nicht an persönlichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung scheitern. Von der Hürde, sich in Onlineportalen nicht sicher bewegen zu können, über (befürchtete) Mängel

bei der Bauausführung bis hin zu fehlenden Umsetzungsbausteinen speziell bei Finanzierungsmodellen gibt es zahlreiche entscheidende Herausforderungen (Verband Wohneigentum 2024, UBA 2016). Weil in überalterten Quartieren erwartungsgemäß viele ältere Menschen leben, sind individuelle Unterstützungsangebote erfolgsentscheidend.

Eine vertrauenswürdige Anlaufstelle für die Betroffenen muss allgemein bekannt sein. Die Unterstützung muss nicht immer zentral geleistet werden, eine Vermittlung von Hilfen z. B. aus der Nachbarschaft kann eine gute Alternative dar-

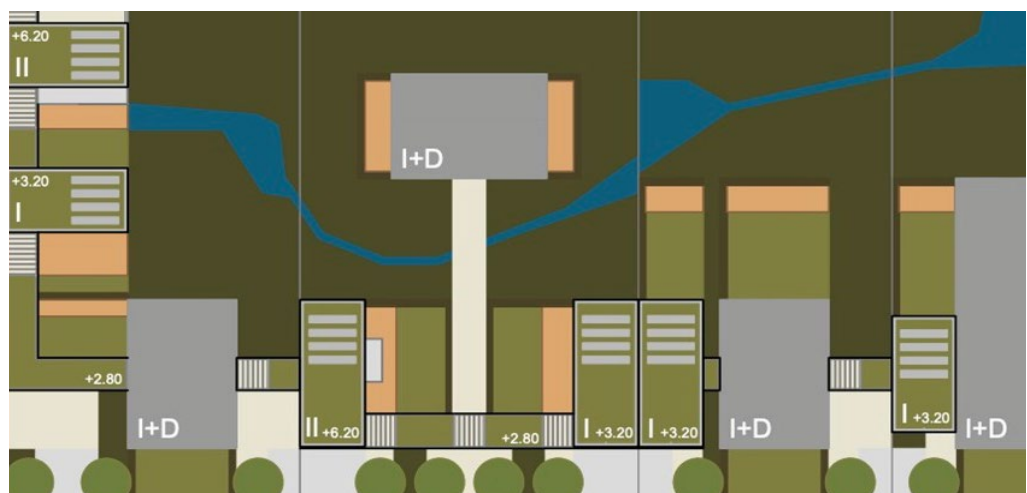


Abb. 6: Umwandlung einer Einzelhausbebauung in eine Blockrandstruktur: Die Straße grenzt unten direkt an den Entwurf, die feinen Linien zeigen die Flurstücksgrenzen. Wie in diesem Beitrag verlockte die Aufgabe viele Wettbewerbsteilnehmer, die Gärten zu verbinden – hier durch ein neu geschaffenes Wasserelement. Die Zielgruppe der Hauseigentümerinnen und -eigentümer war bei der Umwandlung zu Gemeinschaftsgärten eher skeptisch (Entwurf: Frank Görg, Beitrag im Wettbewerb Zukunftsstadt).

stellen. Für anderes, wie die Entwicklung genossenschaftlicher Finanzierungslösungen, sind besondere Kompetenzen unabdingbar. Dafür kann ein beharrliches Drängen auf passende Angebote durch den Markt nötig werden – aber auch das muss passieren. Eine überörtliche Vernetzung der Anlaufstellen ist deshalb sinnvoll.

Sichtbarkeit der Erfolge

Die Anerkennung von Erfolg wirkt stark motivierend. Sichtbarkeit dafür ist eine notwendige Voraussetzung. Außerdem kann so an konkreten Beispielen gezeigt werden, was möglich ist. Gerade wenn diese (vor Ort) erlebbar sind, regt das zur Nachahmung an (Urner 2023). Besondere Handlungsanreize bieten nicht nur die Aussicht auf soziale Anerkennung (wie „Grüne Hausnummer“, „Stadtplan der guten Beispiele“ etc.), sondern noch stärker die Gewährung von Vorteilen für die eigene Bezugsgruppe/Nachbarschaft (Beck 2024). Dies führt zu signifikant höheren Umsetzungserfolgen (Mani et al. 2013) und kann für erwünschte Veränderungen viel öfter genutzt werden.

Evaluation

Der hier beschriebene Aufwand lohnt sich, wenn daraus bei den vordringlichen Aufgaben eine wesentliche Verbesserung der Ausgangssituation resultiert. Hierfür ist eine systematische Erfassung von Aufwand und Wirkung der genannten Bausteine sinnvoll. Die Ergebnisse lassen sich zudem gut für die Kommunikation nutzen, um mehr Menschen zum Mitmachen zu bewegen („werde Teil des wichtigen Prozesses“). Aus der Evaluation lassen sich Beispiele für Vorbilder gewinnen, die darüber soziale Anerkennung erhalten. Und sie ist Basis für die zuvor genannten sozialen Belohnungssysteme.

Fazit

Wenn wir vor komplexen Aufgaben nicht resignieren wollen, müssen wir sie auch systemisch komplex angehen (Brüning et al. 2025, Schünemann 2025). Die energetische Sanierung von Einfamilienhausgebieten in Verbindung mit der Schaffung von erschwinglichem Wohnraum im Bestand sowie einer städtebaulichen Modernisierung und Aufwertung der Quartiere ist ein Beispiel dafür. Die Aufgabe ist nicht einfach, aber wichtig. Und sie ist machbar. Wir müssen es wollen: Wo ein Wille, da ist auch ein Weg.

Herbert Brüning

Leiter der Stabsstelle Nachhaltiges Norderstedt,
Stadt Norderstedt

Quellen:

ARGE – Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e. V. (2022): Wohnungsbau: Die Zukunft des Bestands. Bauforschungsbericht Nr. 82. Kiel.

Arbeitskreis kommunaler Klimaschutz/Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) (2025): Klimafreundlicher Umbau des Einfamilienhausbestandes – Chancen für eine sozialverträgliche Stadt- und Gemeindeentwicklung. Impulse für den kommunalen Klimaschutz. Aus der Praxis für die Praxis. Köln.

Beck, H. (2024): 12 Gesetze der Dummheit. Denkfehler, die vernünftige Entscheidungen in der Politik und bei uns allen verhindern. Berlin.

Brüning, H. (2025): Klein ist fein. Die energetische Sanierung als Türöffner für den Umbau von Häusern und Quartieren? In: pnd – rethinking planning, 2/2025, Aachen, S. 82–102.

Brüning, H./Jossin, J./Grabow, B. (2025): Transformationsraum N – offene Initiative für beschleunigte Nachhaltigkeit vor Ort. In: GALIA, Heft 2, München, S. 88–93.

Fuhrhop, D. (2023): Kreislaufwirtschaft des Wohnens. Mit dem unsichtbaren Wohnraum gegen Wohnungsmangel, Klimakrise und Einsamkeit. In: Wohnungswirtschaft.heute; RENN.nord (Hrsg.): Nachhaltig Wohnen & Bauen. Bosau, S. 48–53.

Grefe, Ch./Busse, T. (2025): Warum Fläche Sparen? In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2-3, Stuttgart, S. 20–27.

Mani, A./Rahwan, I./Pentland, A. (2013): Inducing Peer Pressure to Promote Cooperation. In: Scientific Reports, Vol. 3, S. 1–9.

Richtlinie (EU) 2024/1275 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. April 2024 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Neufassung). – Abl. EU, L 1275. vom 08.05.2024.

Sagvosdkin, V./Bäuerle, L./Semb, J./Praetorius, B. (2026): To Build Or Not to Build? Sustainability Narratives between Growth-oriented „Eco-markets“ and Regulative „Sufficiency“ in Germany's Heat Transition. In: Energy Research & Social Science, Vol. 131, 12.

Schünemann, Ch. (2025): Erhöhung der Dynamik energetischer Wohngebäude-sanierung: Befragungsergebnisse zu Motivation, Hemmnissen und Lösungsansätzen für verschiedene Eigentumsverhältnisse in Deutschland. Dresden.

UBA – Umweltbundesamt (Hrsg.) (2016): Wirkungsanalyse bestehender Klimaschutzmaßnahmen und -programme sowie Identifizierung möglicher weiterer Maßnahmen eines Energie- und Klimaschutzprogramms der Bundesregierung. Dessau-Roßlau.

Urner, Maren (2023): Raus aus der ewigen Dauerkrise. Mit dem Denken von morgen die Probleme von heute lösen. München.

Verband Wohneigentum (2024): Teilen, Umbauen, Vermieten? Ergebnisse der Befragung zum Thema untergenutzter Wohnraum. Bonn.



Johann Funk, Johanna Kleipañ

„Faire“ Ladeinfrastruktur für Vielparteienquartiere

Vorschlag einer Bewertungsmethode am Beispiel eines Wohnquartiers der Grundstücks- und Wohnungsbau GmbH (GWL) Lippstadt

Das Gelingen der Mobilitätswende setzt eine Ladeinfrastruktur (LIS) voraus, die nicht losgelöst von heterogenen Lebenswelten konzipiert werden kann. Während kapitalstarke Haushalte Investitionen in Elektrofahrzeuge und entsprechende Infrastruktur, wie Wallboxen und PV-Anlagen, tätigen können, bleiben Menschen, die zur Miete wohnen, in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Diese mangelnde Möglichkeit zur selbstwirksamen Teilhabe könnte erklären, warum die wahrgenommene Relevanz der Transformation in einkommensschwachen Milieus am geringsten ist (Sinus 2023, S. 5). Die Grundstücks- und Wohnungsbau GmbH Lippstadt (GWL) beauftragte vor diesem Hintergrund das Institut für Sektorenkopplung (IfSK) an der Hochschule Hamm-Lippstadt (HSHL) mit der Entwicklung eines fairen Ladekonzepts für ein Wohnquartier, das aus mehreren Vielparteienwohngebäuden besteht.

Fairness – ein Definitionsversuch

Um eine Lösung als fair bezeichnen zu können, gilt es, den unterschiedlichen Interessen der Mieterinnen und Mieter Rechnung zu tragen. Um einer Best-Practice-Lösung näher zu kommen, wurden bei der Konzeptentwicklung modellhaft drei Interessensgruppen betrachtet: 1) Mieterinnen und Mieter ohne PKW, 2) Mieterinnen und Mieter, die ein Verbrennerfahrzeug besitzen und 3) Mieterinnen und Mieter mit E-Fahrzeug. Es wurden fünf Kategorien definiert, die sich auf die Mobilitätsinfrastruktur im Quartier beziehen und deren Relevanz sich von Gruppe zu Gruppe unterscheidet (s. Tab. 1): Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von LIS, Alltagskomfort und Sicherheitsgefühl, Ladepreis, Stellplatzverfügbarkeit¹⁾ und Stellplatzverfügbarkeit für Besucher.

die Definition und die. B. erlegungen zu den jeweiligen Gruppeninteressen basieren auf eigenen konzeptuellen Annahmen und der Fachliteratur. Der Versuch, Daten im Rahmen einer Onlinebefragung unter den Bewohnern zu erheben war aufgrund mangelnder Rückmeldung nicht er-

folgreich.

Gestaltungsmerkmale von Ladeinfrastruktur

Die Anzahl der Ladepunkte in diesem Konzept orientiert sich an Prognosen zur Entwicklung des elektrifizierten Anteils am PKW-Bestand des Bundesverbands Erneuerbare Energien e. V. und sollte stufenweise erhöht werden (BEE 2024, S. 9–12). Für andere Merkmale eines Ladekonzepts bestehen unterschiedliche Ausgestaltungsmöglichkeiten, die zunächst auf ihre Fairness geprüft werden müssen. Die hier definierten Merkmale und ihre Optionen sind:

- **Merkmal A – Blockierregelung:** Dieses Merkmal bezieht sich auf die Konsequenzen, die eintreten, falls ein Stellplatz mit LIS entweder durch ein Verbrennerfahrzeug oder ein nichtladendes E-Fahrzeug blockiert wird. Hierbei bestehen grundsätzlich drei Optionen: a) Jeder Stellplatz mit Ladepunkt wird als gleichwertiger Parkplatz bzw. Stellplatz definiert. Es können sowohl Verbrenner- als auch Elektrofahrzeuge unbegrenzt auf dem Platz straffrei parken. b) Ladeplätze sind exklusiv für E-Fahrzeuge vorgesehen. Dies entspräche einem Verbot von Verbrennern auf Stellplätzen mit Ladepunkt. c) Elektrofahrzeuge dürfen nur während der Dauer des La-

¹⁾ Die Begriffe Stellplatz und Parkplatz werden im Folgenden synonym benutzt, weil sich der Parkraum im Quartier sowohl auf privatem als auch auf öffentlichem Gelände befindet.

Interesse an	Definition
Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von LIS	Die grundsätzliche Möglichkeit von Mietern, stets einen freien Ladepunkt vorzufinden
Alltagskomfort und Sicherheitsgefühl (Vermeidung weiter Laufstrecken v. a. bei Nacht)	Die grundsätzliche Möglichkeit, das Fahrzeug vor dem eigenen Wohnobjekt laden/parken zu können
Ladepreis	Ladepreis im Vergleich zum üblichen Ladepreis an öffentlichen Ladepunkten
Stellplatzverfügbarkeit	Die grundsätzliche Möglichkeit von Mietern, stets einen freien Stellplatz vorzufinden
Stellplatzverfügbarkeit für Besucher	Die grundsätzliche Möglichkeit von Besuchern und Dienstleistern (z.B. Pflegediensten) stets einen Stellplatz vorzufinden

Tab. 1: Interessen der definierten Bewohnergruppen und Definition

devorgangs auf den Stellplätzen parken. Eine Blockiergebühr wird erhoben. Ein Stellplatz mit Ladepunkt gilt damit grundsätzlich nicht mehr als Parkplatz, sondern als Ladeplatz.

- **Merkmal B – Verteilung der Ladepunkte:** Die Ladepunkte können entweder gleichmäßig über das Gelände verteilt liegen oder sich gesammelt an einem Ort befinden.
- **Merkmal C – Ladepreis:** Für das Laden kann es entweder einen Preisnachlass im Vergleich zu marktüblichen Ladepreisen an öffentlichen Ladesäulen geben oder nicht.
- **Merkmal D – Abrechnungssystem:** Das Abrechnungssystem kann entweder für alle Ladepunkte einheitlich sein oder sich je nach Ladepunkt unterscheiden, zum Beispiel im Falle des Betriebs von Ladepunkten durch unterschiedliche Anbieter.
- **Merkmal E – Benutzungserlaubnis:** Bezüglich der Benutzungserlaubnis können die Ladepunkte entweder frei zugänglich oder exklusiv für die Bewohner des Quartiers reserviert sein.

Diese vorgestellten Merkmale und ihre möglichen Ausprägungen werden im Folgenden auf ihre Fairness im konkreten Anwendungsfall und unter Berücksichtigung der dortigen Rahmenbedingungen geprüft. Zu diesen Kontextbedingungen zählen die bereits jetzt vorherrschende Stellplatzknappheit und die Tatsache, dass Parkplätze frei wählbar sind. Für jede Option wird die Erfüllung der zuvor definierten Interessen für jede Nutzungsgruppe im Quartier bewertet. Als Bewertungsskala wurde eine fünffarbige Skala von Grün bis Rot verwendet (vollständig erfüllt bis gar nicht erfüllt).

Bewertung denkbarer LIS-Ausgestaltung

Tabelle 2 zeigt die Bewertungen der Optionen des Merkmals Blockierregelung. Für Personen ohne PKW spielt lediglich die Stellplatzverfügbarkeit für Gäste keine Rolle. „Verbrennerverbot“ und „zusätzliche Blockiergebühr“ bedeuten eine eingeschränkte Parkmöglichkeit für Gäste. „Keine Strafe“ führt zu einer guten Stellplatzverfügbarkeit für Gäste. Weil die Betroffenheit in dieser Gruppe indirekt

ist, wird die gesamte Kategorie als weniger relevant bewertet.

Aus Perspektive von Anwohnern mit Verbrenner bedeutet keine Strafe eine hohe Zugänglichkeit von Stellplätzen, weil jeder Stellplatz genutzt werden kann. Ein Verbrennerverbot und eine Blockiergebühr führen zu einer Verringerung der verfügbaren Stellplätze. Die Option „keine Strafe“ wird deshalb in Bezug auf die Erfüllung der Interessen Verfügbarkeit und Zugänglichkeit, Alltagskomfort und Sicherheit, Stellplatzverfügbarkeit und Stellplatzverfügbarkeit für Gäste als sehr gut bewertet. Verbrennerverbot und Verbrennerverbot mit zusätzlicher Blockiergebühr wirken sich negativ auf Interessensbefriedigung dieser Gruppe aus.

Für Personen, die ein Elektroauto fahren, bedeutet die Option „keine Strafe“, dass sie auf jedem Platz parken dürfen, aber auch, dass Plätze mit Ladepunkt durch ein nichtladendes Fahrzeug belegt sein könnten. Ein Verbrennerverbot auf Stellplätzen mit LIS führt hingegen dazu, dass die Anzahl der verfügbaren Ladepunkte für Gruppe 3 steigt, weil diese nur noch durch andere Elektroautos belegt sein können. Eine zusätzliche Blockiergebühr hat hingegen zur Folge, dass die Elektroautos nur während des Ladevorgangs auf den Ladeplätzen stehen dürfen.

Das heißt, dass die Verfügbarkeit freier Ladeplätze und deren Zugänglichkeit steigen, aber dafür die Verfügbarkeit von Stellplätzen sinkt, weil Stellplätze in Ladeplätze umgewandelt werden. Gleichzeitig sinkt der Komfort, weil das Auto nach dem Laden umgeparkt werden muss. Deshalb wird die Zugänglichkeit mit den Optionen „Verbrennerverbot“ und „zusätzliche Blockiergebühr“ als sehr gut adressiert bewertet und mit der Option „keine Strafe“ als eher schlecht. Für den Alltagskomfort ist das Verbrennerverbot für diese Gruppe ideal und Straffreiheit gut. Das potenzielle Versperren von Ladepunkten durch Verbrenner kann zu einem längeren Weg zum nächsten Ladepunkt führen. Die zusätzliche Blockiergebühr wird als unkomfortabel bewertet. Bei Straffreiheit ist die Stellplatzverfügbarkeit eher gut, mit Verbrennerverbot sehr gut und mit zusätzlicher Blockiergebühr sehr schlecht.

	Keine Strafe	Verbrennerverbot	Verbrennerverbot und Blockiergebühr	Keine Strafe	Verbrennerverbot	Verbrennerverbot und Blockiergebühr	Keine Strafe	Verbrennerverbot	Verbrennerverbot und Blockiergebühr
Verfügbarkeit/Zugänglichkeit									
Alltagskomfort/Sicherheit									
Ladepreis									
Stellplatzverfügbarkeit									
Stellplatzverfügbarkeit für Gäste									

Tab. 2: Bewertung, inwiefern die Interessen verschiedener Bewohnergruppen bei unterschiedlichen Ausgestaltungsmöglichkeiten des Merkmals Blockierregelung adressiert werden.

Aus Sicht der Verbrennerfahrenden ist ein Verbrennerverbot negativ, und für E-Autofahrer führt eine zusätzliche Blockiergebühr zu einer negativen Bewertung. Im Sinne eines Interessensausgleichs ist die Option keine Strafe deshalb die faireste. Der Ort der Ladepunkte (s. Tab. 3) spielt nur für Personen mit Elektroauto eine Rolle. Bei gleichmäßig verteilten Ladepunkten kann davon ausgegangen werden, dass der Weg zwischen freiem Ladepunkt und



Merkmal B: Verteilung der Ladepunkte	Gruppe 1): ohne Auto		Gruppe 2): mit Verbrenner		Gruppe 3): mit E-Auto	
	Gleichmäßig verteilt	Gesamelter Ort	Gleichmäßig verteilt	Gesamelter Ort	Gleichmäßig verteilt	Gesamelter Ort
LIS-Verfügbarkeit/ Zugänglichkeit						
Alltagskomfort/ Sicherheit						
Ladepreis						
Stellplatzverfügbarkeit						
Stellplatzverfügbarkeit für Gäste						

Tab. 3: Bewertung, inwiefern die Interessen verschiedener Bewohnergruppen bei unterschiedlichen Ausgestaltungsmöglichkeiten des Merkmals Verteilung der Ladepunkte adressiert werden

Merkmal C: Ladepreis	Gruppe 1): ohne Auto		Gruppe 2): mit Verbrenner		Gruppe 3): mit E-Auto	
	Preisnachlass	Kein Preisnachlass	Preisnachlass	Kein Preisnachlass	Preisnachlass	Kein Preisnachlass
LIS-Verfügbarkeit/ Zugänglichkeit						
Alltagskomfort/ Sicherheit						
Ladepreis						
Stellplatzverfügbarkeit						
Stellplatzverfügbarkeit für Gäste						

Tab. 4: Bewertung, inwiefern die Interessen verschiedener Bewohnergruppen bei unterschiedlichen Ausgestaltungsmöglichkeiten des Merkmals Ladepreis adressiert werden

Merkmal D: Abrechnungssystem	Gruppe 1): ohne Auto		Gruppe 2): mit Verbrenner		Gruppe 3): mit E-Auto	
	einheitlich	heterogen	einheitlich	heterogen	einheitlich	heterogen
LIS-Verfügbarkeit/ Zugänglichkeit						
Alltagskomfort/ Sicherheit						
Ladepreis						
Stellplatzverfügbarkeit						
Stellplatzverfügbarkeit für Gäste						

Tab. 5: Bewertung, inwiefern die Interessen verschiedener Bewohnergruppen bei unterschiedlichen Ausgestaltungsmöglichkeiten des Merkmals Abrechnungssystem adressiert werden.

Merkmal E: Nutzungsberechtigung	Gruppe 1): ohne Auto		Gruppe 2): mit Verbrenner		Gruppe 3): mit E-Auto	
	Frei zugänglich	Für Bewohner reserviert	Frei zugänglich	Für Bewohner reserviert	Frei zugänglich	Für Bewohner reserviert
LIS-Verfügbarkeit/ Zugänglichkeit						
Alltagskomfort/ Sicherheit						
Ladepreis						
Stellplatzverfügbarkeit						
Stellplatzverfügbarkeit für Gäste						

Tab. 6: Bewertung, inwiefern die Interessen verschiedener Bewohnergruppen bei unterschiedlichen Ausgestaltungsmöglichkeiten des Merkmals Nutzungsberechtigung adressiert werden.

Wohnung durchschnittlich kürzer ist als bei einem Sammelladepunkt. Die Zugänglichkeit wird deshalb für gleichmäßig verteilte Ladepunkte als sehr gut und für an einem Ort gesammelte Ladepunkte als eher gut bewertet. Verteilte Ladepunkte sind im Alltag komfortabel, während gesammelte Ladepunkte eher unkomfortabel sind.

Insgesamt sind verteilte Ladepunkte positiver zu bewerten als ein zentraler Ladeort. Der Ladepreis beeinflusst nur die Interessen der Elektroautofahrer (s. Tab. 4). Hier wird ein Preisnachlass als sehr positiv bewertet und deshalb empfohlen.

Ob das Abrechnungssystem einheitlich oder heterogen ist, hat Einfluss auf den Alltagskomfort von E-Autofahrern. Unterschiedliche Abrechnungssysteme bedeuten für die Nutzer zusätzlichen Aufwand. Zudem könnte sich der Ladepreis bei unterschiedlichen Anbietern unterscheiden. Die Option des einheitlichen Abrechnungssystems wird als positiv bewertet.

Wenn Personen außerhalb des Quartiers die Ladepunkte nutzen dürfen, wirkt sich dies auf die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit der vorhandenen Ladepunkte und/oder Stellplätze aus. Durch mehr quartiersfremde Personen auf dem Gelände könnte das Sicherheitsgefühl sinken. Deshalb werden die Interessen Verfügbarkeit und Zugänglichkeit sowie Stellplatzverfügbarkeit und Alltagskomfort und Sicherheit für die Personen mit Verbrenner und Elektroauto mit der Option „frei zugänglich“ als negativ und mit der Option „für Bewohner reserviert“ als positiv bewertet. Die Stellplatzverfügbarkeit für Gäste wird mit der Option „frei zugänglich“ als eher positiv und mit der Option „für Bewohner reserviert“ als eher negativ bewertet, weil sich mit einer Reservierung die Parkmöglichkeiten für Gäste reduzieren. Die Ladeplätze sollten deshalb für die Bewohnerinnen und Bewohner in dem Quartier reserviert werden.

Schlussfolgerung und Limitationen

Damit die Interessen aller Personen im Quartier möglichst gut adressiert werden, sollte das Konzept den o. g. Überlegungen entsprechend die folgenden Merkmale erfüllen:

- Die Anzahl der im Quartier installierten Ladepunkte sollte stufenweise ausgebaut werden und sich dabei an Prognosen der Elektroautoentwicklung orientieren.
- Es sollte weder ein Verbot für Verbrenner auf Plätzen mit Ladepunkt noch eine Blockiergebühr geben.
- Die Ladepunkte sollten gleichmäßig verteilt auf dem Gelände installiert werden.
- Der Ladepreis sollte für Bewohner des Quartiers günstiger als der übliche Ladepreis an öffentlichen Ladesäulen sein.
- Wenn möglich, sollte nur ein Abrechnungssystem verwendet werden. Das heißt, es sollten nur Ladesäulen desselben Betreibers installiert werden.
- Die Ladepunkte sollten für die Bewohner des Quartiers reserviert werden und unzugänglich für fremde Personen sein.

Zu betonen ist, dass o. g. Konzept als Best-Practice-Lösung für das vorliegende Quartier zu betrachten ist und einer Verallgemeinbarkeit Grenzen gesetzt sind. So wird beispielsweise der Tatsache Rechnung getragen, dass es im Quartier bereits jetzt einen Mangel an Stellplätzen gibt und eine weitere Reduktion durch Verbrennerverbote auf Ladepunkten oder Umwandlung von Stellplätzen diesen Umstand noch verschärfen würde. So ist bei gleicher methodischer Vorgehensweise in einem Quartier mit anderen Rahmenbedingungen, wie deutlichem Überschuss an Stellplätzen oder einer vollständigen Elektrifizierung (jeder Stellplatz hat eine Lademöglichkeit), mit anderen Ergebnissen zu rechnen. Die getroffenen Bewertungen basieren zudem auf eigenen Annahmen und auf Fachliteratur. Der Versuch einer Datenerhebung im Quartier war nicht erfolgreich, und eine Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner hat demnach nicht stattgefunden. Die advokatorische Vorgehensweise birgt Risiken, die Interessen nicht adäquat zu formulieren und Bedürfnisse von Anwohnerinnen und Anwohnern zu übersehen. Die konzeptuellen und theoretischen Überlegungen im vorliegenden Konzept bieten jedoch eine Grundlage für Befragungen in Quartieren und damit für datenfundierte, quartiersspezifische Entscheidungsfindungen. Diese Ergebnisse entstanden im Projekt „Werkbank Sektorenkopplung“, gefördert im Rahmen des 5-Standorte-Programms vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags sowie kofinanziert vom Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen.



Johann Funk

M. A., beschäftigt sich aus sozialwissenschaftlicher Perspektive mit den Herausforderungen der Sektorenkopplung



Johanna Kleipaß

M. Sc., Studium Maschinenbau und Energietechnik; im Projekt Werkbank Sektorenkopplung beschäftigt sie sich im Bereich „Gebäudeautomation“ mit verschiedenen Möglichkeiten zur digitalen Vernetzung

Quellen:

Sinus (2023): SINUS-Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Sozialökologische Transformation. Länderbericht Deutschland, Heidelberg 2023, Online unter: <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/450501>, Verfügbarkeit geprüft am 24.02.2026.

BEE Bundesverband Erneuerbare Energie e. V. (2024): BEE-Mobilitätsszenarien 2045. Eine Analyse von drei Szenarien zum Umsetzen der Klimaschutzziele bis 2045.



Sanel Dacic

Bürgerbeteiligung zu integrierten Stadtentwicklungskonzepten am Beispiel der Großen Kreisstadt Balingen

Die Beteiligungslandschaft hat sich in den letzten Jahren enorm weiterentwickelt. Den Stadtverwaltungen stehen heute eine Vielzahl an unterschiedlichen Beteiligungsformaten zur Verfügung, um die Bürgerschaft an Planungsprozessen zu beteiligen. Bei der Ausarbeitung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Balingen 2035+ (kurz: ISEK) für die Stadtteile stand die Beteiligung der Bürgerschaft im Mittelpunkt. Hierbei kamen unterschiedliche Formate zum Einsatz, die vom Projektleiter und Autor dieses Beitrags aus verwaltungspraktischer Perspektive vorgestellt und bewertet werden.

Die Große Kreisstadt Balingen und das ISEK Stadtteile 2035+

Mit mittlerweile über 35.400 Einwohnern ist die Große Kreisstadt Balingen ein Mittelzentrum am Rande der Schwäbischen Alb in Baden-Württemberg. Die „Waagenstadt“ liegt geografisch zwischen der Landeshauptstadt Stuttgart und dem Bodensee und hat einen Einzugsbereich von über 200.000 Einwohnern. Durch den Eingemeindungsprozess in den 1970er Jahren besteht Balingen neben der Kernstadt heute aus zwölf Stadtteilen. In Anbetracht der Herausforderungen und städtischen Aufgaben hat sich die Große Kreisstadt mit dem ISEK Balingen 2035+ zum Ziel gesetzt, mithilfe eines Stadtentwicklungskonzepts die zukünftige Entwicklung der Stadt geordnet zu lenken und die Weichen für eine erfolgreiche Stadtentwicklung für die kommenden 15 bis 20 Jahre zu stellen.

Zuerst wurde für die Balingen Kernstadt ein integriertes Stadtentwicklungskonzept erstellt. Beruhend auf den Erfahrungen, Informationen und Zielen aus diesem Prozess wurden die Stadtteilidentitäten, ortsteilspezifischen Leitvorstellungen, Wechselwirkungen innerhalb der Stadt sowie Maßnahmen zu den Themenfelder Wirtschaft, Freiraum, Mobilität, Wohnen, Nachhaltigkeit, Bildung und Kultur sowie Stadtbild für die zwölf Stadtteile von 2021 bis 2025 ausgearbeitet. Die Erstellung des Konzepts besteht aus drei Phasen: der Stadtteilanalyse, der sogenannten Dialogphase und der abschließenden Konzeptualisierung. In allen Phasen wurden die Bürgerinnen und Bürger einbezogen. Balingen wurde vom Planungsbüro Pesch und Partner aus Stuttgart unterstützt. Um eine verlässliche und zielgerichtete Erstellung zu gewährleisten, wurden die zwölf Stadtteile auf drei Gruppen aufgeteilt. Pro Gruppe dauerte die Konzepterstellung ca. ein Jahr.

Die Beteiligung im ISEK-Prozess

Ein Schlüsselstein im Gesamtprozess ist die frühzeitige und intensive Beteiligung der Bürgerschaft mit umfangreicher

Öffentlichkeitsarbeit. Hier war es neben der Beteiligung der Bevölkerung wichtig, die gewählten Vertreter aus dem Ortschaftsrat gemeinsam mit dem Ortsvorsteher aktiv miteinzubeziehen. Das ISEK ist ein Konzept des Ortschaftsrats mit Ortsvorsteher, des Fachamts und der Bürgerschaft. Die Auswahl des Formats ist mit der jeweiligen Phase des ISEKs verknüpft und orientiert sich an den Anforderungen und Zielen des Arbeitsschritts. Die Beteiligungsformate bauen aufeinander auf. Bei der Wahl des „richtigen“ Formats ist entscheidend, in welchem Maße von den Ergebnissen profitiert werden kann. Nur in einem breiten Austausch mit unterschiedlichen Akteuren kann ein qualitativvolles Konzept entstehen.

Um die Bevölkerung auf das ISEK-Projekt aufmerksam zu machen, ist eine umfassende und engagierte Öffentlichkeitsbeteiligung unablässig. Konkret wurden die städtische Website www.balingen.de, Lokalzeitungen sowie die Social-Media-Plattform Instagram bespielt, und per Aushang im Stadtgebiet wurde auf das ISEK aufmerksam gemacht. Parallel hat der Ortschaftsrat im Stadtteil, in Vereinen und Organisationen für das ISEK geworben.

Der Beteiligungsprozess bestand aus folgenden Formaten:

■ Stadtteilgespräch mit Ortsvorsteher und Ortsbesichtigung mit dem Ortschaftsrat

Im ersten Arbeitsschritt („Stadtteilanalyse“) war es notwendig und wichtig, grundlegende Informationen und Erkenntnisse zum Stadtteil zu sammeln. Jeder Stadtteil hat hierbei seine eigenen Besonderheiten. Als wichtige Akteure in einem Stadtteilentwicklungsprozess wurden der durch die Bürgerschaft gewählte Ortschaftsrat gemeinsam mit dem Ortsvorsteher miteinbezogen. Sie sind die gewählten Expertinnen und Experten.

Zu Beginn wurde mit dem Ortsvorsteher ein auf einem Leitfaden gestütztes Interview durch das Büro und das Fachamt durchgeführt. Hierbei wurden Fragen zur Qualität des

Stadtteils, der Identität und zu gesamtstädtischen Zusammenhängen gestellt. Einzelne räumliche Maßnahmen, Probleme und Herausforderungen wurden benannt.

Im Anschluss folgte der Ortsrundgang mit dem Ortschaftsratsrat. Dabei konnten sich alle Verantwortlichen mit dem jeweiligen Stadtteil vertraut machen und den Istzustand festhalten. Herausforderungen und Potenziale kommen zum Vorschein und eine Diskussion mit offener Gesprächsatmosphäre kann erfolgen. Die Route wurde im Vorfeld festgelegt. Hier orientierte man sich an markanten Punkten im örtlichen Gefüge, wie an der Ortsmitte, öffentlichen Einrichtungen, an kirchlichen Anlagen, Ortseingängen, Hauptverkehrsachsen, an baulichen Maßnahmen, im Vorfeld identifizierten Problembereichen, Leerständen, Wohnsiedlungen sowie dem Innen- bzw. Außenbereich. Die Verknüpfung von Interview und anschließendem Ortsrundgang erwies sich als äußerst wertvoll. Dadurch war es möglich, den Stadtteil in seiner Vielschichtigkeit und Facetten kennenzulernen.



Abb. 1: Ortsrundgang in Engstlatt: Durch Ortsrundgänge kann der Ort kennengelernt und erlebt werden. Die Einsichten fließen in die Analyse. Der Ortschaftsratsrat fundiert hier als lokaler Experte. (Fotos: Stadt Balingen)

■ Haushaltsbefragung

Die sogenannte „Dialogphase“ (zweiter Arbeitsschritt) startete mit einer einmonatigen crossmedialen Haushaltsbefragung. Ziel dieser war es, ein erstes Stimmungsbild von der örtlichen Bevölkerung mithilfe von niedrigschwelligen und schnell zu beantwortenden Fragen zu erhalten. Die Umfrage ging als Flyer per Posteinwurf an alle Haushalte. Über einen abgebildeten QR-Code, der direkt mit der städtischen Website verknüpft war, bestand die Möglichkeit einer digitalen Rückmeldung. Die Bevölkerung konnte unter Angabe des Alters die Wohn- und Lebensqualität sowie die Handlungsbedarfe in Bezug auf die einzelnen Themenfelder Wirtschaft, Freiraum, Mobilität, Wohnen, Nachhaltigkeit, Bildung und Kultur sowie Stadtbild bewerten. Mehrfachnennungen waren möglich.

In der Gesamtschau kann festgehalten werden, dass über 2250 Haushalte eine Rückmeldung abgegeben haben. Das entspricht ca. 18 % aller Haushalte in den Stadtteilen, was als sehr großer Erfolg zu bewerten ist. Insgesamt sind über 17.000 Antworten eingegangen. Überwiegend haben die Altersklassen zwischen 41 und 65 Jahren sowie die über 65-Jährigen an der Umfrage partizipiert. Die Bevölkerung bewertet die Wohn- und Lebensqualität in den Stadtteilen vorwiegend als hoch und sehr hoch. Die Anzahl der analogen und digitalen Rückmeldungen war in einem nahezu ausgeglichenen Verhältnis, jedoch sind geringfügig mehr digitale Rückmeldungen eingegangen. Die Haushaltsumfrage wurde genutzt, um auf den anstehenden Bürgerworkshop aufmerksam zu machen.

Die Rückmeldungen zeigen, worin die Stärken und Defizite im Stadtteil liegen und Handlungsbedarfe bestehen. Der größte Bedarf bzw. das höchste Potenzial wird in den Bereichen Gaststätten und Cafés, Einkaufsmöglichkeiten, ÖPNV, das Angebot an Ärzten, Apotheken und Sozialbetreuung sowie in der Gestaltung der Ortsmitte gesehen, wohingegen in den Bereichen Erwachsenenbildung, Spielplätze, Schulangebot, Arbeitsplatzangebote und Vereinsleben geringe Defizite bzw. kaum Handlungsbedarf besteht.

Die postalische und digitale Haushaltsumfrage bietet durch eine niedrige und anonyme Zulassungshürde einen guten Einstieg, den Prozess öffentlich zu starten, eine erste Anzahl an Rückmeldungen zu erhalten, die Bevölkerung für den Prozess zu sensibilisieren, auf weitere Veranstaltungen aufmerksam zu machen sowie Diskussionen innerhalb der Haushalte und Gemeinschaft anzustoßen. Durch den Posteinwurf werden alle Haushalte erreicht. Die potenziell hohe Reichweite erhöht die Wahrscheinlichkeit, ein breites und zugleich repräsentatives Ergebnis zu erhalten.

■ Bürgerworkshop

Die Bevölkerung war eingeladen, gemeinsam mit allen Verantwortlichen über die zukünftige Entwicklung des Stadtteils und seine besondere Identität zu diskutieren. Der Bürgerworkshop, als Teil der „Dialogphase“, hat das Ziel, gemeinsam ein zukünftiges Leitbild mit Zukunftsprojekten für den jeweiligen Stadtteil auszuarbeiten. Das Format ermöglicht eine ergebnisorientierte Veranstaltung auf der Basis von kartenbasierenden Interaktionen, die zu einem belebten Austausch beitragen. Die bisherigen Ergebnisse aus dem Ortsrundgang und der Haushaltsbefragung bildeten die fachliche Grundlage für die anstehende Diskussion. Bis zu über 50 Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen Altersklassen beteiligten sich an den Bürgerworkshops.

Das Format besteht aus zwei partizipativen Einheiten. In Kleingruppen konnten sich die Teilnehmenden mit der Frage auseinandersetzen, warum sie gern in diesem Stadtteil leben und welche Qualitäten ihn auszeichnen. Im Mittel-



punkt stand die Auseinandersetzung mit der eigenen Identität. Das gute Zusammenleben, die soziale Infrastruktur und Nahversorgung, die Nähe zur Natur und das unmittelbare Naturerlebnis, vielfältige Freizeitmöglichkeiten, Treffpunkte, der dörfliche Charakter, das lebendige Vereinsleben, die ruhige Lage im städtischen Gefüge, die Sicherheit und das Heimatgefühl wurden positiv hervorgehoben.



Abb. 2 und 3: Der Bürgerworkshop ermöglichte es den Bürgerinnen und Bürgern, sich über die Zukunft ihres Stadtteils auszutauschen.

Auf dieser Grundlage wurden anhand von Luftbildern Maßnahmen entwickelt und durch Markierungen räumlich verortet. Dabei haben die Bürgerinnen und Bürger ihre Ortskenntnisse und ihre praktischen Alltagserfahrungen eingebracht. Es wurden ebenfalls räumliche Schwerpunktbereiche formuliert und einzelne Maßnahmenvorschläge priorisiert. Von der Neugestaltung der historischen Ortsmitte, Sanierung der Turn- und Festhalle, Aufwertung der Ortsdurchfahrt über die Entwicklung eines Mehrgenerationenhauses bis hin zur Stärkung der sozialen Infrastruktur wurden beispielhaft eine Vielzahl an unterschiedlichen Maßnahmen entwickelt.

Die Ergebnisse aus den vorangegangenen Beteiligungsformaten wurden fachlich durch die Stadtverwaltung und das Büro geprüft und in Abstimmung mit dem Ortsvorsteher in

das jeweilige Stadtteilkonzept integriert. Der Bürgerworkshop als Format ist ideal, um fachliche Ergebnisse, Ideen, örtliches Wissen, Meinungen und Ansichten aus der Bürgerschaft zu bündeln. Die interaktive, offene und ergebnisorientierte Ausgestaltung des Bürgerworkshops fördert den direkten Austausch unter den Teilnehmenden und schafft Diskursräume, die Kreativität und die Ergebnisqualität stärkt. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten aktiv die Möglichkeit, die Zukunft ihres Stadtteils zu gestalten.

■ Phase 3: Vorstellung des Stadtteilentwicklungskonzepts

Das Gesamtergebnis wurde abschließend im Ortschaftsrat öffentlich vorgestellt. Die Bürgerschaft war eingeladen, um über die Ergebnisse zu diskutieren. Bis zu 50 Personen nahmen an den Sitzungen teil. Für viele Maßnahmen ist eine detaillierte Ausarbeitung, eine vertiefende Studie oder rechtliche Qualifizierung durch einen Bebauungsplan notwendig. Die Priorisierung der Maßnahmen und die Haushaltslage spielen bei der Umsetzung eine essenzielle Rolle. Ein Austausch zwischen örtlicher Politik, Verwaltung und Ortschaftsräten ist stets erforderlich. Mit der qualitätvollen Umsetzung einzelner Maßnahmen kann ein immenser zeitlicher Aufwand entstehen. Die Bürgerbeteiligung ist maßnahmenbezogen fortzuführen.



Abb. 4: Vorstellung im Stadtteil Roßwangen: Mit der Vorstellung der Konzepte wird auch auf die Fortführung der Beteiligung im Rahmen der Maßnahmenumsetzung aufmerksam gemacht.

Beschlussfassung

Insgesamt wurden elf Integrierte Stadtentwicklungskonzepte mit 27 Zukunftsmaßnahmen, die Leuchtturmcharakter haben, und über 200 weitere, in Luftbildern verorteten Maßnahmen für die Stadtteile als sogenannte städtebauliche Entwicklungskonzepte im Sinne von § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch (BauGB) durch den Balingen Gemeinderat beschlossen und im Anschluss öffentlich bekannt gegeben. Die Konzeptionen erhalten dadurch ihre Verbindlichkeit als informelles Planungsinstrument. Die stadtteilbezogenen

Ziel- und Leitvorstellungen, Entwicklungsschwerpunkte und Zukunftsmaßnahmen sind bei allen Planungen, Projekten und Maßnahmen sowie bei Förderanträgen heranzuziehen.

Fazit

Mit dem ISEK für die Balingen Stadtteile liegen die Zukunftskonzepte durch den Balingen Gemeinderat beschlossen vor. Die breit angelegte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger mit crossmedialen Elementen war hier Dreh- und Angelpunkt dieses stadtentwicklungsbezogenen Prozesses. Die Auswahl an geeigneten Formaten, die einen größtmöglichen Mehrwert bieten, muss in Anbetracht der Vielzahl an Beteiligungsmöglichkeiten sorgfältig überlegt sein. Durch die Wahl der vorgestellten Beteiligungsformate gelang es der Stadt Balingen gemeinsam mit der Bevölkerung und dem Ortschaftsrat ein qualitativvolles Stadtteilentwicklungskonzept zu erarbeiten.

Komplexe Themen aus der Stadtentwicklung mit unterschiedlichen Handlungsfeldern können mithilfe eines vielfältigen Beteiligungsangebots, das unterschiedliche Beteiligungstiefen und -formate heranzieht, bearbeitet werden. Die konkrete Auswahl des Formats ist stets phasen-, ziel- und zielgruppenabhängig. Bewährt hat sich eine frühzeitige

Beteiligung der Bevölkerung und Akteure. Dieses Vorgehen erhöht die Wahrscheinlichkeit, eine hohe Anzahl an Rückmeldungen zu erhalten. Die crossmediale Beteiligung ist zu empfehlen, um weitere Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Eine hohe Mobilisierung der Bevölkerung setzt voraus, dass unterschiedliche Medienplattformen konsequent und kontinuierlich bespielt werden. Eine Schlüsselrolle kam den Ortsvorstehern und Ortschaftsräten zu, die mit ihrem lokalen Wissen die Konzeptualisierung bereichert haben.



Sanel Dacic

Tätigkeitsbereiche ISEK Balingen 2035+ für die Stadtteile und Bauleitplanung im Amt für Bau- und Planungsrecht der Großen Kreisstadt Balingen

Weitere Informationen können auf der städtischen Website abgerufen werden: <https://www.balingen.de/isek>



vhw Verlag

Das neue Vergaberecht Praxisbezogene Textausgabe mit einer systematischen Einführung

Lutz Horn (Hrsg.)

5. Auflage, Herbst 2026, DIN A5, Softcover

Vorauss. ca. 40,00 € zzgl. Versand

ISBN: 978-3-87941-870-1

Die umfassend aktualisierte 5. Auflage der Textausgabe „Das neue Vergaberecht“ steht im Zeichen des gerade vom Bundesgesetzgeber verabschiedeten „Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge“ (Vergabebeschleunigungsgesetz). Alle durch dieses Gesetz erfolgten Änderungen und Neuerungen werden berücksichtigt. Die wichtigsten Neuerungen werden im systematischen Teil der Textausgabe näher erläutert. Weitere praxisrelevante Nebengesetze vervollständigen den Band.

Bestellen Sie jetzt Ihr Exemplar:

vhw.de/publikationen/fachbuecher-fortbildung/vergaberecht/





Dennis Barten, Sebastian Beck

Engagement strategisch gestalten

Die Zielgruppen-Milieu-Matrix der Arbeiterwohlfahrt Berlin

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Berlin steht vor der Herausforderung, ihre etablierten ehrenamtlichen Formate und Strukturen so weiterzuentwickeln, dass sie auch künftig attraktiv bleiben, und über neue Angebote nachzudenken, die weitere Zielgruppen ansprechen. Dieser Prozess eines Re-Designs der eigenen Organisationsentwicklung zwischen Haupt- und Ehrenamt vor dem Hintergrund sich wandelnder gesellschaftlicher Zugangsformen zu ehrenamtlichem Engagement prägt die strategische Arbeit der AWO momentan bundesweit (vgl. Dubiski/Kleemann 2025). Gemeinsam mit der vhw-Forschung stellte sich der Berliner Landesvorstand Ende 2025/Anfang 2026 in zwei Workshops die Frage, inwieweit das Instrument der Milieuforschung in dieser Hinsicht weiterhelfen und zur Entwicklung von konkreten Ansätzen für zukunftsorientierte ehrenamtliche Formate und Strukturen genutzt werden kann.

Wie lassen sich die Zielgruppen der AWO in den Milieus abbilden? Wie lassen sich die momentanen Angebote der AWO Berlin zu den Einstellungen der Milieus in Hinblick auf Engagement und Kommunikation bewerten? Wie lässt sich aus einer solchen Milieuperspektive heraus ein Re-Design der Zielgruppenarbeit bei der AWO Berlin entwickeln, um die Engagementformate strategisch „neu zu denken“ und zu gestalten? Vorab: Es hat funktioniert. Mit dem Instrument der Zielgruppen-Milieu-Matrix konnten konkrete Formate und Ansätze zur zukünftigen Engagementarbeit der AWO Berlin in Form von Profilen zu wichtigen Zielgruppen-segmenten erarbeitet werden: die „Zeitreichen“, die „U27“ und die „Nutzenden“. Ziel dieses Beitrags ist es, ausgewählte Ergebnisse dieses Workshopprozesses vorzustellen und einen kurzen Einblick in die Zielgruppenarbeit mit den Milieus, in den Transfer dieses Know-hows auf die Engagementarbeit einer intermediären sozialen Organisation, wie der AWO Berlin, mit dem Instrument der Zielgruppen-Milieu-Matrix und einen Einstieg in den Prozess des Re-Designs von Zielgruppenarbeit im Engagementbereich auf Basis der Milieus zu zeigen.

Die AWO Berlin

Die Arbeiterwohlfahrt in Berlin (AWO Berlin) ist neben ihrer Tätigkeit als Spitzenverband und Dienstleister mit operativen Angeboten auch als Mitgliederverband aktiv. Sie hat das Ziel, Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen zu unterstützen und ihnen Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen. Dabei orientiert sie sich an ihren Grundwerten: Solidarität, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Toleranz. Seit ihrer Gründung nimmt das ehrenamtliche Engagement in dieser Arbeit bis heute eine zentrale Rolle ein. In verschiedensten Projekten und Einrichtungen stützen und ergänzen Engagierte die hauptamtliche Arbeit. Hierbei stehen die etwa 1000 Engagierten an der Seite der rund 2100 Beschäftigten berlinweit. Zusätzlich ist es Menschen möglich, Mitglied zu werden und in diesem Rahmen innerverbandlich Verant-

wortung zu übernehmen, indem sie sozialpolitische Positionen mittragen (z. B. auf Demos), im Mitgliederverband mitgestalten oder in Organen und Gremien mitbestimmen.

Wie bei anderen Mitgliedsorganisationen sinkt die Zahl der natürlichen Mitglieder bei der AWO Berlin (s. Abb. 1). Deshalb wurde 2019 ein Veränderungsprozess initiiert, um den eigenen Mitgliederverband zukunftsfähig aufzustellen. Im Verlauf eines umfassenden partizipativen Prozesses wurden verschiedene Maßnahmen zur Weiterentwicklung erarbeitet. Eine klare Zielvorstellung konnte dabei von Entscheidungstragenden der AWO Berlin festgehalten werden: Während bestehende Angebote weitergeführt werden, soll sich der Mitgliederverband an der Maßgabe eines „sozialpolitischen Mitmachverbands“ orientieren.

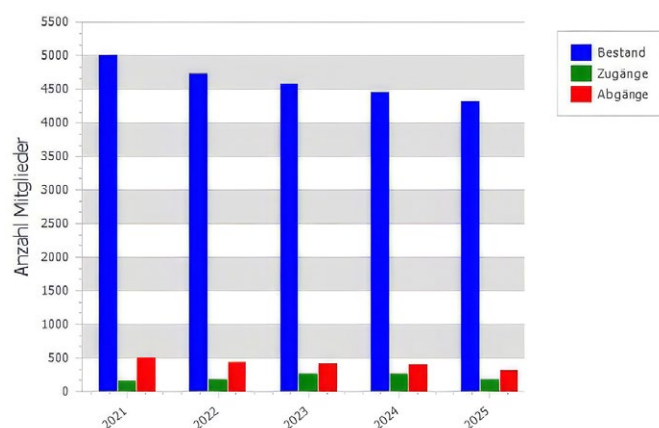


Abb. 1: Mitgliederentwicklung bei der AWO

Zur Umsetzung dieses Leitgedankens werden derzeit in einem verbandsinternen Projekt bestehende Strukturen und Ressourcen betrachtet und gemeinsam mit erfolgreichen Modellen und Methoden in den Feldern der Mitgliederengewinnung und -bindung, des Engagements und der Kommunikation weiterentwickelt, um freiwillig engagierten Menschen nicht nur ein zu ihrem Lebensentwurf passendes Angebot machen zu können, sondern einen noch besseren

und wertschätzenden Einstieg in die AWO-Welt zu bieten. In diesem Kontext startet zum Beispiel auch 2026 die AWO-Kampagne „Markier den Unterschied“. Sie soll deutlich machen, dass die AWO ein Ort für sozialpolitisches Engagement ist und Menschen eingeladen sind mit ihren Perspektiven „mitzumachen“ – durch ihre Arbeitskraft, ihre Stimme als Mitglied oder ihr aktives Engagement im Verband. Mit Blick auf Ansprache und Anbindung richtete der Vorstand des AWO Landesverbands deshalb den Blick auf die Sinus-Milieus, um Impulse für die zielgruppenorientierte Reflexion und Weiterentwicklung der eigenen Engagementformate zu gewinnen.

Milieu-Know-how

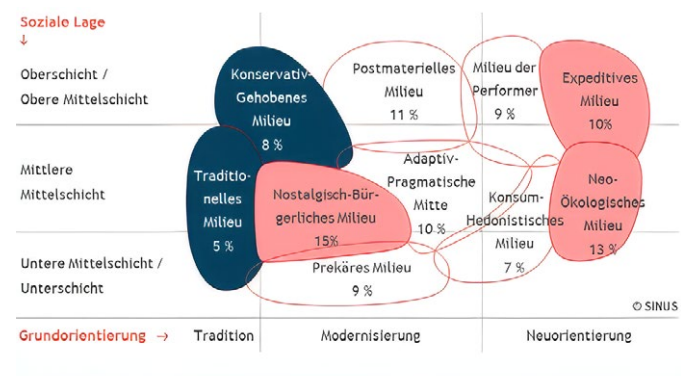
Die Zielgruppen-Milieu-Matrix, mit der hier die strategische Zielgruppenarbeit der AWO im Engagementbereich in den Blick genommen wurde, basiert auf der Arbeit mit dem Milieukonzept. Die Milieus sind zunächst ein Gesellschaftsmodell, das neben Einkommens- und Bildungsklassen auch die Vielfalt an Werthaltungen und Lebensstilen abbildet. Auf diese Weise wird die Gesellschaftsstruktur nicht nur vertikal zwischen „oben“ und „unten“ differenziert, sondern auch horizontal zwischen „traditionell“ und „modern“ (vgl. Hradil 2006, S. 7 ff.). Der Begriff der „sozialen Milieus“ wird auch in der Alltagssprache verwendet, z. B. wenn es um „bildungsferne Milieus“ geht und dabei gleichzeitig auf soziale Vor- und Nachteile sowie auf kulturelle Unterschiede aufmerksam gemacht wird (vgl. ebd., S. 3). Ein Milieu bezeichnet eine soziale Gruppe mit ähnlichen Werten und vergleichbarer sozialer Lage (vgl. Borstедt/Stockmann 2023, S. 7). Aktuell konkurrieren im deutschsprachigen Raum unterschiedliche Milieumodelle miteinander (vgl. Böcker 2025, S. 8 ff.). Hier wird mit dem Modell der Sinus-Milieus gearbeitet, das in den 1980er Jahren vom gleichnamigen Sozialforschungsinstitut Nowak und Sörgele in Heidelberg entwickelt wurde (s. a. Becker/Nowak 1985).

Im Modell der Sinus-Milieus werden aktuell zehn unterschiedliche Milieus aufgeführt, die sich in ihrer sozialen Lage (Oberschicht, Mittelschicht, Unterschicht) und ihrer Grundorientierung (Tradition, Modernisierung, Neuorientierung) unterscheiden. Eine aktuelle Beschreibung der Milieus findet sich u. a. in Benighaus (2024). Die Verteilung dieser zehn Milieus lässt sich auch für Berlin darstellen, wie hier mit Blick auf die Gesamtstadt (vgl. Abb. 2). Möglich sind auch kleinräumig differenziertere Betrachtungen, etwa mit Blick auf die einzelnen zwölf Berliner Bezirke oder die darunterliegenden 58 Prognoseräume in Berlin.

Der Blick auf die Milieuverteilung in Berlin zeigt, dass hier moderne Milieus stark vertreten (expeditiv, neo-ökologische) und traditionelle Milieus weniger stark präsent sind (z. B. das traditionelle Milieu). Dies steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zu den tendenziell älteren, bür-

gerlichen Zielgruppen, die sich in der Vergangenheit bei der AWO engagiert haben. Strategisch will sich die AWO mit ihren Engagementangeboten in der Zukunft stärker auf jüngere, moderne Zielgruppen ausrichten. Dabei kann die AWO auf positive Engagementpotenziale in diesen Zielgruppen aufbauen. In der Trendbefragung des vhw (vgl. Borstедt/Stockmann 2023, S. 30 ff.) haben zum Beispiel 11 % der Befragten angegeben, sich bereits in ihrem Wohnviertel zu engagieren – und weitere 40 % äußerten, sich dies zukünftig vorstellen zu können. Gerade diese offenen Potenziale zukünftigen Engagements finden sich in erster Linie bei den Expeditiven (Zustimmung bei 56 %) und den Neo-Ökologischen (Zustimmung bei 50 %). Zudem zählt die AWO zu den Akteuren, denen mit Blick auf lokale Entwicklungen mit das größte Vertrauen entgegengebracht wird: Lokale Vereine und Akteure der Sozialen Arbeit/Gemeinwesenarbeit, zu denen die AWO zu rechnen ist, lassen hier mit die höchsten Zustimmungswerte erkennen (vgl. Kuder u. a. 2022).

Abb. 2: Verteilung der Sinus-Milieus in Berlin im Vergleich zu Deutschland



Legende: ■ überdurchschnittlich ■ unterdurchschnittlich

gesamt (Quelle: vhw 2026)

Die einzelnen Milieus verfügen über ihre spezifischen Zugangsformen zu Engagement und über spezifische Kommunikationspräferenzen, was in der strategischen Arbeit mit Milieus eine qualitative Zielgruppenarbeit ermöglicht. Es geht weniger darum, ob sich ein Milieu engagiert, sondern vielmehr darum, wie dies geschieht und in die Lebenswelt eines Milieus eingebunden ist. Diese Zugangsformen zu Engagement (und auch zu Kommunikation) sind in Benighaus (2024) exemplarisch in typologischen Personadarstellungen erfasst, zum Beispiel das expeditiv Milieu (ebd., S. 18 f.):

Die Expeditiven stehen für ein sehr junges Milieu. Der Altersschwerpunkt bei 20 bis 29 Jahren bedeutet allerdings nicht, dass diese Altersgruppe nicht auch in den anderen Milieus vertreten ist. Allerdings steht das Milieu für Werte, die in dieser Altersgruppe eine übergreifende prägende Bedeutung besitzen. Wenn die 20- bis 29-Jährigen als Zielgruppe in den Blick genommen werden sollen, ist es nicht falsch, sich an den Werten dieses Milieus zu orientieren – es



ist aber wichtig, darauf hinzuweisen, dass es eine Verzerrung wäre, die Betrachtung dieser Altersgruppe auf dieses Milieu zu reduzieren.

Expeditives Milieu

- Haltung zu Engagement: „Zu Wahlen gehe ich regelmäßig – politisch engagiert bin ich zwar nicht, aber kann es mir durchaus vorstellen, in der Gemeinde aktiver zu sein. Aber ich engagiere mich ja schon recht viel ehrenamtlich. Ich war auch mit dem, was unsere Politikerinnen und Politiker in der letzten Zeit gemacht haben, recht zufrieden. Trotzdem fände ich es gut, wenn vor allem auf Kommunalebene die Bürgerinnen und Bürger mehr eingebunden würden. Das umfasst bessere Informationsbereitstellung, Mitentscheidung und mehr Fokus auf den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger allgemein. Ich bin mir noch nicht so ganz sicher, wie ich die Sache angehen soll und was ich tun muss, um mich zu beteiligen. Aber wenn ich teilnehmen würde, wäre es für mich essenziell, dass ich dort fair behandelt werde. Denn nur, weil ich jünger als die meisten bin, heißt das nicht, dass meine Meinung und Wünsche weniger wert sind. Ich brenne zwar nicht [...] für kommunale Angelegenheiten, aber bin trotzdem sehr interessiert und bereit, mich dafür einzusetzen – vorausgesetzt, ich habe gerade Zeit dafür.“
- Haltung zu Kommunikation: „In sozialen Netzwerken bin ich recht aktiv und verbringe dort im Vergleich zu anderen Milieus viel Zeit. Ich verfolge Influencer, die über Mode, Sport, Beauty oder Ernährung posten. Das entspannt mich einfach und bringt mir Inspiration fürs Leben: So erfahre ich von neuen Trends und Marken oder finde Rezepte von leckeren veganen Gerichten. Außerdem nutze ich die Medien auch gern für informative Inhalte, wie Podcasts oder Nachrichten. Ich mag die kleinen Portionen, in denen man dort wichtige Infos bekommt. Wenn ich mehr brauche, kann ich es ja selbst recherchieren. Aber einen spannenden Krimi oder eine witzige Komödie lass ich mir auch nicht entgehen.“

Die vom Landesvorstand festgehaltenen Zielgruppen der AWO Berlin wurden in drei Gruppen zusammengefasst:

- Die Zielgruppe der „jungen Menschen“. Die Expeditiven dienen hier als Orientierung für den Umgang mit dieser jungen Zielgruppe.
- Die „Zeitreichen“, die die Teile der Gesellschaft umfassen, deren Lebensabschnitt in Arbeit sich dem Ende zuneigt oder die sich direkt im allmählichen Wechsel von der Beschäftigung zum Ruhestand befinden. Ebenfalls

werden hier die sogenannten Empty Nester miteingeschlossen, die durch ihre veränderte Lebenssituation ihren Alltag umstrukturieren. Die Traditionellen werden hier als Orientierung herangezogen.

- Nicht zuletzt werden die „Nutzenden“, also Personen, die die Dienstleistungen der AWO in Anspruch nehmen, auch als Zielgruppe für den Mitgliederverband und das Engagement gesehen, weil aus Sicht der AWO auch Nutzende gleichzeitig Engagierte sein können. Hier werden die Prekären als Orientierung genutzt.

Diese Zielgruppen sind in sich selbstverständlich nicht homogen. So sieht die AWO Berlin durch ihre Werte und die historische Verantwortung im Feld der Migrationsarbeit und Integration Menschen mit Migrationshintergrund und in schwierigen Lebenslagen (finanziell, gesellschaftlich, sozial, gesundheitlich) als klare Zielgruppe innerhalb der drei genannten.

Die Zielgruppen-Milieu-Matrix

Die Zielgruppen-Milieu-Matrix wurde in der vhw-Forschung entwickelt und dient dazu, die praktische Expertise einer Organisation und das Milieu-Know-how des vhw miteinander in Bezug zu setzen. Im Ergebnis kann damit ein lebensweltliches Screening zu den Angeboten sozialer Organisationen erstellt werden, wie in diesem Fall das Screening der AWO-Engagement-Angebote in Berlin. Dabei geht es nicht darum, „alles“ zu analysieren. Vielmehr geht es um ein „Big Picture“ der eigenen Zielgruppen.

Die Methode der Zielgruppen-Milieu-Matrix basiert darauf, die Zielgruppen einer Organisation in bestimmten Milieusegmenten zu benennen. In kollegialen Teams werden auf Basis der eigenen praktischen Expertise in der Zielgruppenarbeit Formate benannt, die in diesem Milieusegment funktionieren und gut angenommen werden, bzw., bei denen sich das Milieu-Know-how zu Engagement und Kommunikation an der praktischen Arbeit spiegelt. Gut funktionierende Angebote können gemeinsam erkannt und als Lernbeispiele in der Organisation weiterentwickelt werden. Das Gleiche gilt für die nicht gut funktionierenden Formate, die mit Blick auf die Bedarfe der Milieus optimierbar wären. In dieser Auseinandersetzung können auch Ideen für neue Formate entstehen, die als Basis für die weitere Substantiierung und Entwicklung neuer Formate genutzt werden können.

Re-Designing

Das Re-Designing steht in der Organisationsentwicklung für den Prozess der Projektoptimierung, mit dem Ziel, die eigene Praxis problemorientiert zu optimieren (vgl. Fuhrmann 2022, S. 32 ff.). Dieser Prozess basiert darauf, eine Idee für einen solchen Optimierungsprozess zu entwickeln und einen Zeit-

Zielgruppen-	Milieu (Kürzel)	Engagement		
Segment	Prognoseraum: hohe Anteile	gut erreichbar	Impuls (Idee)	schlecht erreichbar
U27	Expeditive (EPE)	Spielmobil Landesjugendwerk	Pub-Quiz (ggf. mit sozialpolitischem Anstrich) - intergenerational	Projektbezogenes Engagement (Digital-Café)
Jugendliche	Südlicher Prenzlauer Berg: 48 %	„Social Day“ (punktueller Engagement durch Firmen)	„Alina-Prinzip“ (Netzwerk von Multiplikatoren schaffen)	Sozialpolitische Aktionsgruppen (Demo, Stadtgrün, 100 Beete)
50+/60+	Traditionelle (TRA)	Generationen-Brücke	„Gisela hilft“ (Netzwerk von Multiplikatoren schaffen)	Sozialberatung
Zeit-Reiche	Charlottenburg Nord: 33 %	Pflegedienst		Queere Feste
	Gropiusstadt: 33 %	Seniorennetz		
Nutzende	Prekäre (PRE)	Wohnungsnotfallhilfe		AktivMobil
	Märkisches Viertel: 27 %	Obdachlosenhilfe		CSD-Wagen
	Reinickendorf Ost: 30 %	Kiezküche		Seniorennetz

Abb. 3: Einblick in die Zielgruppen-Milieu-Matrix

und Aktionsplan zu erstellen, wie diese Entwicklung umgesetzt werden kann. Er wurde auf Basis der Ergebnisse der Zielgruppen-Milieu-Matrix in den drei von der AWO benannten Zielgruppen angestoßen, wird aber in der weiteren Arbeit noch zu konkretisieren sein. Im Re-Designing wurden konkrete Ansätze für die Weiterentwicklung der Engagementangebote der AWO in den drei fokussierten Zielgruppensegmenten erarbeitet, die die AWO Berlin weiterverfolgen wird.



Abb. 4: Workshop am 13.02.2026 in Berlin: Arbeit an der Matrix (Foto: Sebastian Beck)

Einen Aspekt aus dieser Arbeit wollen wir an dieser Stelle vorstellen: Mit Blick auf die Motivationen und Sozialisierungen der Milieus wurde abgeleitet, dass die Frage des Miteinanders eine gewichtige Rolle im Engagement spielt. Insbesondere für die betrachteten Zielgruppen der Zeitreichen und der Unter-27-Jährigen in den jeweiligen Milieus ergab sich daraus das „Gisela-Prinzip“ bzw. „Alina-Prinzip“. Dieses greift die

potenziellen Hemmschwellen (Scham, sich die eigene Problemlage einzugestehen, Zurückhaltung wegen fremder Kontakte und Umgebung u. a.) von Menschen auf, Angebote oder Engagementmöglichkeiten wahrzunehmen und sucht, diese abzusenken. Dies wird dadurch erreicht, dass ein Mensch (eine Gisela oder Alina), der bereits in der AWO Berlin angebunden ist, solche aus dem persönlichen Umfeld einlädt und motiviert, mitzumachen („Komm doch, ich bin da auch!“).

Resümee

Die Arbeit mit den Sinus-Milieus und der Zielgruppen-Milieu-Matrix im zweiten Schritt hat ein Grundverständnis gegenüber den darin wiedergespiegelten Bevölkerungsgruppen der Stadt geschaffen. In einem ersten Schritt konnten die Vorstandsmitglieder der Landes-AWO persönliche Motive, Interessen und Motivationen in den Milieus nachvollziehen und auf ihre bestehenden Angebote übertragen. Darüber hinaus gab die neue Perspektive den Anreiz, Gedanken über passende neue Ideen und Ansätze hervorzubringen, die sich in den drei dargestellten Formen ergeben haben.

Der Landesvorstand setzt sich auch aus Personen zusammen, die zugleich in den Kreisverbänden führende Positionen besetzen. Hierdurch werden die Erkenntnisse nun auf dieser Ebene widergespiegelt, um mit den daraus hervorgehenden praxisnahen Impulsen im Landesvorstand über deren Verwendung und Umsetzung zu sprechen. Diesen Prozess mit der zeitnah anlaufenden AWO-Kampagne zu verknüpfen und für die Ansprache, Gewinnung und Bindung neuer Mitglieder, Engagierter oder Nutzender anzuwenden, stellt eine klare Zielsetzung dar.

„Wenn die AWO wüsste, was die AWO weiß“ – mit dieser Haltung startet die AWO in den Prozess der Optimierung ihrer Engagementarbeit. Was sind gute Formate? Wo hakt es? Welche neuen Formate sollten entwickelt werden? Und wie geht es jetzt damit weiter? Mit der Zielgruppen-Milieu-Matrix ließ sich das Wissen über die eigenen Zielgruppen und die Reichweite der eigenen Engagementformate systematisieren und mit dem Start eines Re-Designing-Prozesses weiterentwickeln. Hier zeigt sich, wie wertvoll das Milieu-Know-how für die Reflexion und Weiterentwicklung eigener Engagementformate sein kann, wenn es nicht nur



illustrierend betrachtet, sondern kollegial in Bezug auf die eigene Arbeit und die eigene Erfahrung reflektiert wird.



Dennis Barten

Koordination Vorstandsarbeit im AWO Landesverband Berlin e. V.



Sebastian Beck

Seniorwissenschaftler vhw e. V., Berlin

Dubiski, J./Kleemann, W. u. a. (2025): Jenseits der Gewohnheit. Mitgliedschaft, Macht und Wandel neu denken. Ein Denk-Werkzeugkasten für Mitgliedsverbände. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (Hg.), Frankfurt/Main.

Fuhrmann, Raban D. (2022): Wandel gestalten. Do-It-Yourself-Arbeitsmaterialien zur selbständigen Projekt-, Organisations- und Demokratieentwicklung. 2. vollständig überarbeitete und ergänzte Auflage, im Auftrag des Umweltbundesamts, Berlin und Konstanz.

Hradil, S. (2006): Soziale Milieus – eine praxisorientierte Forschungsperspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (44–45), Bonn, S. 3–10.

Kuder, T./Seidelsohn, K./Kazantzidou, C./Kretschmann, R. (2024): Öffentliche Meinungen und Einstellungen zu Fragen der lokalen Demokratie. Auswertung der vhw Trendstudie 2022, in: vhw werkSTADT (66), Berlin.

Quellen:

Becker, U./Nowak, H. (1985): Es kommt der „neue“ Konsument, in: Form. Zeitschrift für Gestaltung (111), S. 13–18.

Böcker, N. (2025): Die sozialen Milieus. Verortung eines sozialwissenschaftlichen Konzepts, in: vhw werkSTADT (67), Berlin.

Benighaus, S. (2024): Praxisleitfaden für die Stadtentwicklung und Stadtplanung. Die neuen Milieus, in: vhw Schriftenreihe (48), Berlin.

Borgstedt, S./Stockmann, F. (2023): Gesellschaftliche Trends im urbanen Wandel. Wohnen, Zusammenleben und Partizipation in den Sinus-Milieus, in: vhw Schriftenreihe (44), Berlin.

LERNEN MIT MEHRBLICK

Endlich wieder *Webinar* **SOMMER**



Jetzt buchen

vhw-webinarsommer.de



vhw Fortbildung



Zertifikatslehrgänge beim vhw

Neue Aufgabenfelder erfordern neue Kompetenzen

Nachhaltigkeit, Energiewende, Flächenentwicklung oder Digitalisierung: Viele Themen, die lange als Spezialaufgaben einzelner Fachbereiche galten, entwickeln sich zunehmend zu strategischen Handlungsfeldern. Damit verändern sich auch die Anforderungen an Fach- und Führungskräfte. Gefragt sind Qualifizierungen, die Zusammenhänge verständlich machen, unterschiedliche Perspektiven zusammenführen und auf neue Verantwortlichkeiten vorbereiten.

Besonders gefragt sind derzeit Qualifizierungen überall dort, wo Kommunen vor neuen fachlichen und organisatorischen Anforderungen stehen – etwa im nachhaltigen Vergabewesen, im kommunalen Energiemanagement oder bei der strategischen Entwicklung von Zentren und Flächen.

Der vhw entwickelt sein Angebot an Zertifikatslehrgängen deshalb kontinuierlich weiter. Unsere Lehrgänge greifen aktuelle fachliche Entwicklungen auf und verbinden fundiertes Fachwissen mit konkreten Anwendungsbezügen für die Praxis. Über mehrere Lernphasen hinweg erschließen sich die Teilnehmenden neue Themenfelder systematisch und berufsbegleitend.

Berufsbegleitend und praxisnah lernen

- **Dokumentierte Qualifikation:** Abschluss mit vhw-Zertifikat, teilweise als Pflichtfortbildung geeignet
- **Hohe Qualität:** Professionell konzipierte Lehrgänge mit sehr guten Bewertungen von Teilnehmenden
- **Praxisnahe Inhalte:** Lernen an realen Fallbeispielen, Übungen und konkreten Anwendungssituationen
- **Begleiteter Lernprozess:** Fachliche Unterstützung und Austausch mit erfahrenen Dozierenden
- **Vernetzung:** Austausch mit Teilnehmenden aus anderen Kommunen und Fachbereichen

Ausgewählte Zertifikatslehrgänge

NEU

VERGABE- UND BAUVERTRAGSRECHT

Nachhaltigkeit im Vergabeverfahren

03. – 28.09.2026 | Webinar | WB265830

Preis: **2.500 €** | 2.750 €

KOMMUNALWIRTSCHAFT | ÖFFENTLICHES IMMOBILIENMANAGEMENT

Energiebeauftragte/r für Kommunen

17.09.2026 – 13.11.2026 | Webinar | WB260250

Preis: **3.450 €** | 3.980 €

NEU

STADTENTWICKLUNG UND BÜRGERBETEILIGUNG

Fachkraft für kommunales Zentren- und Flächenmanagement

02.11.2026 – 18.01.2027 | Webinar | WB260693

Preis: **2.550 €** | 3.050 €

Planen Sie Ihre berufliche Qualifizierung frühzeitig und entdecken Sie passende Zertifikatslehrgänge für Ihre Aufgaben in der kommunalen Praxis. Nutzen Sie die Angebotsübersicht, um online geeignete Qualifizierungen für Ihr Fachgebiet zu finden.



Alle Termine und weitere Informationen: vhw.de/fortbildung/vhw-lehrgaenge/ oder QR-Code scannen

vhw

Sechs Fragen an das neue vhw-Mitglied Bad Oldesloe

Über 25.000 Menschen leben in Bad Oldesloe, Kreisstadt des Kreises Stormarn und gelegen an den Flussläufen von Besse und Trave. Neben einer abwechslungsreichen Naturlandschaft sind es vor allem die Kultur, Bildung sowie die vielen Freizeitangebote, die die Stadt kontinuierlich wachsen lassen. Über 150 Vereine bringen die Einwohner in Kontakt und sorgen das ganze Jahr über für Leben in der Stadt. Rund 300 Mitarbeitende der Verwaltung kümmern sich um die großen und kleinen Belange der Bürgerinnen und Bürger. Die Stadt hat eine „Bürgerworthalterin“, eine Amtsbezeichnung, die anderswo „Bürgervorsteher“ lautet. Die Bezeichnung „Bürgerworthalterin“ leitet sich vom mittelniederdeutschen Begriff „Wortholder“ ab und steht für Sprecher. Das ist einmalig in Deutschland. Neben Bad Oldesloe, wo es dieses Amt bereits seit 1850 gibt, hat keine andere deutsche Stadt oder Gemeinde einen Bürgerworthalter oder eine Bürgerworthalterin. Für unsere Zeitschrift sprach Ruby Moritz-Hell mit Valeska Guschewski, die bei der Stadt Bad Oldesloe ein duales Bachelorstudium „Allgemeine Verwaltung“ erfolgreich abgeschlossen hat und zurzeit berufsbegleitend ein von der Stadt gefördertes Masterstudium „Public Administration“ absolviert. Im Team des Personalbereichs kümmert sie sich um die Personalgewinnung. Seit 1. Januar 2026 ist Bad Oldesloe Mitglied im vhw.



Valeska Guschewski
Team Personalbereich bei der Stadt
Bad Oldesloe

vhw: Wir freuen uns, dass Sie sich für eine Mitgliedschaft im vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. – entschieden haben. 2018 nutzten 26 Mitarbeitende der Verwaltung die vhw-Fortbildung, damals noch in Präsenz, und im vergangenen Jahr knapp 20. Wie muss heute ein attraktives Bildungsangebot gestaltet sein?

Valeska Guschewski: Das Bildungsangebot sollte heute in erster Linie flexibel, praxisnah und individuell gestaltet sein. Die Gestaltung muss sich dabei an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientieren und individuelle Lernpfade statt starrer Standardlösungen bieten. Besonders wichtig ist dabei die Berücksichtigung und Integration der zunehmenden Quereinsteigenden in der Verwaltung, denen durch gezieltes Onboarding und den schnellen Erwerb von Verwaltungsgrundlagen ein guter Einstieg ermöglicht wird. Ein Mix aus Inhouseseminaren und externen Angeboten für spezialisiertes Fachwissen (wie durch den vhw) sichert dabei die Qualität der Qualifizierung. Abgerundet wird das Angebot durch die aktive Unterstützung bei der Aufstiegsfortbildung, etwa durch Freistellungen und finanzielle Förderung für Lehr- und Studiengänge, was nicht nur die Kompetenz im Haus steigert, sondern auch die langfristige Mitarbeitendenbindung festigt.

vhw: Wie organisiert Bad Oldesloe das fachliche Up-to-date-Bleiben ihrer Kolleginnen und Kollegen?

Valeska Guschewski: Das fachliche Up-to-date-Bleiben ist eine gemeinschaftliche Aufgabe zwischen den Führungskräften und den jeweiligen Beschäftigten. Die Führungskräfte tragen hierbei die Verantwortung für die Personalentwicklung in ihren Teams. Sie identifizieren in Personalgesprächen die persönlichen Fortbildungsbedarfe und unterstützen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Umsetzung, sei es direkt am Arbeitsplatz (Training-on-the-Job) oder durch externe Maßnahmen, wie Seminare oder Lehrgänge. Der Sachbereich Personal steht dabei den Fachbereichen beratend zur Seite, organisiert ein internes Schulungsprogramm und unterstützt die Kolleginnen und Kollegen bei der Aufstiegsfortbildung.

vhw: Auch die Stadt Bad Oldesloe wird die Auswirkungen des demografischen Wandels und Fachkräftemangels spüren. Wie gehen Sie damit um?

Valeska Guschewski: Unsere Verwaltung ist sich diesen Herausforderungen sehr bewusst. Deshalb haben wir bereits in den letzten Jahren unter anderem unser Ausbildungsangebot stetig erweitert. Mittlerweile bieten wir neben den klassischen Verwaltungsberufen auch weitere duale Ausbildungen, wie „Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste Fachrichtung Bibliothek“ oder „B.A. Soziale Arbeit“ an. Und wir planen, unser Ausbildungsengagement noch weiter auszubauen, etwa durch die Einführung eines Studienangebots im Bereich Bauen und Umwelt, um auch hier langfristig qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und an uns zu binden.

vhw: Bad Oldesloe in Schleswig-Holstein wirbt mit zentraler Lage und der Nähe zu den Hansestädten Hamburg und Lübeck und zur Ostsee. Ist der Standort mit hohem Freizeitwert ein Vorteil bei der Personalgewinnung?

Valeska Guschewski: Die zentrale Lage auf der Achse zwischen Hamburg und Lübeck, eine sehr gute Verkehrsanbindung an diese beiden Metropolen und die reizvolle Umgebung mit den Flussläufen der Trave und Beste sind in der Tat gute Argumente für die Stadt als Arbeitgeber. Dieses attraktive Lebensumfeld macht Bad Oldesloe für viele zu einem Ort, an dem sich Arbeit und Leben gut kombinieren und ausbalancieren lassen.



Abb. 1: Bad Oldesloe: Marktplatz mit Rathaus (Foto: Niemeier)

vhw: KI, IT, neue Kommunikationskanäle, ein anderes Kommunikationsverhalten ... Was sollte heute eine Person, die in der Stadtverwaltung arbeitet, auszeichnen?

Valeska Guschewski: In einer Zeit geprägt von KI und digitalem Wandel sollten die Beschäftigten in der Stadtverwaltung vor allem durch eine ausgeprägte Offenheit für

technologische Neuerungen und eine hohe Veränderungsbereitschaft überzeugen. Es geht darum, moderne IT-Tools und neue Kommunikationskanäle nicht nur als technische Umstellung, sondern als Chance zu begreifen, Verwaltungsprozesse effizienter zu gestalten. Dabei steht das Ziel im Fokus, die Bürgerinnen und Bürger konsequent in den Mittelpunkt des Handelns zu stellen, um durch ein angepasstes Kommunikationsverhalten einen zeitgemäßen Service zu bieten.

vhw: Als Mitglied im vhw können alle Mitarbeitenden in der Verwaltung, die an Fachthemen für die Stadt interessiert sind, unsere Zeitschrift „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“, beziehen. Welche Kanäle oder Plattformen nutzt die Stadt in der Regel für wissenschaftliche Fundierungen im Berufsalltag?

Valeska Guschewski: Wir als Stadt nutzen für die tägliche Arbeit einen Mix aus verschiedenen Fachpublikationen, die Studien des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sowie die Wissensportale der kommunalen Spitzenverbände bzw. des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein. Um bei allen Planungsschritten eine rechtlich saubere Umsetzung sicherzustellen, ist darüber hinaus der regelmäßige Rückgriff auf juristische Datenbanken wie Beck-online oder juris unerlässlich.

vhw: Frau Guschewski, vielen Dank für dieses Gespräch.

Neues Wohnen im Bestand

Gemeinsam neue Wege für eine bessere Nutzung bestehender Wohnraumpotenziale entwickeln

Wie kann die Wohnungsversorgung verbessert werden, wenn Neubau allein die Herausforderungen vieler Städte und Gemeinden nicht mehr lösen kann? Welche Potenziale liegen bereits im Bestand – und wie lassen sie sich aktivieren?



Diesen Fragen widmet sich die kostenfreie Fachtagung „Neues Wohnen im Bestand“ des vhw, der HafenCity Universität Hamburg und der Technischen Hochschule Lübeck. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Forschung, Politik, Verwaltung sowie der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft diskutieren wir neue Perspektiven für die Wohnraummobilisierung, die Transformation von Einfamilienhausquartieren, gemeinschaftliche Wohnformen und die Weiterentwicklung bestehender Quartiere. Ziel ist es, Erfahrungen auszutauschen, neue Lösungsansätze kennenzulernen und konkrete Impulse für Praxis und Politik mitzunehmen.

17.09.2026

HafenCity Universität Hamburg

Die Teilnahme ist kostenfrei.



Infos und Buchung:
vhw.de/termine/fachtagung-neues-wohnen-im-bestand/
oder QR-Code scannen

vhw Forschung 



Neues aus dem vhw

Kommunale Erfahrungen mit Konzeptverfahren: erste Befunde aus zwölf Fallstudien

Immer mehr deutsche Städte und Gemeinden nutzen Konzeptverfahren, um ihre Liegenschaften an jene Akteure zu vergeben, die darauf gute Konzepte realisieren. Das zeigt das im Sommer 2025 gestartete vhw-Forschungsprojekt „Wettbewerb zukunftsfähiger Qualitäten. Das Konzeptverfahren als Instrument für eine sozial-ökologische Wohnraumversorgung?“ Dabei wurden in einer bundesweiten Recherche mehr als 300 Kommunen identifiziert, die Konzeptverfahren anwenden. Doch wie genau gehen sie dabei vor? Das untersucht der Projektpartner StattBAU Stadtentwicklungsgesellschaft mbH im Auftrag des vhw in einer vertiefenden Analyse mit zwölf Fallstudien, darunter erfahrene wie auch kleinere Kommunen, die erstmalig dieses Instrument anwenden. <https://www.vhw.de/nachricht/kommunale-erfahrungen-mit-konzeptverfahren-erste-befunde-aus-zwoelf-fallstudien/>

Kleinstadt-Web-Talk: Mobilität im ländlichen Raum

Wie können komplexe Aufgaben und Herausforderungen der Kleinstadtentwicklung wirkungsvoll gestaltet werden? In unserer Web-Talk-Reihe geben Führungskräfte der Verwaltung Einblicke in ihre Praxiserfahrungen.

28. August 2026 in Berlin und digital zum Thema: Flexibel, digital und barrierefrei – ERZmobil schließt Mobilitätslücken im ländlichen Raum. Ein Smart-City-Projekt der Stadt Zwönitz

10:00–11:00 Uhr | online

zur kostenfreien Anmeldung:

<https://www.vhw.de/index.php?id=1261>

Anmeldeschluss:

24. August 2026, 13 Uhr

Ihr Referent: Dr. Martin Benedict, Chief Digital Officer/Leiter Smart City, Stadt Zwönitz



Abb. 1: Kleinstadt-Akademie (© Hansestadt Osterburg, Mario Bannehr)

Landkreis Uckermark: vhw-Mitgliedschaft ist Mehrwert auf mehreren Ebenen

Wir fragen immer mal wieder eines unserer ca. 2270 Mitglieder aus mittleren, kleinen und großen Städten. André Reichow vom Amt für Technische Dienste und Digitalisierung des Landkreises Uckermark: „Operativ nutzen wir das umfassende Fortbildungsangebot mit über 1800 Veranstaltungen jährlich zu vergünstigten Konditionen – von Webinaren über E-Learning bis zu maßgeschneiderten Inhouseschulungen für unsere Fachämter. Wir erhalten Zugang zu aktuellen Forschungsergebnissen, zur Fachzeitschrift ‚Forum Wohnen und Stadtentwicklung‘ sowie zu praxisorientierten Handreichungen, die uns fundiertes Wissen für die tägliche Arbeit liefern. Strategisch besonders wertvoll ist das Netzwerk mit über 2200 Mitgliedern – überwiegend Kommunen –, das uns Austausch auf Augenhöhe und Lernen von Best Practices ermöglicht. Die vhw-Mitgliederversammlung, der vhw-Verbandstag und vielfältige vhw-Fachveranstaltungen bieten exzellente Plattformen für Vernetzung und den direkten Kontakt zu anderen Digitalisierungsverantwortlichen, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen.“ https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2026/FWS_3_2026/FWS_3_2026_Interview_Uckermark.pdf

Wer macht morgen noch Kommunalpolitik?

Diese Frage stand Mitte Juni im Mittelpunkt einer gemeinsamen Fachtagung des vhw mit der Hochschule Harz in Wernigerode – sieben produktive Stunden mit Impulsvorträgen, vier Workshops, einer Podiumsdiskussion und wertvollen Perspektiven aus Verwaltung, Kommunalpolitik, Verbänden, Bildungswerken und Wissenschaft. Die beiden Tagungsgastgeber Christian Höcke (Seniorwissenschaftler vhw) und Prof. Dr. Oliver Junk (Hochschule Harz, vhw-Verbandsrat) hatten zwölf Impulsgebende eingeladen, vor Ort ihre Sicht auf das Thema „Kommunalpolitisches Ehrenamt“ zu teilen – darunter Dr. Katrin Cholotta, Leiterin der Abteilung „Demokratie und Engagement“ im Arbeitsstab der Ostbeauftragten der Bundesregierung, die in ihrer Keynote die Perspektive des Bundes teilte, sowie Prof. Dr. Astrid Lorenz und Dr. Hendrik Träger von der Universität Leipzig, die derzeit in einem vhw-Forschungsprojekt das ehrenamtliche kommunalpolitische Engagement in Gemeinderäten in Sachsen untersuchen.



Abb. 2: „Wer macht morgen noch Kommunalpolitik?“ Mitte Juni in Wernigerode (© Hochschule Harz/Christian Reinboth)

Das zentrale Ergebnis: Es gibt viel zu tun – denn das Ehrenamt muss attraktiver werden. Dafür gibt es viele gute Ideen, wie die Tagung gezeigt hat. Veränderte Sitzungszeiten oder die Nutzung hybrider Formate gehören

ebenso dazu wie eine Stärkung der Sitzungskultur und Kommunikationsprozesse. Doch auch die strukturellen Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Engagement gehören auf den Prüfstand. Der vhw wird sich mit

diesem wichtigen Thema weiterhin intensiv beschäftigen. <https://www.vhw.de/nachricht/wer-macht-morgen-noch-kommunalpolitik/>

Nachruf

Prof. Dr. Klaus Borchard

Mitglied des vhw-Vorstands bzw. Verbandsrats 2003 bis 2012

Ehrenmitglied des vhw

Geboren 1938, trat der studierte Architekt und Städtebauer nach umfangreichen beruflichen Stationen 1976 seine Professur auf dem Lehrstuhl für Städtebau und Siedlungswesen an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn an. In der Folge war er dem vhw über 40 Jahre lang eng verbunden, u. a. von 1991 bis 2003 im Kuratorium. Von 2003 bis 2012 war Klaus Borchard Mitglied des vhw-Vorstands bzw. des -Verbandsrats und wurde 2012 von der Mitgliederversammlung zum Ehrenmitglied des vhw ernannt. In der ganzen Zeit konnte der Verband auf die Mitgestaltung eines unermüdlichen Brückenbauers, eines interessierten, wachen und feinen Menschen zählen, der sich engagiert für die Belange kommunaler Wohnungspolitik und Stadtentwicklung einsetzte. Prof. Dr. Klaus Borchard verstarb am 22. Mai 2026.

Themenschwerpunkt vhw-Pflichtfortbildungen

Aktuelle Standards sicher anwenden – Fortbildung für Architekt/innen, Ingenieur/innen und Planende

Rechtliche Rahmenbedingungen, technische Regeln und fachliche Standards verändern sich laufend. Wer plant, baut oder prüft, muss Entwicklungen nicht nur kennen, sondern sicher einordnen und anwenden können. Fortbildung schafft hier fachliche Klarheit und unterstützt eine verlässliche Anwendung im Planungs- und Genehmigungsalltag.

Die vhw-Pflichtfortbildungen greifen aktuelle fachliche und rechtliche Entwicklungen auf, ordnen sie praxisnah ein und unterstützen dabei, Entscheidungen fachlich solide und rechtssicher zu treffen. So helfen sie, Risiken zu minimieren und Verantwortung souverän wahrzunehmen.

Was vhw-Pflichtfortbildungen auszeichnet:

- **klare Einordnung** aktueller Anforderungen und Standards
- **Austausch auf Augenhöhe** mit erfahrenen Dozent/innen
- **passende Formate** für unterschiedliche berufsrechtliche Vorgaben

Viele Veranstaltungen sind als Pflichtfortbildung anerkanntungsfähig oder werden auf Wunsch zur Anerkennung eingereicht.



Informationen und aktuelle Veranstaltungen: [vhw.de/fortbildung/pflichtfortbildungen](https://www.vhw.de/fortbildung/pflichtfortbildungen) oder QR-Code scannen



Larisa Tsvetkova

Kommunen und Wohnprojekte

Handlungsfelder und Instrumente zur Unterstützung selbstorganisierter Wohnformen

402 Seiten, transcript Verlag, Bielefeld 2025

ISBN 978-3-8376-7965-6

59,00 Euro

ISBN: 978-3-8394-4182-4

Open access

Wie können Kommunen und Wohnprojekte im Sinne einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik kooperieren? Larisa Tsvetkova beleuchtet am Beispiel von Tübingen, Leipzig und Hamburg kooperative Quartiersentwicklungen und Verfahren mit gemeinschaftlichen, vielfältigen und nichtspekulativen Wohnprojekten. Dabei zeigt sie die große Bandbreite der kommunalen Handlungsfelder und Instrumente im Kontext unterschiedlicher städtebaulicher Rahmenbedingungen und wohnungspolitischer Zielsetzungen. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Finanzialisierung von Wohnraum und der marktbedingten Nachteile gemeinwohlorientierter Wohnformen wird deutlich: Eine kommunale Unterstützung von Wohnprojekten ist dringend notwendig.



Jens Jakob Happ,
Helmut Kleine-Kraneburg (Hrsg.)

Für eine nachhaltige Architektur der Stadt

160 Seiten. 1. Auflage. Broschiert. Mit Abbildungen, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 2025

ISBN 978-3-8031-2885-0

15,00 Euro

Der Ruf nach ökologischem Leben hat längst das Wohnen und Bauen erfasst. Denn Bauen ist weltweit einer der größten Umweltfaktoren. Es geht um nichts weniger als die Neuausrichtung der Architektur unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit. Unsere Städte leiden unter Verkehr, Überhitzung, sozialer Kälte, Vermüllung und dem Verlust an bezahlbarem Wohnraum. Dabei sind sie nicht einmal schön. Wie kann es gelingen, unsere gebaute Umgebung so zu gestalten, dass wir uns in ihr wohlfühlen und zugleich der generationenübergreifenden Verantwortung für unsere Welt gerecht werden? Aus unterschiedlichen Blickwinkeln – Architektur, Baustoffkunde, Klimatechnik, Theorie des Städtebaus, Paläontologie, Verwaltungsrecht, Philosophie oder Wirtschaftswissenschaft – werden konkret die drängenden Fragen erörtert: Wie bauen? Überhaupt noch bauen? Nur noch umbauen? Und was hat Ästhetik damit zu tun?



Montag Stiftung Jugend u.
Gesellschaft (Hrsg.)

Handbuch Schulen planen und bauen

Praxiswissen für die Phase Null

272 Seiten, Broschur, 16,5 × 23,5 cm, Jovis Verlag, Berlin 2025

ISBN 978-3-98612-223-2

34,00 Euro

E-Book: ISBN 978-3-98612-224-9

Open Access

Wie plant und baut man eine gute Schule? Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Pädagogik heute zeitgemäß und qualitativ in Architektur umgesetzt werden und wie eine gemeinsame Planung gelingen kann. Es werden ausführlich neue Typologien und Entwicklungen sowie die Umsetzung einer Phase Null im Schulbau beschrieben. Der Band bietet allen beteiligten Berufen sowie Interessierten spannende Einblicke in Grundlagen und Prozesse rund um das Thema Schulbau in Deutschland.

Das 2012 erstmals und 2017 in einer Neuauflage erschienene Standardwerk für einen neuen Schulbau liegt nun in einer aktualisierten Bearbeitung als Handbuch vor.

Robert Kretschmann

Wanderungsverhalten in Deutschland

Für die Periode zwischen 2020 und 2024 haben Kriege und Krisen einen maßgeblichen Einfluss auf das Wanderungsgeschehen in Deutschland gehabt. Im Vergleich zum Zeitraum 2015 bis 2019 fällt die Wanderungsintensität mit dem Ausland sogar leicht höher aus. Bereits zwischen 2015 und 2019 war Deutschland von hoher Zuwanderung geprägt, vor allem durch Schutzsuchende und durch EU-Binnenmigration. So wurden deutschlandweit 8,7 Mio. Zuzüge und 5,9 Mio. Fortzüge registriert, also ein Wanderungsüberschuss von 2,8 Mio. Personen (bpb 2021).

Im Zeitraum 2020 bis 2024 haben sich die Zuzugswerte (8,8 Mio.) sogar noch einmal erhöht, während die Fortzüge ins Ausland (5,7 Mio.) etwas geringer ausfielen. Insbesondere der russische Angriff auf die Ukraine ab 2022 führte zu einer zusätzlichen Fluchtmigration. Fortzüge im Kontext der Binnenwanderung über die Gemeindegrenzen fielen 2020 bis 2024 ebenfalls geringer als in der vorangegangenen Wanderungsperiode aus. Für die Zeitspanne der fünf Jahre 2020 bis 2024 gibt es sowohl Gemeinden, die bezogen auf 1000 Einwohner ein Fortzugsvolumen von unter 20 Personen sowie von über 500 Personen aufweisen. Die Gemeinden mit der niedrigsten Fortzugsquote unter 40 Personen befinden sich sehr häufig in den östlichen Flächenländern und im nördlichen Bayern, während die hohen Werte im westlichen Niedersachsen, im Münchener Raum sowie in den südwestlichen Flächenländern häufiger vertreten sind (s. Abb 1).

Wanderungsüberschüsse konzentrierten sich im Unter-

suchungszeitraum vor allem auf Gemeinden mit hoher Arbeitsmarktdiversität, guter Erreichbarkeit und urbanen Zentralitätsvorteilen. Daraus ergibt sich ein typisches Muster der Suburbanisierung, bei dem Kernstädte zwar häufig junge Erwachsene und Studierende anziehen, gleichzeitig aber Familien und einkommensstärkere Haushalte an das Umland verlieren. Positive Salden entstehen deshalb besonders dort, wo Gemeinden von der Nähe zu Metropolen profitieren, ohne deren Preisniveau und Verdichtung vollständig zu übernehmen. Lediglich einige wenige Konzentrationen von Gemeinden, wie im Kieler Umland, in Thüringen oder Rheinland-Pfalz, zeigen im Zeitraum 2020 bis 2024 einen negativen Wanderungssaldo (s. Abb. 2).

Defizite treten vor allem in ländlich-peripheren und strukturschwachen Gemeinden auf. Dort wirken geringere Vielfalt am Arbeitsmarkt, schwächere Erreichbarkeit und eine bereits fortgeschrittene demografische Alterung zusammen, wodurch sich Verluste oft selbst verstärken.

Quellen:

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung (2021): Wanderungen nach Staatsangehörigkeit, zuletzt aufgerufen am 15.06.2026 unter https://www.bpb.de/system/files/datei/SOZ_04_TG_Wanderungen_nach_Staatsangehoerigkeit.docx

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2026a): Online unter: <https://www-genesis.destatis.de>, Deutschland, 2026. Kartengrundlage: VG250 (Bundesländer, Kreise, Gemeinden), 31.12.2022 © GeoBasis-DE/BKG, eigene Darstellung

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2026b): Online unter: www.regionalstatistik.de, Zu- und Fortzüge (über Gemeindegrenzen) – Jahressumme – 2010 bis 2024, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland, 2026.

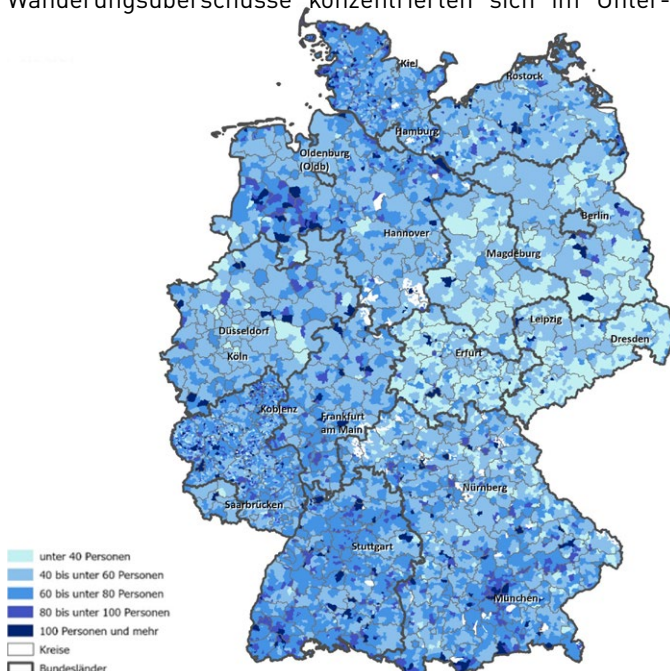


Abb. 1: Summe der Zuzüge 2020 bis 2024 je 1000 Einwohner in den Gemeinden

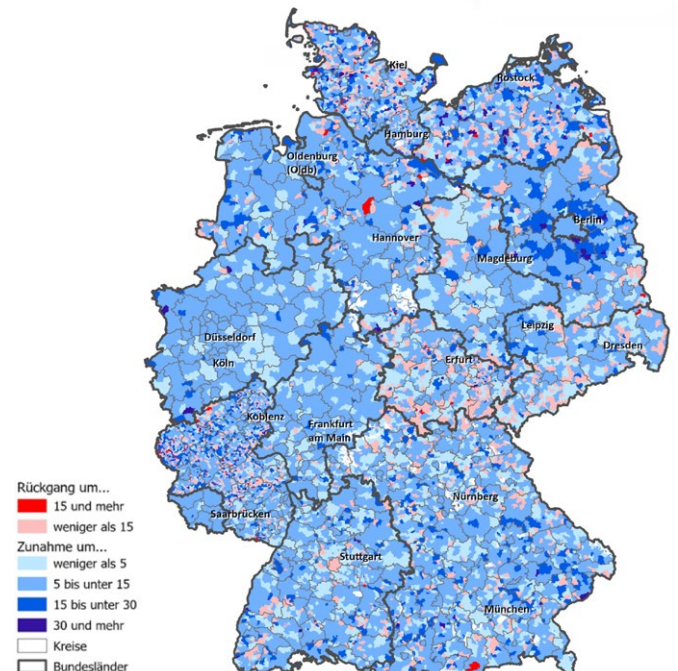


Abb. 2: Summe der Wanderungssaldi 2020 bis 2024 je 1000 Einwohner in den Gemeinden

Geschäftsstellen des vhw

Bundesgeschäftsstelle

Fritschestraße 27–28, 10585 Berlin
Tel.: 030/39 04 73 0, Fax: 030/39 04 73 190
E-Mail: Bund@vhw.de
www.vhw.de

Baden-Württemberg

Gartenstraße 13, 71063 Sindelfingen
Tel.: 07031/8 66 10 70, Fax: 07031/8 66 10 79
E-Mail: GST-BW@vhw.de

Bayern

Josephsplatz 6, 80798 München
Tel.: 089/29 16 39 30
Fax: 089/29 16 39 32
E-Mail: GST-BY@vhw.de

Nordrhein-Westfalen

Hinter Hoben 149, 53129 Bonn
Tel.: 0228/7 25 99 45, Fax: 0228/7 25 99 95
E-Mail: GST-NRW@vhw.de

Saarland

Konrad-Zuse-Straße 5, 66115 Saarbrücken
Tel.: 0681/9 26 82 10, Fax: 0681/9 26 82 26

Region Nord

Niedersachsen/Bremen

Sextrostraße 3, 30169 Hannover
Tel.: 0511/98 42 25-0, Fax: 0511/98 42 25-19
E-Mail: GST-NS@vhw.de

Schleswig-Holstein/Hamburg

Sextrostraße 3, 30169 Hannover
Tel.: 0511/98 42 25-0, Fax: 0511/98 42 25-19
E-Mail: GST-SH@vhw.de

Region Ost

Fritschestraße 27–28, 10585 Berlin
Tel.: 030/39 04 73 325, Fax: 030/39 04 73 390
E-Mail: GST-OST@vhw.de

Berlin/Brandenburg

Tel.: 030/39 04 73 325, Fax: 030/39 04 73 390
E-Mail: GST-OST@vhw.de

Mecklenburg-Vorpommern

Tel.: 030/39 04 73 310, Fax: 030/39 04 73 390
E-Mail: GST-OST@vhw.de

Sachsen

Grassistraße 12, 04107 Leipzig
Tel.: 0341/9 84 89 0, Fax: 0341/9 84 89 11
E-Mail: GST-OST@vhw.de

Sachsen-Anhalt

Tel.: 030/39 04 73 310, Fax: 030/39 04 73 390
E-Mail: GST-OST@vhw.de

Thüringen

Grassistraße 12, 04107 Leipzig
Tel.: 0341/9 84 89-0, Fax: 0341/9 84 89 11
E-Mail: GST-OST@vhw.de

Region Südwest

Friedrich-Ebert-Straße 5, 55218 Ingelheim

Hessen

Tel.: 06132/71496-0, Fax: 06132/71 49 69
E-Mail: GST-HE@vhw.de

Rheinland-Pfalz

Tel.: 06132/71496-0, Fax: 06132/71 49 69
E-Mail: GST-RP@vhw.de

VORSCHAU

Heft 5 September/Oktober 2026

Ein Überblick für unsere Leser

Themenschwerpunkt:

Kommunen stärken, Städte verwandeln

- Die Stadt im modernisierten Staat
- Umbau von Städten: Projektbeispiele
- Stadtumbau und Stadtverwandlung
- Herausforderungen für die Kommunen
- Komplexe Stadtgebiete umbauen

Impressum

Forum Wohnen und Stadtentwicklung,
Verbandszeitschrift des vhw e. V.
18. Jahrgang
ISSN 1867-8815

Herausgeber

vhw – Bundesverband für Wohnen
und Stadtentwicklung e. V., Berlin
Vorstand: Prof. Dr. Jürgen Aring

Redaktion

Dr. Frank Jost
fjost@vhw.de

Um den Lesefluss im Sinne einer barrierefreien Sprache nicht zu beeinträchtigen, verzichten wir auf die Schreibweisen /in, /innen, Innen, *innen bei Bürger, Bewohner, Nutzer, Akteur etc. Stattdessen nutzen wir i. d. R. die Doppelnennung femininer und maskuliner Formen (zum Beispiel Bürgerinnen und Bürger), die Substantivierungen des Partizips I und II sowie von Adjektiven im Plural (zum Beispiel die Studierenden, die Gewählten, die Verwitweten) oder das generische Maskulinum.

Die namentlich gekennzeichneten Artikel geben die Meinungen der Autoren, nicht unbedingt die von Herausgeber und Redaktion wieder.

Sitz der Redaktion

Bundesgeschäftsstelle des vhw e. V.
Fritschestraße 27–28
10585 Berlin
Telefon: 030/39 04 73 0
Telefax: 030/39 04 73 190
redaktion-fws@vhw.de
www.vhw.de

Layout: C. A. Thonke, hirnbrand.com

Druck: X-PRESS GRAFIK & DRUCK GmbH, Berlin

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Jahresabonnement: 64 € zzgl. Versandkosten

Einzelheft: 14 € zzgl. Versandkosten

Bezugsbedingungen:

Abonnement- und Einzelheftbestellungen richten Sie bitte per E-Mail an die Abonnementverwaltung: bonn@vhw.de
Der Bezug für Mitglieder des vhw e. V. ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Abbestellungen von Abonnements nur sechs Wochen vor Halbjahresschluss. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet. Alle Rechte vorbehalten.

Quellennachweis:

Abbildungen Titelseite:
Sebastian Beck; Christian Eickelberg;
Annick Rietz

